



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 8 · August 2002 · 57. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

WahlWeb Hessen — Das Internet als neues Medium zur Ermittlung und Präsentation der amtlichen Wahlergebnisse

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001. Teil 1: Entwicklung und Struktur auf Landesebene

Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000. Teil 2: Personal und Kosten

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

| | |
|---|------------------------|
| Wahlen | |
| WahlWeb Hessen — Das Internet als neues Medium zur Ermittlung und Präsentation der amtlichen Wahlergebnisse. Von <i>Michaela Herschler</i> | 198 |
| Sozialleistungen | |
| Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001. Teil 1: Entwicklung und Struktur auf Landesebene. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i> | 201 |
| Gesundheitswesen | |
| Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000. Teil 2: Personal und Kosten. Von <i>Gabriele Hofacker</i> | 209 |
| Bevölkerung | |
| Anhaltendes Bevölkerungswachstum im Jahr 2001. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i> | 215 |
| Verarbeitendes Gewerbe | |
| Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2001 nach Größenklassen. Von <i>Manfred Frosch</i> | 218 |
| Preise | |
| Neues Basisjahr der Preisindizes für die Lebenshaltung — keine getrennte Berechnung mehr nach West- und Ostdeutschland und für spezielle Haushaltstypen. Von <i>Theo Hefner</i> | 221 |
| Landwirtschaft | |
| Erste Ergebnisse zur Bodennutzung und Viehhaltung aus der Integrierten Erhebung in Hessen 2002. Von <i>Jörg Führer</i> | 222 |
| Allgemeines | |
| Statistische Woche 2002 in Konstanz. Von <i>Dieter Blohm</i> | 224 |
| Daten zur Wirtschaftslage | 226 |
| Ganz kurz | 232 |
| Hessischer Zahlenspiegel | 234 |
| Buchbesprechungen | Umschlagseiten 3 und 4 |

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

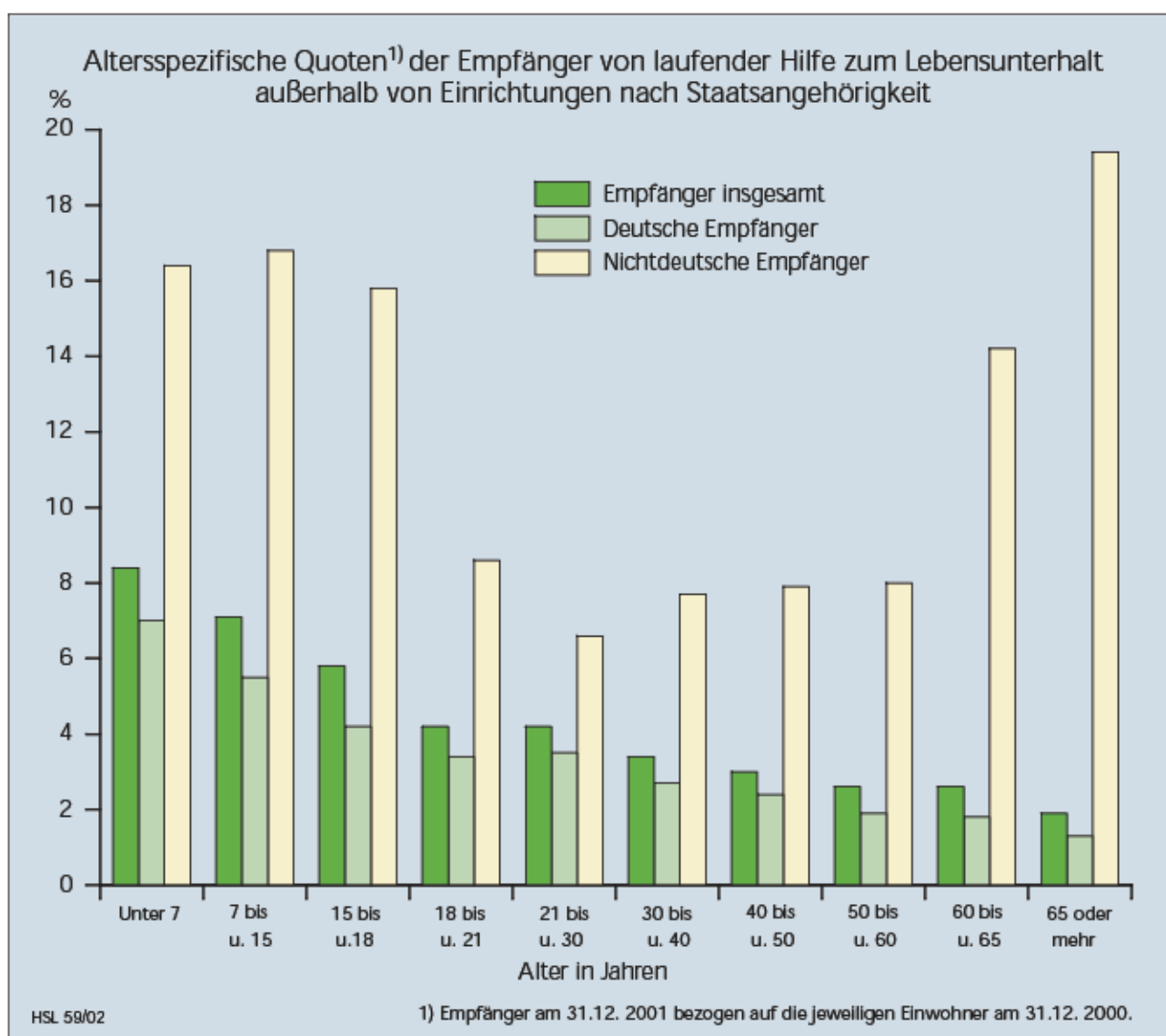
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
· = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Ausgewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtigte Zahl.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen



WahlWeb Hessen — Das Internet als neues Medium zur Ermittlung und Präsentation der amtlichen Wahlergebnisse

Bundestagswahlgesetz¹⁾, Bundeswahlordnung und Wahlstatistikgesetz²⁾ regeln die Durchführung der Bundestagswahl und weisen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder die Aufgaben der Veröffentlichung und Auswertung der Ergebnisse zu. In Hessen obliegen diese Aufgaben dem Hessischen Statistischen Landesamt (HSL), das aus den ihm übermittelten Ergebnissen der Gemeinden und Wahlkreise das Landesergebnis ermittelt. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 hat der Landeswahlleiter für Hessen die Arbeitsgruppe „Ermittlung und Präsentation von amtlichen Wahlergebnissen“ ins Leben gerufen, um für Hessen ein neues Verfahren zur Ergebnisübermittlung und Präsentation zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus Mitgliedern des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIuS), der Hessischen Staatskanzlei, der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und des HSL zusammen. Ein vorrangiges Ziel der Arbeitsgruppe ist die Vermeidung von Doppelarbeit bei den verschiedenen, gesetzlich zur Organisation bzw. Durchführung der Wahl und Veröffentlichung der Ergebnisse verpflichteten Partnern. Der Umfang der wahlstatistischen Veröffentlichungen, die das HSL vornimmt, hat sich in den letzten Jahren auf Grund eines steigenden Interesses der Öffentlichkeit erheblich erweitert. Seit der Bundestagswahl 1998 werden am Wahlabend nicht nur die Wahlkreisergebnisse, sondern Wahlergebnisse für alle hessischen Gemeinden im Internet dargestellt. Hieraus ergeben sich an das Übermittlungsverfahren Anforderungen, die der frühere Btx-Mitteilungsdienst und das Großrechnerverfahren HES-WA nicht mehr erfüllen konnten. Daher wurde für die Bundestagswahl 2002 ein neues Verfahren zur Sammlung, Übermittlung und Präsentation der amtlichen Wahlergebnisse erarbeitet — das WahlWeb Hessen. Dieses wird innerhalb der Arbeitsgruppe unter Leitung des Landeswahlleiters realisiert. Dabei kommt es zu einer Aufgabenteilung zwischen der HZD und dem HSL. Während die HZD die Realisierung der Interneterhebung auf Gemeindeebene übernommen hat, zeichnet sich das HSL verantwortlich für die Erstellung der zentralen Wahldatenbank, die Berechnungen der Ergebnisse, das Monitoringsystem für die Kreiswahlleiter und den Landeswahlleiter sowie die anschließende Präsentation der Ergebnisse im Internet.

Konzept und Realisation

Das WahlWeb Hessen sieht eine Übertragung der amtlichen Wahlergebnisse per Internet vor. Ziel war es, ein System zu entwickeln, das für alle Wahlen in Hessen angewandt werden kann. Das neue Verfahren basiert auf einer Datenbank-Lösung, die die Nutzung für alle Wahlen, ob Landtags-, Bundestags- oder Europawahl ermöglicht. Alle Ergebnisse der Wahlen ab der Bundestagswahl 1998 werden dort gespeichert und archiviert.

Gemeinden

Als Teilaufgabe, die durch die HZD übernommen wurde, wird den Gemeinden ein modernes Erfassungssystem zur Verfügung gestellt. Dort können sie ihre vorläufigen Wahlergebnisse in der Wahlnacht direkt eingeben oder mittels Datei-Upload³⁾ übertragen. Dies erfolgt in der Wahlnacht allerdings nur auf Gemeindeebene. Nach der Wahl haben sie dann sogar die Möglichkeit, die Wahlbezirksergebnisse direkt einzugeben bzw. per Datei-Upload zu übertragen. Im

Erfassungssystem erfolgt eine clientseitige⁴⁾ Plausibilitätsprüfung der eingegebenen Daten, sodass im Dialog vermeintliche Fehler aufgezeigt und korrigiert werden können.

Kreiswahlleiter

Das HSL erarbeitet in diesem Projekt ein Monitoringsystem für die Kreiswahlleiter sowie den Landeswahlleiter. Den Kreiswahlleitern wird damit erstmals ein ganzheitliches System zur Bearbeitung, Kontrolle und Freigabe der vorläufigen Wahlergebnisse ihrer Gemeinden in der Wahlnacht sowie zur Bearbeitung der endgültigen Wahlergebnisse auf Wahlbezirksebene geboten. Sie können in der Wahlnacht ständig online die Wahlergebnisse ihrer Gemeinden abrufen und gleichzeitig überprüfen sowie ggf. Fehler korrigieren und letztendlich die Wahlergebnisse für ihren Wahlkreis freigeben. Weiterhin haben die Kreiswahlleiter fortlaufend die Möglichkeit, sich die vorläufigen, bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Gemeindeergebnisse in Tabellenform darstellen zu lassen. Sie können auch erkennen, welche Gemeinden wann Ergebnisse geliefert haben bzw. welche Gemeindeergebnisse noch fehlen. Die zentrale Wahldatenbank übernimmt die Kumulation der Gemeindedaten zum Wahlkreisergebnis und ermittelt den gewählten Kandidaten.

Im Anschluss an die Wahl wird es möglich sein, dass die Gemeinden bzw. die Kreiswahlleiter die Ergebnisse auf Wahlbe-

1) In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3306).

2) Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland — vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023) geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).

3) Upload (dt. Heraufladen): Hier Heraufladen von Wahlergebnissen aus externen Systemen zur Aufbereitung von Wahlergebnissen (z. B. PC-Wahl).

4) Clientseitig (dt. kunden-/nutzerseitig): Die Plausibilitätsprüfungen werden im direkten Dialogverfahren bei der Eingabe der Daten durch den Anwender auf dem Rechner des Anwenders durchgeführt.

zirksebene in das System per Datei-Upload einpflegen können. Wenn das geschehen ist, bietet das WahlWeb Hessen den Kreiswahlleitern die Möglichkeit, die Wahlergebnisse auf Wahlbezirksebene — laut Beschluss der Sitzung des Kreiswahlausschusses — zu bestätigen bzw. erforderliche Korrekturen vorzunehmen und das dann ermittelte endgültige Wahlergebnis für ihren Wahlkreis freizugeben. Das WahlWeb Hessen sieht gleichzeitig auch eine Möglichkeit vor, die Anlage zur Niederschrift auszudrucken.

Landeswahlleiter

Dem Landeswahlleiter wird mit dem WahlWeb Hessen ebenso wie den Kreiswahlleitern ein komplettes Bearbeitungs- und Kontrollsystem zur Verfügung gestellt. Neben den Funktionen, die den Kreiswahlleitern zur Verfügung stehen, obliegt dem Landeswahlleiter, sobald alle Wahlkreise ihre vorläufigen Ergebnisse vollständig gemeldet haben, die Freigabe des vorläufigen Landesergebnisses am Wahlabend.

Technische Umsetzung und Sicherheit

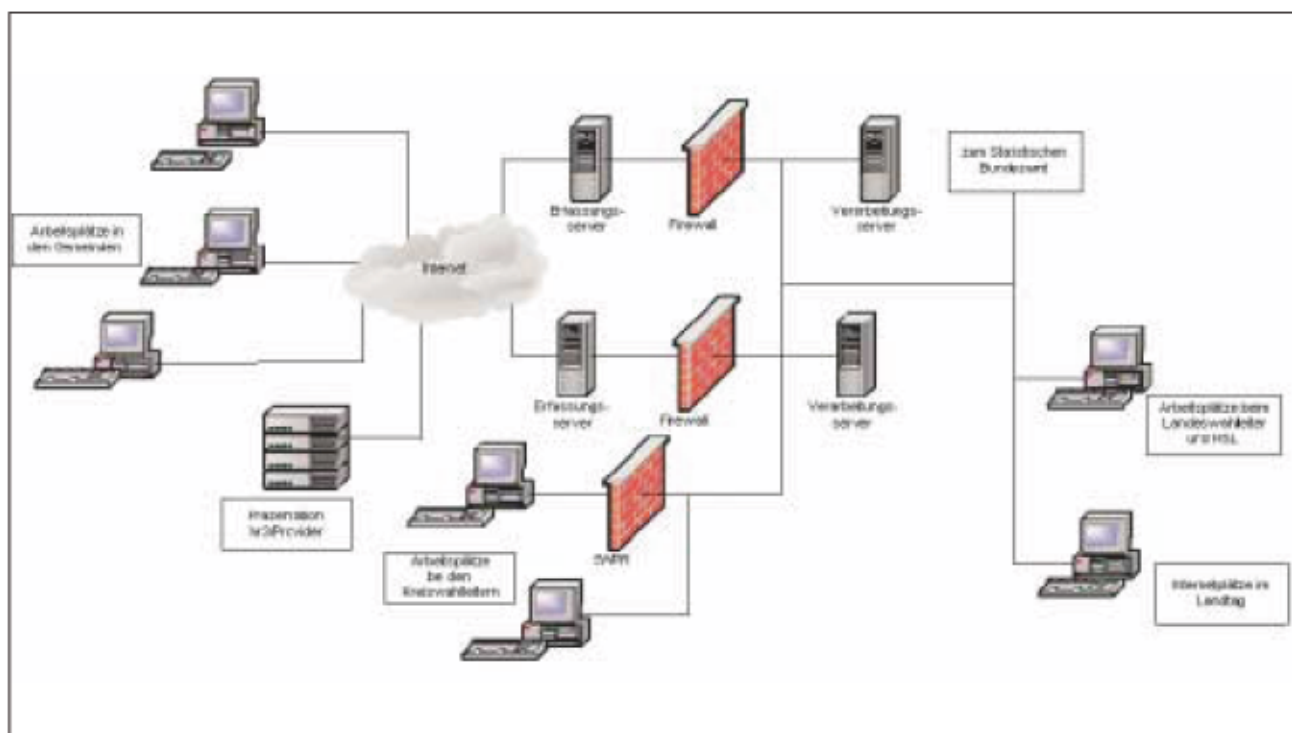
Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit werden zwei Erfassungsserver und zwei Verarbeitungsserver installiert. Auf den Erfassungsservern befindet sich jeweils eine Erfassungsdatenbank. Beide sind identisch und werden zeitzyklisch ab-

5) Firewall (dt. Brandmauer): Technik in Form von Hard- und/oder Software, die den Datenfluss zwischen einem unternehmenseigenen oder privaten und einem ungeschützten Netzwerk (also Internet) kontrolliert bzw. ein internes Netz vor Angriffen aus dem Internet schützt.

6) SSL (Secure Socket Layer): Verbindungsorientiertes Protokoll, das Public Key Kryptografie zur Authentisierung und Secret Key Kryptografie zur Verschlüsselung der auszutauschenden Nachrichten benutzt.

geglichen, um einen konsistenten Datenbestand sicherzustellen. Genauso wird mit den zentralen Datenbanken auf den Verarbeitungsservern verfahren. Auch hier wird es aus Sicherheitsgründen zwei identische Datenbanken auf verschiedenen Servern geben. Diese Datenbanken werden ebenfalls abgeglichen. Zwischen der Erfassungsdatenbank und der zentralen Wahldatenbank werden die erforderlichen Daten online ausgetauscht. Jeweils ein Erfassungs- und Verarbeitungsserver wird bei der HZD und dem HSL installiert sein, um neben den möglichen Hardware-Problemen auch Netzprobleme einzugrenzen bzw. auszuschließen. Die Verarbeitungsserver sind des Weiteren durch Firewalls⁵⁾ geschützt.

Die Server mit den Datenbanken stellen das Kernstück des Systems dar. Auf diesen werden die Daten zentral durch das HSL verarbeitet, d. h., die eingegangenen vorläufigen Gemeindeergebnisse werden zu vorläufigen Wahlkreisergebnissen und dann zum vorläufigen Landesergebnis der Bundestagswahl kumuliert. Ebenso werden die Ergebnisse der drei Volksabstimmungen berechnet. Auch werden die prozentualen Anteile sowie die Veränderungen zur Bundestagswahl 1998 errechnet. Die gleichen Berechnungen werden auch für die endgültigen Ergebnisse der Bundestagswahl und der drei Volksabstimmungen durchgeführt. Daneben wird es in den Gemeinden PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang geben. Die Gemeinden werden über das Internet mit einer SSL⁶⁾-Verschlüsselung Zugang zu den Erfassungsservern haben. Hierzu erhalten sie einen Nutzernamen und ein Passwort.



Vereinfachte Netzwerk-Infrastruktur

Die Kreiswahlleiter erhalten eine ständige Verbindung per ISDN über ein VPN⁷⁾ zum Verarbeitungsserver. Diese Verbindung ist sehr ausfallsicher, so können die Kreiswahlleiter bei Bedarf auch Ergebnisse ihrer Gemeinden selbst eingeben, die ihnen von dort über Telefon oder Fax übermittelt werden. Auch der Landeswahlleiter wird direkt mit dem Verarbeitungsserver verbunden sein. Hier besteht ebenfalls die Möglichkeit, Wahlergebnisse einzugeben bzw. zu korrigieren.

Präsentation der Wahlergebnisse

Die Bundestagswahlresultate sowie die Resultate der drei Volksabstimmungen der einzelnen Gemeinden, Wahlkreise und des Landes werden innerhalb des Internetangebotes des HSL unter der Adresse www.hsl.ch präsentiert.

Ein besonderes Highlight wird in diesem Jahr die erstmalige Veröffentlichung einer Hochrechnung auf Basis ausgewählter Wahlbezirke sein. Für diese Hochrechnung wurden auf Grund der Erfahrung mit vorausgegangenen Bundestagswahlen durch das HSL repräsentative Wahlbezirke ausgewählt.

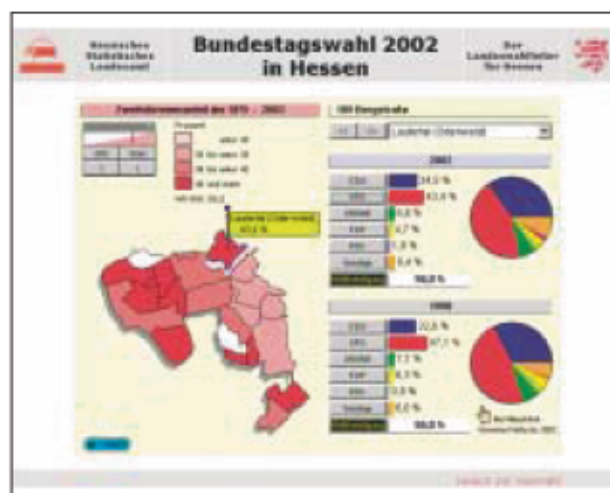
Das Informationsangebot des HSL zur Bundestagswahl 2002 wurde komplett überarbeitet und neu gestaltet.



Neues Layout des Informationsangebotes zur Bundestagswahl des HSI

Den Nutzern werden die Wahlergebnisse als HTML⁸⁾-Seiten in übersichtlicher Tabellenform und als interaktive Java-Gra-

fik zu Verfügung gestellt. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, sich die Ergebnissseiten als PDF⁹⁾-Dokumente anzeigen zu lassen und auszudrucken. Damit wird eine gleichbleibende Qualität der Ausdrücke gewährleistet, unabhängig vom System des Endnutzers.



Interaktive Java-Grafik mit Testdaten

Für die Sicherstellung der Erreichbarkeit des Internetangebotes des HSL wird dieses zur Bundestagswahl 2002 erstmalig bei einem externen Provider gehostet¹⁰⁾. Auch in diesem Jahr ist mit einem weiteren Anstieg der enorm hohen Zugriffszahlen auf das Angebot am Wahlabend zu rechnen. Der Provider wird aus diesem Grund zwei hochverfügbare Serverfarmen mit insgesamt 8 Servern an zwei Standorten mit globaler Lastverteilung und Traffic Management bereitstellen.

Das HSL wird auch zur Bundestagswahl 2002 wieder mit dem Hessischen Rundfunk zusammenarbeiten. Der Hessische Rundfunk wird die vom HSL gelieferten Wahl- und Hochrechnungsergebnisse innerhalb der Wahlveranstaltung im Fernsehen übertragen und gleichfalls im Internet auf einer gemeinsamen Webseite präsentieren. □

7) VPN (Virtuell Private Network): Die Kommunikation durch das Internet erfolgt nur über authentifizierte und vollständig verschlüsselte Kanäle (sog. Tunnel). Die Daten werden so wirkungsvoll geschützt und ihre Übertragung kontinuierlich überwacht.

8) HTML (Hypertext Markup Language): Sprache zur Erstellung von World-Wide-Web-Dokumenten, Browser können sie interpretieren und lesbar machen.

9) PDF (Portable Dokument Format): Von der Firma Adobe entwickeltes Dateiformat für Online-Veröffentlichungen von Dokumenten.

10) Web-Hosting: Bereitstellen von Speicherplatz auf einem Server, um Webseiten, Programme oder Anwendungen im Internet zugänglich zu machen.

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001

Teil 1: Entwicklung und Struktur auf Landesebene

Die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) war — nach bereits seit 1998 rückläufiger Tendenz — am Jahresende 2001 unter 230 000 und damit erstmals unter den Ausgangswert von 1994 gesunken. Im Jahresvergleich war die Abnahme allerdings mit 4000 Personen oder knapp 2 % nicht einmal halb so hoch wie in den drei Vorjahren. Unabhängig von einer gestiegenen Anzahl von „Langzeitempängern“ blieb die Struktur der Hilfeempfänger weitgehend unverändert: Überrepräsentiert waren neben den Nichtdeutschen die älteren und die allein erziehenden Frauen sowie — in Zusammenhang mit Letzteren — die Kinder. Lediglich 138 000 HLU-Empfänger, also drei Fünftel, befanden sich Ende 2001 im erwerbsfähigen Alter, darunter waren jeweils annähernd 11 000 minderjährig oder mindestens 60 Jahre alt. Damit blieben nur noch rund 120 000 oder gut die Hälfte aller HLU-Empfänger für den Arbeitsmarkt von Interesse. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten unter den Personen im erwerbsfähigen Alter war zwar deutlich höher als im Vorjahr, erreichte aber dennoch erst 39 %. Dagegen waren 50 % aus anderen Gründen nicht erwerbstätig — bei den Männern knapp 36 %, bei den Frauen sogar 61 %, vor allem wegen häuslicher Bindung. Nach wie vor jeder Zehnte ging einer Arbeit nach. Nicht selten dürfte die mangelnde Qualifikation der Vermittlung eines Arbeitsplatzes im Wege stehen, denn von den HLU-Empfängern im erwerbsfähigen Alter hatten 10 % keinen Schulabschluss und 46 % keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zudem besaßen die Sozialämter bei fast jedem Vierten keinerlei Erkenntnisse über die Schul- oder Berufsausbildung, unter den Nichtdeutschen sogar bei jedem Dritten. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wurde an nahezu 120 000 Bedarfsgemeinschaften gezahlt, darunter 33 000 mit einem nichtdeutschen Haushaltsvorstand. Da Letztere im Durchschnitt mehr Personen (2,3) umfassten als solche mit deutschem Haushaltsvorstand (1,8), lag bei ihnen der Nettoanspruch mit 480 Euro um 100 Euro höher, zumal gleichzeitig die auf den Bruttobedarf angerechneten Einkommensbeträge niedriger waren. Bei beiden Gruppen bestand aber der durchschnittliche Bruttobedarf zu 64 % aus direkten Leistungen (überwiegend Regelsätzen) und zu 36 % aus Mieten.

Vorbemerkungen

Da die Kommunen weiterhin stark durch Ausgaben für Sozialhilfe¹⁾ belastet sind, sollen die Ergebnisse der einschlägigen Statistiken ausführlich kommentiert werden. Damit das Datenmaterial möglichst zeitnah dargestellt werden kann, wird der Themenkomplex in drei Teile untergliedert. Nachfolgend wird zunächst über die Entwicklung und die Struktur der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und der Bedarfsgemeinschaften berichtet. Dabei sind aus der Fülle des statistischen Datenmaterials einerseits Aspekte berücksichtigt, die Ansätze für die von der Hessischen Landesregierung durch das „Wisconsin-Modell“ angestrebte Reduzierung der Empfängerzahl bieten können, andererseits aber auch solche, die Hinweise auf die Höhe der jeweiligen Ansprüche geben. Immerhin machten die Ausgaben für die HLU trotz einer gewissen Verschiebung zwischen einzelnen Positionen auch im Jahr 2001 noch deutlich über zwei Fünftel des Gesamtaufwands für Sozialhilfe aus.

Die an die Bedarfsgemeinschaften, die in ihrer Abgrenzung weitgehend einem Haushalt entsprechen, zu zahlenden Beträge werden für 2001 erstmals in Euro ausgewiesen, obwohl sie zum weitaus größten Teil in den Erhebungsformularen bzw. den maschinell gelieferten Datensätzen noch in DM angegeben waren. Schon an dieser Stelle sei aber darauf hin-

gewiesen, dass sie generell etwas zu niedrig liegen dürften, und zwar im Vergleich mit den Werten früherer Jahre um schätzungsweise 10 bis 15 %. Es scheinen nämlich nicht in allen Fällen die Angaben zur eingesetzten Währung korrekt gemacht worden zu sein, wodurch teilweise im maschinellen Aufbereitungsverfahren nochmals — ungerechtfertigt — von DM in Euro umgerechnet worden ist. Nur so ist auch der Widerspruch zum Anstieg der Ausgaben für laufende Leistungen der HLU gegenüber dem Jahr 2000 gemäß den Ergebnissen der gesonderten Ausgabenstatistik zu erklären. Sie hatten sich — bei nahezu unverändertem Regelsatz von 280 Euro für den Haushaltsvorstand — um 2 % auf knapp 670 Mill. Euro erhöht (s. Fußnote 1). Die aus der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und dem durchschnittlichen Betrag pro Monat auf der Basis der Individualerhebung auf das Jahr 2001 hochgerechneten Ausgaben ergeben dagegen eine Summe von unter 600 Mill. Euro.

In einem zweiten Teil der Berichterstattung, voraussichtlich im nachfolgenden Heft, werden regionale Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, vor allem die unterschiedliche Verteilung von HLU-Empfängern innerhalb des Landes bis zur Gemeindeebene, die örtlich verschiedenartige Struktur von Empfängern und Bedarfsgemeinschaften sowie die im Wesentlichen daraus resultierende Höhe der Leistungen und die Kostenbelastung der einzelnen Träger. Zum Abschluss ist für einen späteren Zeitpunkt noch ein kurzer Überblick über die Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen geplant.

1) Zu den Landesergebnissen vgl. „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 7, Juli 2002, S. 181 ff.

**Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
in Hessen 1994 bis 2001**

| Jahresende | Empfänger insgesamt | Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ | Von den Empfängern waren | | | | | |
|------------|------------------------|---------------------------------------|--------------------------|------|---------------------------------------|---------------|------|---------------------------------------|
| | | | Deutsche | | Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ | Nichtdeutsche | | Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ |
| | | | Anzahl | % | | Anzahl | % | |
| 1994 | 230 239 | . | 148 888 | 64,7 | . | 81 351 | 35,3 | . |
| 1995 | 245 744 | 6,7 | 163 850 | 66,7 | 10,0 | 81 894 | 33,3 | 0,7 |
| 1996 | 261 620 | 6,5 | 172 933 | 66,1 | 5,5 | 88 687 | 33,9 | 8,3 |
| 1997 | 262 196 | 0,2 | 176 086 | 67,2 | 1,8 | 86 110 | 32,8 | - 2,9 |
| 1998 | 252 816 | - 3,6 | 172 806 | 68,4 | - 1,9 | 80 010 | 31,6 | - 7,1 |
| 1999 | 242 407 | - 4,1 | 164 620 | 67,9 | - 4,7 | 77 787 | 32,1 | - 2,8 |
| 2000 | 233 321 | - 3,7 | 157 819 | 67,6 | - 4,1 | 75 502 | 32,4 | - 2,9 |
| 2001 | 229 344 | - 1,7 | 154 664 | 67,4 | - 2,0 | 74 680 | 32,6 | - 1,1 |

1) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Niedrigste Empfängerzahl seit 1994

Am Jahresende 2001 erhielten in Hessen insgesamt 230 000 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Unter ihnen befanden sich knapp 700 Personen, denen diese Hilfeart innerhalb einer Einrichtung gewährt wurde. Diese kleine Personengruppe, deren Zahl sich zwar gegenüber dem Vorjahr um rund 200 erhöht hat, aber im Vergleich zu 1994, also noch vor Einführung der Pflegeversicherung, stark verminderte (damals 2500 Personen), bleibt bei allen nachfolgenden Betrachtungen unberücksichtigt. Nachgewiesen werden allein die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten „klassischen“ Sozialhilfe oder früheren „Fürsorge“. Ihre Zahl war Ende 2001 erstmals unter 230 000 und damit unter das Niveau von 1994 gefallen. Das zuletzt genannte Jahr muss deshalb für einen längerfristigen Vergleich herangezogen werden, weil damals im Rahmen des „Föderalen Konsolidierungsprogramms“ durch neue Rechtsgrundlagen die Asylbewerber aus dem Kreis der Berechtigten nach dem BSHG herausgefallen und gleichzeitig die Sozialhilfestatistiken umgestaltet worden waren. Seither werden die Sozialhilfestatistik und die Asylbewerberleistungsstatistik als zwei eigenständige Erhebungen, mit jeweils mehreren Teilbereichen, bundesweit durchgeführt.

Über den Zeitraum dieser sieben Jahren betrachtet, war die Veränderung der Gesamtzahl der HLU-Empfänger mit einer Abnahme um 900 Personen oder 0,4 % allerdings gering, weil sich teilweise gegenläufige Trends kompensierten. So waren im Laufe der Beobachtungszeit zwei grundsätzlich verschiedene Entwicklungsphasen und zudem noch Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Hilfeempfängern zu verzeichnen, die zum Teil auf veränderte Abgren-

zungen der anspruchsberechtigten Personengruppen²⁾ zurückzuführen waren. Zunächst gab es in den Jahren 1995 und 1996 einen kräftigen Anstieg der Empfängerzahlen um jeweils weit über 15 000 Personen oder fast 7 %, der im ersten Jahr besonders Deutsche, im zweiten Jahr relativ mehr Nichtdeutsche betraf. Die Zahl der Letztgenannten ging aber bereits 1997 wieder zurück (vgl. dazu Fußnote 2), während es bei den Deutschen nochmals eine leichte Zunahme gab, die zu einem minimalen Gesamtzuwachs um 600 Personen auf 262 200 führte, womit gleichzeitig der bisher höchste Stand erreicht war.

In den Folgejahren hat sich die Empfängerzahl stetig reduziert, 1998 besonders bei den Nichtdeutschen, danach in verstärktem Umfang bei den Deutschen. Dafür war in den Jahren 1999 und 2000 in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Hessen mit einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt ausschlaggebend, wie ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen zeigt: Nach einem Minus von 18 500 im Jahr 1999 wurde am Jahresende 2000 mit 200 300 arbeitslos gemeldeten Personen eine nochmals um über 29 000 niedrigere Zahl gemeldet. Damit war die Arbeitslosenquote von 9,8 % Ende 1998 über 9,0 deutlich auf 7,5 % gesunken. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger bis Ende 2000 auf 46 700 zurückgegangen war. Die im Jahr 2001 einsetzende Verschlechterung der Wirtschaftslage führte bis zum Jahresende wieder zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosenzahl in Hessen um rund 7000 (bei einer Arbeitslosenquote von 7,6 %) und in etwa der gleichen Höhe auch der Zahl von arbeitslos gemeldeten HLU-Empfängern, worauf später noch näher eingegangen wird. Dennoch ging die Gesamtzahl nochmals zurück, und zwar um 4000 bzw. knapp 2 %. Gegenüber 1994 wurden trotz der in den letzten Jahren relativ stärkeren Abnahme 5800 oder 4 % mehr deutsche Hilfeempfänger ermittelt, aber 6700 oder 8 % weniger nichtdeutsche.

2) Einerseits Ausweitung der Anspruchsberechtigung im Zusammenhang mit der Novellierung des § 218 StGB, andererseits Reduzierung durch die Überführung der Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 aus dem Bereich des BSHG in den des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie eine Erhöhung des Kindergeldes Anfang 1999.

**Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ in Hessen am 31. Dezember 2001
nach ausgewählten Merkmalen**

| Merkmalsgliederung | Empfänger insgesamt | | davon | | | | | | | |
|--|---------------------|------------|----------------|------------|----------------|------------|----------------|------------|---------------|------------|
| | | | männlich | | weiblich | | Deutsche | | Nichtdeutsche | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Empfänger insgesamt | | | | | | | | | | |
| Insgesamt | 229 344 | 100 | 101 222 | 100 | 128 122 | 100 | 154 664 | 100 | 74 680 | 100 |
| Nach Altersgruppen | | | | | | | | | | |
| Unter 7 Jahre | 35 541 | 15,5 | 18 196 | 18,0 | 17 345 | 13,5 | 25 467 | 16,5 | 10 074 | 13,5 |
| 7 bis unter 15 Jahre | 36 326 | 15,8 | 18 525 | 18,3 | 17 801 | 13,9 | 24 006 | 15,5 | 12 320 | 16,5 |
| 15 bis unter 18 Jahre | 10 588 | 4,6 | 5 407 | 5,3 | 5 181 | 4,0 | 6 571 | 4,2 | 4 017 | 5,4 |
| 18 bis unter 21 Jahre | 8 147 | 3,6 | 3 432 | 3,4 | 4 715 | 3,7 | 5 495 | 3,6 | 2 652 | 3,6 |
| 21 bis unter 30 Jahre | 26 854 | 11,7 | 9 549 | 9,4 | 17 305 | 13,5 | 17 852 | 11,5 | 9 002 | 12,1 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 35 857 | 15,6 | 13 373 | 13,2 | 22 484 | 17,5 | 24 149 | 15,6 | 11 708 | 15,7 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 26 560 | 11,6 | 11 920 | 11,8 | 14 640 | 11,4 | 18 559 | 12,0 | 8 001 | 10,7 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 19 315 | 8,4 | 8 940 | 8,8 | 10 375 | 8,1 | 13 055 | 8,4 | 6 260 | 8,4 |
| 60 bis unter 65 Jahre | 10 819 | 4,7 | 4 996 | 4,9 | 5 823 | 4,5 | 7 016 | 4,5 | 3 803 | 5,1 |
| 65 oder mehr Jahre | 19 337 | 8,4 | 6 884 | 6,8 | 12 453 | 9,7 | 12 494 | 8,1 | 6 843 | 9,2 |
| Nach der Dauer der Hilfestellung | | | | | | | | | | |
| Unter 3 Monate | 31 749 | 13,8 | 15 091 | 14,9 | 16 658 | 13,0 | 21 263 | 13,7 | 10 486 | 14,0 |
| 3 bis unter 6 Monate | 19 520 | 8,5 | 8 946 | 8,8 | 10 574 | 8,3 | 13 317 | 8,6 | 6 203 | 8,3 |
| 6 bis unter 9 Monate | 14 877 | 6,5 | 6 592 | 6,5 | 8 285 | 6,5 | 9 990 | 6,5 | 4 887 | 6,5 |
| 9 bis unter 12 Monate | 13 202 | 5,8 | 5 985 | 5,9 | 7 217 | 5,6 | 8 827 | 5,7 | 4 375 | 5,9 |
| 12 bis unter 18 Monate | 24 725 | 10,8 | 10 854 | 10,7 | 13 871 | 10,8 | 16 085 | 10,4 | 8 640 | 11,6 |
| 18 bis unter 24 Monate | 16 607 | 7,2 | 7 396 | 7,3 | 9 211 | 7,2 | 10 997 | 7,1 | 5 610 | 7,5 |
| 24 bis unter 30 Monate | 16 172 | 7,1 | 6 829 | 6,7 | 9 343 | 7,3 | 10 637 | 6,9 | 5 535 | 7,4 |
| 30 bis unter 36 Monate | 11 516 | 5,0 | 5 039 | 5,0 | 6 477 | 5,1 | 7 465 | 4,8 | 4 051 | 5,4 |
| 36 bis unter 48 Monate | 21 302 | 9,3 | 9 312 | 9,2 | 11 990 | 9,4 | 14 172 | 9,2 | 7 130 | 9,5 |
| 48 bis unter 60 Monate | 15 979 | 7,0 | 7 310 | 7,2 | 8 669 | 6,8 | 10 453 | 6,8 | 5 526 | 7,4 |
| 60 oder mehr Monate | 43 695 | 19,1 | 17 868 | 17,7 | 25 827 | 20,2 | 31 458 | 20,3 | 12 237 | 16,4 |
| Nach der Stellung zum Haushaltsvorstand | | | | | | | | | | |
| Haushaltsvorstand | 105 098 | 45,8 | 46 432 | 45,9 | 58 666 | 45,8 | 76 256 | 49,3 | 28 842 | 38,6 |
| darunter allein Lebende | 50 864 | 22,2 | 24 106 | 23,8 | 26 758 | 20,9 | 40 878 | 26,4 | 9 986 | 13,4 |
| Ehegatte | 23 787 | 10,4 | 3 877 | 3,8 | 19 910 | 15,5 | 9 850 | 6,4 | 13 937 | 18,7 |
| Kind | 82 245 | 35,9 | 42 201 | 41,7 | 40 044 | 31,3 | 55 431 | 35,8 | 26 814 | 35,9 |
| Verwandt/verschwägert | 544 | 0,2 | 253 | 0,2 | 291 | 0,2 | 466 | 0,3 | 78 | 0,1 |
| Sonstige Person | 17 670 | 7,7 | 8 459 | 8,4 | 9 211 | 7,2 | 12 661 | 8,2 | 5 009 | 6,7 |
| Nach der Erwerbsbeteiligung²⁾ | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätig | 14 521 | 10,5 | 5 948 | 10,3 | 8 573 | 10,6 | 9 599 | 10,4 | 4 922 | 10,8 |
| davon | | | | | | | | | | |
| vollzeit | 5 999 | 4,3 | 3 707 | 6,4 | 2 292 | 2,8 | 3 651 | 3,9 | 2 348 | 5,2 |
| teilzeit | 8 522 | 6,2 | 2 241 | 3,9 | 6 281 | 7,8 | 5 948 | 6,4 | 2 574 | 5,7 |
| Nicht erwerbstätig | 123 619 | 89,5 | 51 669 | 89,7 | 71 950 | 89,4 | 83 098 | 89,6 | 40 521 | 89,2 |
| davon | | | | | | | | | | |
| arbeitslos gemeldet | 54 022 | 39,1 | 31 203 | 54,2 | 22 819 | 28,3 | 37 872 | 40,9 | 16 150 | 35,5 |
| aus anderen Gründen | 69 597 | 50,4 | 20 466 | 35,5 | 49 131 | 61,0 | 45 226 | 48,8 | 24 371 | 53,6 |
| davon | | | | | | | | | | |
| wegen Aus-/Weiterbildung | 9 894 | 7,2 | 4 751 | 8,2 | 5 143 | 6,4 | 6 359 | 6,9 | 3 535 | 7,8 |
| wegen häuslicher Bindung | 23 192 | 16,8 | 394 | 0,7 | 22 798 | 28,3 | 15 469 | 16,7 | 7 723 | 17,0 |
| wegen Krankheit/Behinderung ³⁾ | 12 205 | 8,8 | 5 949 | 10,3 | 6 256 | 7,8 | 9 480 | 10,2 | 2 725 | 6,0 |
| aus Altersgründen | 2 442 | 1,8 | 904 | 1,6 | 1 538 | 1,9 | 1 381 | 1,5 | 1 061 | 2,3 |
| aus sonstigen Gründen | 21 864 | 15,8 | 8 468 | 14,7 | 13 396 | 16,6 | 12 537 | 13,5 | 9 327 | 20,5 |
| Nach dem höchsten allgemein bildenden Schulabschluss²⁾ | | | | | | | | | | |
| Noch in Schulausbildung | 10 680 | 7,7 | 5 313 | 9,2 | 5 367 | 6,7 | 6 609 | 7,1 | 4 071 | 9,0 |
| Volks-/Hauptschulabschluss | 49 731 | 36,0 | 20 908 | 36,3 | 28 823 | 35,8 | 39 100 | 42,2 | 10 631 | 23,4 |
| Realschulabschluss ⁴⁾ | 18 074 | 13,1 | 6 327 | 11,0 | 11 747 | 14,6 | 14 299 | 15,4 | 3 775 | 8,3 |
| (Fach-)Hochschulreife | 10 184 | 7,4 | 4 594 | 8,0 | 5 590 | 6,9 | 5 795 | 6,3 | 4 389 | 9,7 |
| Sonstiger Schulabschluss | 2 996 | 2,2 | 1 433 | 2,5 | 1 563 | 1,9 | 1 863 | 2,0 | 1 133 | 2,5 |
| Kein Schulabschluss | 14 224 | 10,3 | 5 691 | 9,9 | 8 533 | 10,6 | 7 801 | 8,4 | 6 423 | 14,1 |
| Unbekannt | 32 251 | 23,3 | 13 351 | 23,2 | 18 900 | 23,5 | 17 230 | 18,6 | 15 021 | 33,1 |
| Nach dem höchsten Berufsausbildungsabschluss²⁾ | | | | | | | | | | |
| Keine Berufsausbildung ⁵⁾ | 63 463 | 45,9 | 25 029 | 43,4 | 38 434 | 47,7 | 42 625 | 46,0 | 20 838 | 45,9 |
| Kaufmännische Lehre | 9 723 | 7,0 | 2 354 | 4,1 | 7 369 | 9,2 | 8 249 | 8,9 | 1 474 | 3,2 |
| Gewerbliche Lehre | 21 208 | 15,4 | 12 246 | 21,3 | 8 962 | 11,1 | 16 540 | 17,8 | 4 668 | 10,3 |
| Berufliche Schule | 2 782 | 2,0 | 912 | 1,6 | 1 870 | 2,3 | 2 139 | 2,3 | 643 | 1,4 |
| Meister-/Technikerschule ⁶⁾ | 1 167 | 0,8 | 541 | 0,9 | 626 | 0,8 | 756 | 0,8 | 411 | 0,9 |
| (Fach-)Hochschule | 3 754 | 2,7 | 1 732 | 3,0 | 2 022 | 2,5 | 1 800 | 1,9 | 1 954 | 4,3 |
| Andere berufliche Ausbildung | 2 843 | 2,1 | 1 152 | 2,0 | 1 691 | 2,1 | 1 991 | 2,1 | 852 | 1,9 |
| Unbekannt | 33 200 | 24,0 | 13 651 | 23,7 | 19 549 | 24,3 | 18 597 | 20,1 | 14 603 | 32,1 |

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Nur Personen von 15 bis unter 65 Jahren; lediglich auf diese beziehen sich auch die Prozentwerte. — 3) Sowie Arbeitsunfähigkeit. — 4) Sowie gleichwertiger Abschluss. — 5) Einschl. noch in Berufsausbildung. — 6) Sowie Fachschule und Berufs- oder Fachakademie.

Unverändert Kinder, Nichtdeutsche und Frauen überrepräsentiert

Die Grundstrukturen der HLU-Empfänger blieben gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert, weil sich die Abnahme recht gleichmäßig verteilte und nur bei wenigen Gliederungsmerkmalen etwas mehr Personen gezählt wurden. So waren Ende 2001 über 128 000 der HLU-Empfänger und damit fast 56 % weiblich. Dieses relativ höhere Sozialhilferisiko bestand zwar nach wie vor überwiegend bei deutschen Frauen (57 %), doch hat sich auch bei den Nichtdeutschen das Verhältnis weiter zu Lasten der Frauen verschoben, die mit nunmehr über 40 000 schon fast 54 % aller ausländischen Hilfeempfänger stellten. Männliche HLU-Empfänger waren in beiden Bevölkerungsgruppen nur bei den Minderjährigen in der Überzahl. Insgesamt bezogen 74 700 Nichtdeutsche Sozialhilfe; das war unverändert ein knappes Drittel aller HLU-Empfänger, aber schon nahezu jeder neunte in Hessen lebende Ausländer gegenüber nur jedem 35. Deutschen. Dieser Abstand ist gegenüber dem Vorjahr erneut größer geworden, auch dadurch bedingt, dass es eine kräftige Verschiebung bei den Einwohnerzahlen beider Bevölkerungsgruppen gab: Am Jahresende 2001 wurden in Hessen 25 300 mehr Deutsche, aber 15 600 weniger Nichtdeutsche gezählt als ein Jahr davor, sodass der Ausländeranteil von 11,9 auf 11,6 % gesunken ist.

82 500 HLU-Bezieher, darunter über 42 000 männliche, hatten Ende 2001 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet; das waren weiterhin deutlich mehr als ein Drittel, bei den männlichen sogar mehr als zwei Fünftel. Etwa jedes 13. von allen Kindern dieses Alters war damit zumindest teilweise auf Sozialhilfe angewiesen, gegenüber jedem 26. Einwohner insgesamt. Lediglich gut 19 300 Personen waren mindestens 65 Jahre alt, sodass nur jeder 52. dieser älteren Einwohner Sozialhilfe bezog. In dieser Altersgruppe hatte sich die Empfängerzahl übrigens leicht erhöht, und zwar hauptsächlich bei nichtdeutschen Männern. Ansonsten waren hier vor allem Frauen betroffen, auf die — wohl meist wegen fehlender oder unzureichender Rentenansprüche — allein 12 500 oder fast zwei Drittel der Hilfeempfänger dieses Alters³⁾ entfielen. Bei diesen wiederum handelte es sich zu über 70 % um deutsche Frauen, bei den ab 75jährigen sogar zu über 80 %. Wenn man die älteren HLU-Empfänger auf die entsprechende Bevölkerung⁴⁾ bezieht, zeigen sich zwischen Männern und Frauen, wie übrigens bei fast allen anderen Altersgruppen auch, mit Anteilen von knapp bzw. gut 2 % keine gravierenden Unterschiede, wohl aber zwischen Deutschen und Nichtdeutschen: Von Ersteren bezogen nur etwas mehr als 1 %, von Letzteren aber 19 % Sozialhilfe.

3) Auch 420 der 680 Hilfeempfänger in Einrichtungen gehörten zu dieser Altersgruppe.

4) Alle altersspezifischen Werte sind auf die Bevölkerung am Jahresende 2000 bezogen, da aktuelle Fortschreibungsdaten noch nicht vorliegen.

Neben den älteren Frauen waren auch Frauen der Altersgruppen von 21 bis unter 30 und vor allem von 30 bis unter 40 Jahren, denen die meisten allein erziehenden Frauen angehören, relativ etwas häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als gleichaltrige Männer. Doch selbst in der zuletzt genannten Altersgruppe betrug die Abweichung der geschlechtsspezifischen Quote gegenüber dem Altersdurchschnitt von 4,2 % nur jeweils 1,2 Prozentpunkte, und zwar bei den Männern nach unten, bei den Frauen nach oben. Die Altersgruppe von 21 bis unter 30 Jahren war andererseits die einzige, in der die Quote der nichtdeutschen Hilfeempfänger mit 6,6 % nicht mindestens doppelt so hoch war wie die der deutschen mit 3,5 %. Während sie bei Letzteren zwischen 1,3 % bei den Personen ab 65 Jahren und 7 % bei den Kindern unter sieben Jahren schwankte, bildeten bei den Nichtdeutschen die zuvor genannten Werte für die Altersgruppen zwischen 21 und 30 Jahren sowie ab 65 Jahren die Extreme. Außerordentlich häufig waren mit Quoten zwischen 16 und 17 % auch die minderjährigen sowie mit 14 % die 60- bis 64-jährigen Ausländer betroffen (vgl. Schaubild auf Seite 197).

138 000 HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter

Im *erwerbsfähigen Alter*, das allgemein auf die Altersgruppen von 15 bis zu unter 65 Jahren festgelegt ist, befanden sich Ende 2001 etwas über 138 000 Personen. Das waren drei Fünftel aller HLU-Empfänger, und zwar gleichermaßen bei den Deutschen (92 700) wie bei den Nichtdeutschen (45 400). Der Anteil von Frauen in diesem Alter war aber mit 63 % um 6 Prozentpunkte höher als der von Männern. Für das politische Ziel, möglichst viele der Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeitsverhältnissen unterzubringen, dürften die jeweils fast 11 000 Personen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren sowie von 60 bis unter 65 Jahren dabei nur teilweise relevant sein, weil von ihnen nach den Ergebnissen des Mikrozensus lediglich jeder Vierte schon oder tatsächlich noch am Erwerbsleben teilnimmt. Somit verbleiben rund 120 000 oder gut die Hälfte aller HLU-Empfänger — unabhängig von der persönlichen Qualifikation oder dem tatsächlichen Angebot an Arbeitsplätzen — für eine Vermittlung von Interesse. Von ihnen gingen bereits 14 500 einer Tätigkeit nach. Zu drei Fünfteln handelte es sich dabei um Frauen, von denen wiederum die weitaus meisten teilzeitbeschäftigt waren. Bei den 6000 Vollzeitbeschäftigten, darunter 3700 Männern, dürfte in der Regel wegen der Größe der Familie das Erwerbseinkommen nicht für deren Unterhalt ausgereicht haben. Hier wäre wohl nur durch andere Transferleistungen (z. B. deutlich höheres Kindergeld) Abhilfe zu schaffen. So bleiben letztlich nach Abzug der erwerbstätigen, sich in Ausbildung befindenden und der „zu alten“ HLU-Bezieher rund 110 000 Personen, also vier von fünf im erwerbsfähigen Alter, im Blickpunkt der Lösungsansätze. Grundvoraussetzung für die Übernahme einer Arbeit ist neben dem entsprechenden Alter die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Hier waren deutliche Differenzen bei der Untergliederung nach Grün-

den für das Nicht-Arbeiten festzustellen. Arbeitslos gemeldet und damit für den Arbeitsmarkt verfügbar waren 54 000. Obwohl damit ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um 7300 oder 16 % gestiegen ist, hat sich ihr Anteil an allen HLU-Empfängern im erwerbsfähigen Alter erst auf 39 % erhöht. Betroffen waren davon nach wie vor überdurchschnittlich viele Männer, aber auch relativ mehr Deutsche als Nichtdeutsche. Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass innerhalb dieser Gruppe ein besonders hoher Zuwachs, nämlich um fast 6300 Personen oder ein gutes Fünftel, auf HLU-Bezieher entfiel, die keine Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhielten; sie stellten mit 36 800 über zwei Drittel der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger.

Andererseits scheint es so, als ob diese Zunahme nicht allein auf das tatsächliche Wachstum der Arbeitslosenzahlen zurückzuführen sei, sondern zum Teil auch auf Verschiebungen innerhalb der möglichen Angaben zu den Gründen. Für fast 8000 Personen weniger als Ende 2000 und damit für nur noch knapp 22 000 oder 16 % wurden nämlich „sonstige“ Gründe für das Nicht-Arbeiten angegeben. Sie sind dadurch hinter „häusliche Bindung“, die mit ihren gut 23 000 Fällen oder 17 % fast ausschließlich Frauen betrifft, zurückgefallen. Überhaupt waren von den nahezu 70 000 aus „anderen Gründen“ nicht erwerbstätigen Hilfeempfängern 70 % oder über 49 000 Frauen. Dagegen war bei den 12 200 wegen Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit nicht erwerbstätigen HLU-Empfängern das Verhältnis der Geschlechter weitgehend ausgeglichen.

Fast jeder Zweite ohne Berufsausbildung

Unabhängig davon, ob jemand kurzfristig für eine Arbeitsstelle verfügbar ist, hat die berufliche Qualifikation für eine erfolgreiche Vermittlung eine entscheidende Bedeutung. Deshalb werden seit der Neugestaltung der Sozialhilfestatistik ab 1994 für HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter auch entsprechende Merkmale erhoben. Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten sind inzwischen sowohl hinsichtlich der Schulausbildung als auch der Berufsausbildung die „Unbekannt“-Fälle auf weniger als ein Viertel gesunken. Die Defizite in der Ausbildung treten umso deutlicher zu Tage, weil gerade die Fälle ohne abgeschlossene Ausbildung nochmals zugenommen haben, während es ansonsten fast gleich bleibende oder nur geringfügig niedrigere Zahlen gab als im Vorjahr.

Bei der *Schulausbildung* dominierte auch Ende 2001 mit weitem Abstand, nämlich bei 49 700 Personen oder 36 %, die Volks- oder Hauptschule. Zudem besaßen — außer den 10 700 Personen, die noch eine Schule besuchten — über 14 200 oder 10 % keinen Schulabschluss. Eine weiterführende Schule hatten nur 31 250 oder knapp 23 % der Hilfeempfänger abgeschlossen. Zwischen Männern und Frauen gab es hier keine gravierenden Strukturunterschiede, recht

beträchtliche dagegen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Bei Letzteren waren vor allem die Extreme, nämlich kein Abschluss einerseits und (Fach-)Hochschulreife andererseits, relativ häufiger vertreten. Der geringere Anteil von Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss — 19 Prozentpunkte weniger als bei den Deutschen — wurde dadurch kompensiert, dass bei jedem Dritten von ihnen keinerlei Angaben über den Schulabschluss vorlagen.

Noch gravierender waren die Defizite bei der *Berufsausbildung*: Annähernd 63 500 Personen oder 46 %, und damit trotz gesunkener Gesamtzahl 1000 mehr als im Vorjahr, hatten keine Ausbildung abgeschlossen. Enthalten sind darin lediglich 2000 Personen, darunter knapp 1500 Deutsche, die sich zum Stichtag noch in Ausbildung befanden. Von den letztlich nur 30 %, die eine berufliche Ausbildung besaßen, hatten 21 200 eine gewerbliche Lehre und lediglich 9700 eine kaufmännische Lehre erfolgreich beendet. Jeweils etwas weniger als 4000 oder nicht einmal 3 % hatten eine berufsbezogene Schule (einschl. einer Meister- oder Technikerschule) bzw. ein (Fach-)Hochschulstudium abgeschlossen. Bei der praktischen Ausbildung hatten die Männer mit einem hohen Anteil an gewerblichen Abschlüssen im Hinblick auf die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarkts eine deutlich schlechtere Ausgangsposition als die Frauen, bei denen das Verhältnis zwischen kaufmännischer und gewerblicher Lehre relativ ausgeglichen war. Dafür besaßen Letztere allerdings häufiger überhaupt keine Ausbildung. Bei den Nichtdeutschen war eine abgeschlossene Lehre relativ selten, dafür kam ein (Fach-)Hochschulstudium — relativ gesehen — mehr als doppelt so oft vor wie bei den Deutschen; sogar die absolute Zahl der Personen mit einem derartigen Abschluss war um 150 höher. Unverändert gilt aber, dass bei zusammen fast vier Fünfteln der nichtdeutschen HLU-Empfänger eine Ausbildung entweder gänzlich fehlte oder den Sozialämtern dazu nichts bekannt war.

Trend zu mehr Langzeitempängern

Einen gewissen Hinweis auf die Möglichkeit, Hilfeempfänger wieder in das Arbeitsleben einzugliedern, könnte die Dauer des bisherigen Sozialhilfebezugs geben. Grob gerechnet hatte von den HLU-Empfängern am Jahresende 2001 jeweils etwa jeder Dritte die Hilfe weniger als ein Jahr, ein bis unter drei Jahre oder schon mindestens drei Jahre lang bezogen. Nicht unbedingt positiv zu bewerten ist allerdings die Tatsache, dass es gerade in der letztgenannten Gruppe gegenüber dem Vorjahr nochmals eine deutliche Zunahme um 4500 Personen auf 81 000 gegeben hatte; sie führte dazu, dass sich ihr Anteil um fast 3 Prozentpunkte auf reichlich 35 % erhöht hat. Insbesondere waren hierbei Personen mit einer Bezugsdauer von wenigstens fünf Jahren betroffen, deren Zahl allein um 9000 gestiegen war, weil sie vor allem aus der davor liegenden Gruppe „herausgewachsen“ waren. Männer wie Frauen waren an diesem Zuwachs etwa

gleichermaßen beteiligt und auch das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen entsprach weitgehend dem bei der Sozialhilfe gewohnten von zwei zu eins. Dennoch sind unter den Personen mit einer Bezugsdauer von fünf oder mehr Jahren Frauen oder Deutsche noch immer häufiger zu finden als Männer oder Nichtdeutsche. In der Regel wird es sich bei ihnen um die bereits erwähnten Rentnerinnen oder Alleinerziehenden handeln, die entweder niemals wieder arbeiten werden oder meist nicht vor dem Schulabschluss der Kinder. Dagegen dürften die Kurzzeitempänger mit einer Bezugsdauer von weniger als einem Jahr — hier lag der Anteil der Männer mit 36 % etwas über dem Durchschnitt — noch relativ leicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren sein. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass zu dieser Gruppe auch die 5000 Vorleistungsempfänger gehörten, welche die Sozialhilfe nur als Ersatz für eine noch ausstehende Leistung eines anderen Trägers erhielten. Da sich unter ihnen nur 1600 arbeitslos Gemeldete befanden, kann man davon ausgehen, dass in der überwiegenden Zahl der Fälle die Rentenversicherung dieser andere Träger ist, und die Betroffenen damit ebenfalls für den Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, andererseits aber wegen der Rückerstattung der Kosten die Sozialhilfeträger nicht eigentlich belasten.

Bei allen bisherigen wie auch den nachfolgenden Ausführungen ist anzumerken, dass für zielgerichtete Betrachtungen nicht nur sämtliche beschriebenen und in der Tabelle ausgewiesenen Merkmale herangezogen werden können, sondern zusätzliche Sachverhalte ausgewiesen sind, die alle in einer großen Anzahl von Kombinationsmöglichkeiten untereinander abrufbar sind, zum Teil auch in veröffentlichter Form⁵⁾.

Nichtdeutsche Bedarfsgemeinschaften größer

Dies gilt in besonderem Maße für die Bedarfsgemeinschaften, die weitgehend einem Haushalt⁶⁾ in der üblichen Definition entsprechen, und für die der Sozialhilfebedarf und der tatsächliche Anspruch aus personenspezifisch abgestuften Regelsätzen, eventuellen „Mehrbedarfzuschlägen“ für bestimmte Gruppen sowie Mietkosten abzüglich vorhandenen Einkommens aus anderen Quellen (z. B. Erwerbseinkommen, Kindergeld, Unterhaltsleistungen oder auch Renten) ermittelt wird. Aus der Fülle des einschlägigen Materials kann hier nur ein äußerst grober Überblick gegeben werden.

So erhielten am Jahresende 2001 insgesamt annähernd 120 000 Bedarfsgemeinschaften Hilfe zum Lebensunterhalt, darunter 33 000 mit einem nichtdeutschen Haushaltsvorstand (bzw. einem volljährigen Kind). Der Anteil nichtdeutscher Bedarfsgemeinschaften war mit reichlich 27 % weit aus niedriger als derjenige der entsprechenden Empfänger. Schon daraus ergibt sich, dass sie im Durchschnitt deutlich mehr Personen (2,3) umfassten als die 87 000 Bedarfsgemeinschaften mit einem deutschem Haushaltsvorstand (1,8). In allen Gruppen von Mehrpersonenhaushalten waren die nichtdeutschen relativ stärker vertreten, bei Haushalten mit mindestens sechs Personen war sogar die absolute Zahl um 750 höher als bei den gleichartigen deutschen Haushalten. Letztere bestanden zu über der Hälfte aus einer Einzelperson, die nichtdeutschen Haushalte dagegen nur zu gut einem Drittel, sodass von sämtlichen Alleinlebenden lediglich jeder Fünfte zu ihnen gehörte. Andererseits war der Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren bei den nichtdeutschen mit 44 % deutlich höher als bei den deutschen mit reichlich 36 %.

Einen Haushaltsvorstand im engeren Sinne hatten knapp 103 000 der Bedarfsgemeinschaften insgesamt, darunter waren allein 51 000, also fast die Hälfte, Einzelpersonen. Die zweitgrößte Gruppe waren mit 26 000 oder einem Anteil von 22 % die Alleinerziehenden, fast ausschließlich Frauen. Dieser hohe Anteil hat natürlich auch Auswirkungen auf die bereits beschriebene Altersstruktur der Empfänger, weil in den „Haushalten“ von Alleinerziehenden allein über 41 000 minderjährige Kinder lebten; das waren gut 50 % aller Kinder, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen.

In den Kontext des vorherigen Abschnitts passt noch der Hinweis, dass den Haushaltsvorständen nicht nur Kinder zuzuordnen sind, sondern — sofern es sich nicht um allein lebende Erwachsene handelt — auch Ehegatten, Verwandte oder „sonstige“ Personen (z. B. Lebenspartner). Die mit Abstand größte dieser drei Gruppen bildeten mit einem Zehntel aller HLU-Empfänger die Ehegatten. Unter den nichtdeutschen Sozialhilfebeziehern waren sie mit 14 000 Personen sogar absolut betrachtet häufiger als unter den deutschen mit nicht einmal 10 000, sodass ihr Anteil dreimal so hoch war wie bei Letzteren. Nichtdeutsche Bedarfsgemeinschaften bestehen also deutlich häufiger als deutsche aus vollständigen Familien, was sich selbstverständlich in den jeweiligen Kosten niederschlägt.

Über 400 Euro monatlicher Nettoanspruch

Eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft hatte im Jahr 2001 in Hessen — bei einer beträchtlichen Schwankungsbreite in Abhängigkeit von der Größe und Zusammensetzung — einen monatlichen Nettoanspruch in Höhe von knapp 410 Euro. Da die umgerechneten Werte für die Jahre ab 1994 bei nur einer Ausnahme⁷⁾ sich immer in der Nähe

5) Weiteres ausführliches Tabellenmaterial enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“; neben den darin bereits enthaltenen Regionalergebnissen können auf Anforderung Tabellen mit fast sämtlichen Gliederungsmerkmalen auch für kreisfreie Städte und Landkreise bereitgestellt werden.

6) Kinder ab 18 Jahren werden allerdings nicht im Haushaltszusammenhang nachgewiesen, sondern bilden auf Grund der rechtlichen Vorgaben eine eigene Bedarfsgemeinschaft, die als größter Teil der Gruppe „Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand“ anzusehen ist.

7) Im Jahr 1999 hatten sich überhöhte Angaben bei einem größeren örtlichen Träger bis auf das Landesergebnis ausgewirkt und zu einem durchschnittlichen Nettoanspruch von über 480 Euro geführt.

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ 2001
und durchschnittliche monatliche Beträge nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und Haushaltsgröße**

| Typ der Bedarfsgemeinschaft Haushaltsgröße | Bedarfsgemeinschaften am 31. 12. | | | | Brutto- bedarf | davon | | | | Angerech- netes Einkom- men ³⁾ | Nettoanspruch | |
|---|-------------------------------------|------|--|-----------------|-------------------|--------------------------|------|-------------------------------|------|--|-----------------|------|
| | insgesamt | | darunter mit angerechnetem Einkommen | | | Regelsätze ²⁾ | | anerkannte Bruttokaltmiete | | | | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % ⁴⁾ | | Euro | | % ⁵⁾ | Euro | | % ⁵⁾ | Euro |
| Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand | 102 772 | 85,7 | 88 604 | 86,2 | 814 | 516 | 63,4 | 298 | 36,6 | 388 | 426 | 52,3 |
| davon | | | | | | | | | | | | |
| Ehepaar ohne Kind unter 18 Jahren | 9 707 | 8,1 | 8 501 | 87,6 | 837 | 535 | 63,9 | 302 | 36,1 | 398 | 439 | 52,4 |
| Ehepaar mit Kindern unter 18 Jahren | 12 283 | 10,2 | 12 068 | 98,2 | 1 263 | 862 | 68,3 | 401 | 31,7 | 731 | 533 | 42,2 |
| davon mit | | | | | | | | | | | | |
| 1 Kind | 4 466 | 3,7 | 4 367 | 97,8 | 996 | 666 | 66,9 | 330 | 33,1 | 503 | 493 | 49,5 |
| 2 Kindern | 4 098 | 3,4 | 4 045 | 98,7 | 1 223 | 832 | 68,0 | 391 | 32,0 | 708 | 515 | 42,1 |
| 3 oder mehr Kindern | 3 719 | 3,1 | 3 656 | 98,3 | 1 628 | 1 130 | 69,4 | 498 | 30,6 | 1 029 | 599 | 36,8 |
| Allein lebende Frau | 26 758 | 22,3 | 22 013 | 82,3 | 594 | 337 | 56,7 | 257 | 43,3 | 249 | 345 | 58,1 |
| Allein lebender Mann | 24 106 | 20,1 | 16 602 | 68,9 | 538 | 317 | 58,9 | 221 | 41,1 | 164 | 374 | 69,5 |
| Allein erziehende Frau | 25 193 | 21,0 | 24 862 | 98,7 | 1 045 | 692 | 66,2 | 353 | 33,8 | 547 | 498 | 47,7 |
| davon mit | | | | | | | | | | | | |
| 1 Kind | 13 493 | 11,3 | 13 317 | 98,7 | 868 | 552 | 63,6 | 316 | 36,4 | 411 | 456 | 52,5 |
| 2 Kindern | 8 117 | 6,8 | 8 046 | 99,1 | 1 144 | 770 | 67,3 | 374 | 32,7 | 636 | 508 | 44,4 |
| 3 oder mehr Kindern | 3 583 | 3,0 | 3 499 | 97,7 | 1 488 | 1 041 | 70,0 | 447 | 30,0 | 855 | 633 | 42,5 |
| Allein erziehender Mann | 857 | 0,7 | 833 | 97,2 | 1 001 | 653 | 65,2 | 348 | 34,8 | 522 | 479 | 47,9 |
| Nichteheliche Lebensgemeinschaft | | | | | | | | | | | | |
| ohne Kind unter 18 Jahren | 1 552 | 1,3 | 1 433 | 92,3 | 797 | 509 | 63,9 | 288 | 36,1 | 387 | 410 | 51,4 |
| mit Kindern unter 18 Jahren | 2 316 | 1,9 | 2 292 | 99,0 | 1 173 | 791 | 67,4 | 382 | 32,6 | 680 | 493 | 42,0 |
| Bedarfsgem. ohne Haushaltsvorstand ⁶⁾ | 12 529 | 10,4 | 7 484 | 59,7 | 309 | 235 | 76,1 | 74 | 23,9 | 88 | 222 | 71,8 |
| Übrige Bedarfsgemeinschaften | 4 616 | 3,8 | 4 247 | 92,0 | 1 012 | 705 | 69,7 | 307 | 30,3 | 533 | 479 | 47,3 |
| Bedarfsgemeinschaften i n s g e s a m t | 119 917 | 100 | 100 335 | 83,7 | 769 | 494 | 64,2 | 275 | 35,8 | 362 | 407 | 52,9 |
| davon mit | | | | | | | | | | | | |
| 1 Person | 56 521 | 45,3 | 41 363 | 73,2 | 525 | 312 | 59,4 | 213 | 40,6 | 190 | 336 | 64,0 |
| 2 Personen | 28 011 | 22,4 | 25 210 | 90,0 | 790 | 505 | 63,9 | 285 | 36,1 | 366 | 424 | 53,7 |
| 3 Personen | 17 363 | 13,9 | 16 535 | 95,2 | 979 | 654 | 66,8 | 325 | 33,2 | 511 | 468 | 47,8 |
| 4 Personen | 10 041 | 8,0 | 9 651 | 96,1 | 1 159 | 789 | 68,1 | 370 | 31,9 | 651 | 508 | 43,8 |
| 5 Personen | 4 582 | 3,7 | 4 379 | 95,6 | 1 332 | 919 | 69,0 | 413 | 31,0 | 792 | 541 | 40,6 |
| 6 oder mehr Personen | 3 399 | 2,7 | 3 197 | 94,1 | 1 652 | 1 158 | 70,1 | 494 | 29,9 | 1 001 | 652 | 39,5 |
| Bedarfsgemeinschaften mit deutschem Haushaltsvorstand | 86 954 | 100 | 73 757 | 84,8 | 723 | 465 | 64,3 | 258 | 35,7 | 345 | 378 | 52,3 |
| davon mit | | | | | | | | | | | | |
| 1 Person | 45 153 | 51,9 | 34 081 | 75,5 | 526 | 314 | 59,7 | 212 | 40,3 | 197 | 329 | 62,5 |
| 2 Personen | 19 929 | 22,9 | 18 419 | 92,4 | 775 | 500 | 64,5 | 275 | 35,5 | 378 | 397 | 51,2 |
| 3 Personen | 12 065 | 13,9 | 11 663 | 96,7 | 967 | 655 | 67,7 | 312 | 32,3 | 524 | 444 | 45,9 |
| 4 Personen | 6 107 | 7,0 | 5 984 | 98,0 | 1 135 | 789 | 69,5 | 346 | 30,5 | 657 | 478 | 42,1 |
| 5 Personen | 2 379 | 2,7 | 2 326 | 97,8 | 1 282 | 901 | 70,3 | 381 | 29,7 | 794 | 488 | 38,1 |
| 6 oder mehr Personen | 1 321 | 1,5 | 1 284 | 97,2 | 1 560 | 1 111 | 71,2 | 449 | 28,8 | 1 006 | 554 | 35,5 |
| Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand | 32 963 | 100 | 26 578 | 80,6 | 888 | 568 | 64,0 | 320 | 36,0 | 408 | 480 | 54,1 |
| davon mit | | | | | | | | | | | | |
| 1 Person | 11 368 | 34,5 | 7 282 | 64,1 | 523 | 306 | 58,5 | 217 | 41,5 | 161 | 362 | 69,2 |
| 2 Personen | 8 082 | 24,5 | 6 791 | 84,0 | 827 | 516 | 62,4 | 311 | 37,6 | 337 | 490 | 59,3 |
| 3 Personen | 5 298 | 16,1 | 4 872 | 92,0 | 1 006 | 651 | 64,7 | 355 | 35,3 | 483 | 523 | 52,0 |
| 4 Personen | 3 934 | 11,9 | 3 667 | 93,2 | 1 196 | 789 | 66,0 | 407 | 34,0 | 642 | 555 | 46,4 |
| 5 Personen | 2 203 | 6,7 | 2 053 | 93,2 | 1 387 | 939 | 67,7 | 448 | 32,3 | 790 | 597 | 43,0 |
| 6 oder mehr Personen | 2 078 | 6,3 | 1 913 | 92,1 | 1 711 | 1 188 | 69,4 | 523 | 30,6 | 997 | 714 | 41,7 |

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Einschl. Mehrbedarfzuschlägen. — 3) Auf Regelsatzleistungen und eventuelle Zuschläge. — 4) Anteil an den Bedarfsgemeinschaften insgesamt. — 5) Anteil vom Bruttobedarf. — 6) In der Regel volljährige Kinder.

von 450 Euro bewegten, muss man, wie schon in den Vorbemerkungen erwähnt, von einer gewissen Unterbewertung ausgehen. Sie betrifft natürlich aus den dort genannten methodischen Gründen auch alle diejenigen Positionen, die als Grundlage für die Berechnung des Nettoanspruchs dienen: Im Durchschnitt lag der Bruttobedarf mit 770 Euro um fast 70 Euro niedriger als im Vorjahr, davon die Regelsätze (einschl. der Mehrbedarfzuschläge) um 45 Euro und die Bruttokaltmiete um gut 20 Euro. Beim angerechneten Einkommen, das bei 84 % aller Bedarfsgemeinschaften geltend gemacht wurde, war der Monatsbetrag mit 360 Euro um nicht einmal 20 Euro geringer als im Jahr 2000. Der letztlich zu zahlende Nettoanspruch belief sich im Durchschnitt auf etwa 53 % des Bruttobedarfs und war bei allein lebenden Männern (wenn man von den irregulären Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand absieht) mit 70 % relativ am höchsten.

Deutlich höher war er auch, und zwar weniger hinsichtlich des Anteils von 54 % gegenüber 52 %, als vielmehr in seinem absoluten Betrag von 480 Euro, bei nichtdeutschen Bedarfsgemeinschaften gegenüber den deutschen (knapp 380 Euro). Der doch recht beträchtliche Unterschied von über 100 Euro ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Bei gleicher Ausgangsbasis in den Regelsätzen, die auch in der

Tabelle gut zum Ausdruck kommt — der höhere Betrag bei Haushalten mit sechs oder mehr Personen ist in diesem „Mehr“ an Personen begründet —, führen auf der Bedarfsseite die Mieten zu einer gewissen Erhöhung, was bei allen Haushaltsgrößen zu erkennen ist. Ausschlaggebend dafür dürfte sein, dass Ausländerhaushalte sich stärker auf die großen Städte mit ihren höheren Mieten konzentrieren. Zudem ist auch denkbar, dass unter den deutschen Haushalten eher solche mit Wohneigentum zu finden sind, wodurch die Mietbeträge im Durchschnitt etwas gesenkt werden könnten. Trotzdem bestand aber bei beiden Gruppen der durchschnittliche Bruttoanspruch in nahezu gleicher Weise zu 64 % aus Regelsätzen (einschl. Mehrbedarfzuschlägen) und zu 36 % aus Mieten. Auf der anderen Seite, also den angerechneten und abzuziehenden Einkommen, waren die Beträge bei den nichtdeutschen Bedarfsgemeinschaften niedriger, zum Teil auch dadurch, dass bei ihnen seltener Einkünfte vorhanden waren. Das gilt vor allem bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, wo in dieser Hinsicht gegenüber den deutschen beträchtliche Unterschiede von 11 bzw. 8 Prozentpunkten festzustellen waren. Ganz entscheidend für die durchschnittlich höheren Kosten bei den nichtdeutschen Bedarfsgemeinschaften war aber letztlich wohl ihre im Durchschnitt größere Personenzahl. □

Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000

Teil 2: Personal und Kosten

Der vorliegende Beitrag setzt die Berichterstattung über die Krankenhausstatistik fort. Nachdem bereits in einem kürzlich erschienenen Beitrag über aufgestellte Betten und stationär Behandelte¹⁾ berichtet wurde, wird hier die personelle Ausstattung der Allgemeinen Krankenhäuser dargestellt. Eine Analyse der Kosten dieser Krankenhäuser schließt sich an, wobei insbesondere die Auswirkungen der Umstellung des Erhebungsteils „Kostennachweis“ ab 1996 erläutert werden. Die Krankenhausstatistik wurde in mehreren Stufen eingeführt. Für das Berichtsjahr 1990 wurden nur die Grunddaten (ohne Personal) sowie der Kostennachweis der Krankenhäuser erhoben. Vom Berichtsjahr 1991 an wurden im Rahmen der Grunddaten auch die Angaben zur personellen Ausstattung erfragt. Ab 1993 wurden erstmalig Daten zu Diagnosen erhoben.

Ärztliches Personal

In den 152 Allgemeinen Krankenhäusern in Hessen waren im Berichtsjahr 2000 6900 hauptamtliche Ärztinnen und Ärzte und 700 Belegärzte/-ärztinnen tätig, weiterhin gab es 760 Ärztinnen und Ärzte im Praktikum. Der Anteil der hauptamtlichen Ärztinnen und Ärzte am gesamten Personal der Krankenhäuser betrug rund 10 %. Knapp die Hälfte der Ärzte waren Assistenzärzte/-ärztinnen ohne abgeschlossene Weiterbildung, davon jedoch 95 % in einer Weiterbildung zum Arzt mit Gebietsbezeichnung. Umgerechnet auf Vollkräfte²⁾ waren im ärztlichen Dienst 6720 Personen tätig. Die Belastungskennziffer, also der Quotient aus der Zahl der Behandlungsfälle und der Zahl der Vollkräfte des ärztlichen Personals, lag

2000 bei 168 und war damit — bedingt durch die Zunahme der Vollkräfte (1991: 5950) und der stationär behandelten Patienten — nur wenig höher als im Jahr 1991 (166).

Der Anteil der Frauen lag bei den hauptamtlichen Ärzten im Durchschnitt bei 32 %. Die Betrachtung nach der funktionellen Stellung des ärztlichen Personals zeigt jedoch, dass der Frauenanteil bei den Oberärzten 17,6 % und bei den Leitenden Ärzten lediglich 5,8 % betrug. Von den Assistenzärzten in der Weiterbildung waren hingegen 43 % Frauen. Bei den teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten (7,9 % aller hauptamtlichen Ärzte) war der Frauenanteil mit drei Vierteln ebenfalls hoch.

Die Zahl der Ärzte/Ärztinnen mit Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung erhöhte sich im Beobachtungszeitraum (1991/2000) kontinuierlich; insgesamt war ein Zuwachs von 25 % zu verzeichnen, während die Zahl der Ärzte und Ärztinnen ohne Gebietsbezeichnung seit dem Höchststand im Jahr 1994 um 5,6 % sank. Ähnlich verlaufen die Entwicklungslinien bei

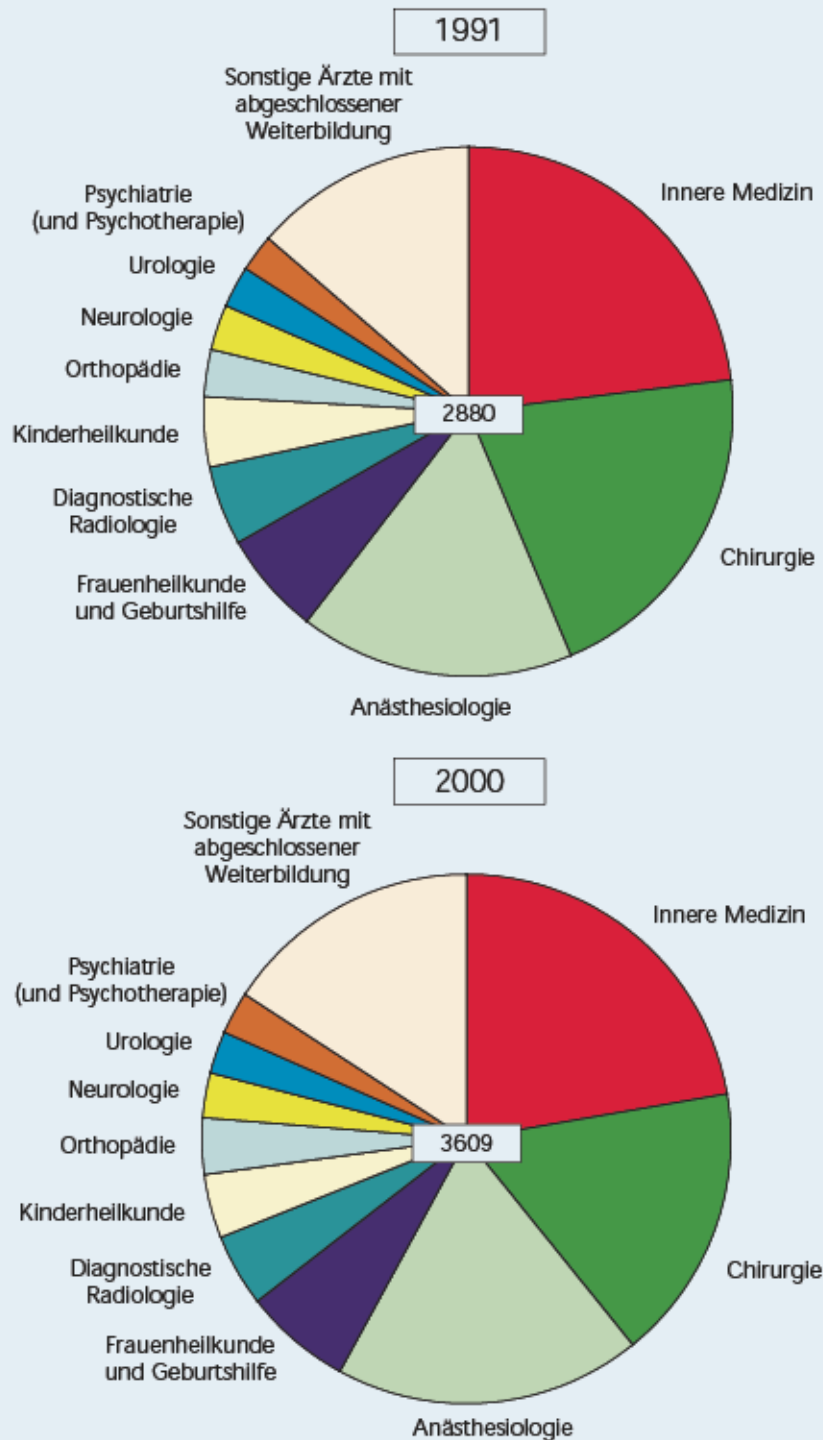
1) Vgl. „Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000, Teil 1: Aufgestellte Betten und stationär Behandelte“, in: Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 3/4, März/April 2002, S. 106 ff.

2) Die Gesamtzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt ergibt sich aus der Summe der auf Vollzeitäquivalente umgerechneten Teilkräfte, der umgerechneten kurzfristigen Arbeitnehmer und der Beschäftigten, die im gesamten Jahr bei voller tariflicher Arbeitszeit eingesetzt waren.

Ärztliches Personal in Allgemeinen Krankenhäusern 1991 bis 2000

| Jahre | Hauptamtliche Ärzte | | | | | | | Nichthauptamtliche Ärzte | | Nachrichtlich: | |
|-------|---------------------|-------------------|----------------|------------------------------------|-------|---------------------------------------|--|--------------------------|---------------------------------------|--------------------------|----------------|
| | zu- sammen | davon | | | | darunter Teilzeit- beschäftigte | Vollkräfte im Jahres- durchschnitt | Beleg- ärzte | von Beleg- ärzten angestellt | Ärzte im Praktikum | Zahn- ärzte |
| | | Leitende Ärzte | Ober- ärzte | Assistenzärzte | | | | | | | |
| | | | | mit | ohne | | | | | | |
| | | | | abgeschlossene(r) Weiterbildung | | | | | | | |
| 1991 | 6 148 | 795 | 1 123 | 964 | 3 266 | 314 | 5 946 | 615 | 35 | 772 | 104 |
| 1992 | 6 239 | 776 | 1 158 | 967 | 3 338 | 287 | 6 763 | 620 | 67 | 851 | 98 |
| 1993 | 6 242 | 781 | 1 223 | 945 | 3 293 | 289 | 6 116 | 613 | 83 | 785 | 98 |
| 1994 | 6 393 | 782 | 1 167 | 958 | 3 486 | 326 | 6 258 | 620 | 125 | 842 | 97 |
| 1995 | 6 518 | 803 | 1 243 | 1 067 | 3 405 | 341 | 6 481 | 644 | 112 | 800 | 106 |
| 1996 | 6 572 | 804 | 1 239 | 1 181 | 3 348 | 392 | 6 649 | 626 | 103 | 827 | 98 |
| 1997 | 6 800 | 816 | 1 341 | 1 346 | 3 297 | 450 | 6 742 | 657 | 86 | 815 | 97 |
| 1998 | 6 823 | 794 | 1 335 | 1 368 | 3 326 | 480 | 6 646 | 678 | 112 | 797 | 93 |
| 1999 | 6 753 | 770 | 1 366 | 1 401 | 3 216 | 490 | 6 625 | 671 | 119 | 784 | 90 |
| 2000 | 6 902 | 774 | 1 377 | 1 475 | 3 276 | 547 | 6 719 | 695 | 112 | 754 | 92 |

Ärzte in allgemeinen Krankenhäusern in Hessen 1991 und 2000 nach Fachrichtungen



HSL 60/02

den Assistenzärzten/-ärztinnen: Die Zahl derjenigen mit abgeschlossener Weiterbildung erhöhte sich seit 1991 um 53 %, während die Zahl der Assistenzärzte/-ärztinnen, die sich noch in der Weiterbildung zum Arzt mit Gebietsbezeichnung befanden, gegenüber 1994 um 6,6 % sank.

Von den 3630 Ärzten mit abgeschlossener Weiterbildung waren 2000 gut ein Fünftel Internisten. Mit einem Anteil von

ca. 19 bzw. 17 % folgten die Anästhesisten und Chirurgen. Allein in diesen drei Gebieten arbeiteten somit rund 58 % aller Fachärzte an Allgemeinen Krankenhäusern. Zahlenmäßig stark vertreten sind außerdem die Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe (knapp 7 %), für Unfallchirurgie und diagnostische Radiologie (gut 4 %) sowie für Kinderheilkunde (knapp 4 %).

Nichtärztliches Personal

Die hessischen Allgemeinkrankenhäuser beschäftigten im Jahr 2000 rund 59 900 Personen als nichtärztliches Personal, davon fast 22 000 in Teilzeit. Umgerechnet auf Vollkräfte²⁾ waren 47 440 Personen als nichtärztliches Personal beschäftigt. Damit ist die Zahl der nichtärztlichen Vollkräfte an Allgemeinen Krankenhäusern seit dem Höchststand im Jahr 1997 (51 140) um 7,2 % gesunken.

Zum nichtärztlichen Personal zählen dabei folgende zu Funktionsbereichen zusammengefasste Personalgruppen:

- Pflegedienst (Pflege- und Pflegehilfspersonal im stationären Bereich, d. h. Dienst am Krankenbett, in der Intensivpflege und in Dialysestationen),
- medizinisch-technischer Dienst (u. a. Apothekenpersonal, Chemiker, Diätassistenten, Krankengymnasten, Masseure, medizinisch-technische Assistenten, Psychologen),
- Funktionsdienst (u. a. Krankenpflegepersonal für den Operationsdienst, die Anästhesie und in der Ambulanz sowie Hebammen und Entbindungshelfer),
- Wirtschafts- und Versorgungsdienst (u. a. Handwerker, Hausmeister sowie Personal in den Küchen, Wäschereien und Gärtnereien),
- Verwaltungsdienst (u. a. Personal in der Buchhaltung, Bewachungspersonal und Telefonisten).

Zum nichtärztlichen Personal gehören weiterhin:

- klinisches Hauspersonal (Haus- und Reinigungspersonal der Kliniken und Stationen),
- technischer Dienst (u. a. Betriebsingenieure und Instandhaltung),

2) Die Gesamtzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt ergibt sich aus der Summe der auf Vollzeitäquivalente umgerechneten Teilkräfte, der umgerechneten kurzfristigen Arbeitnehmer und der Beschäftigten, die im gesamten Jahr bei voller tariflicher Arbeitszeit eingesetzt waren.

3) Vgl. „Krankenstatistik, Grund- und Kostendaten“, in: Wirtschaft und Statistik 5/1998, S. 421 ff.

- Sonderdienste (u. a. Seelsorger, Sozialarbeiter, Fort- und Weiterbildungsdienst) und
- sonstiges Personal (u. a. Ärzte im Praktikum, Famul, Schüler und Praktikanten).

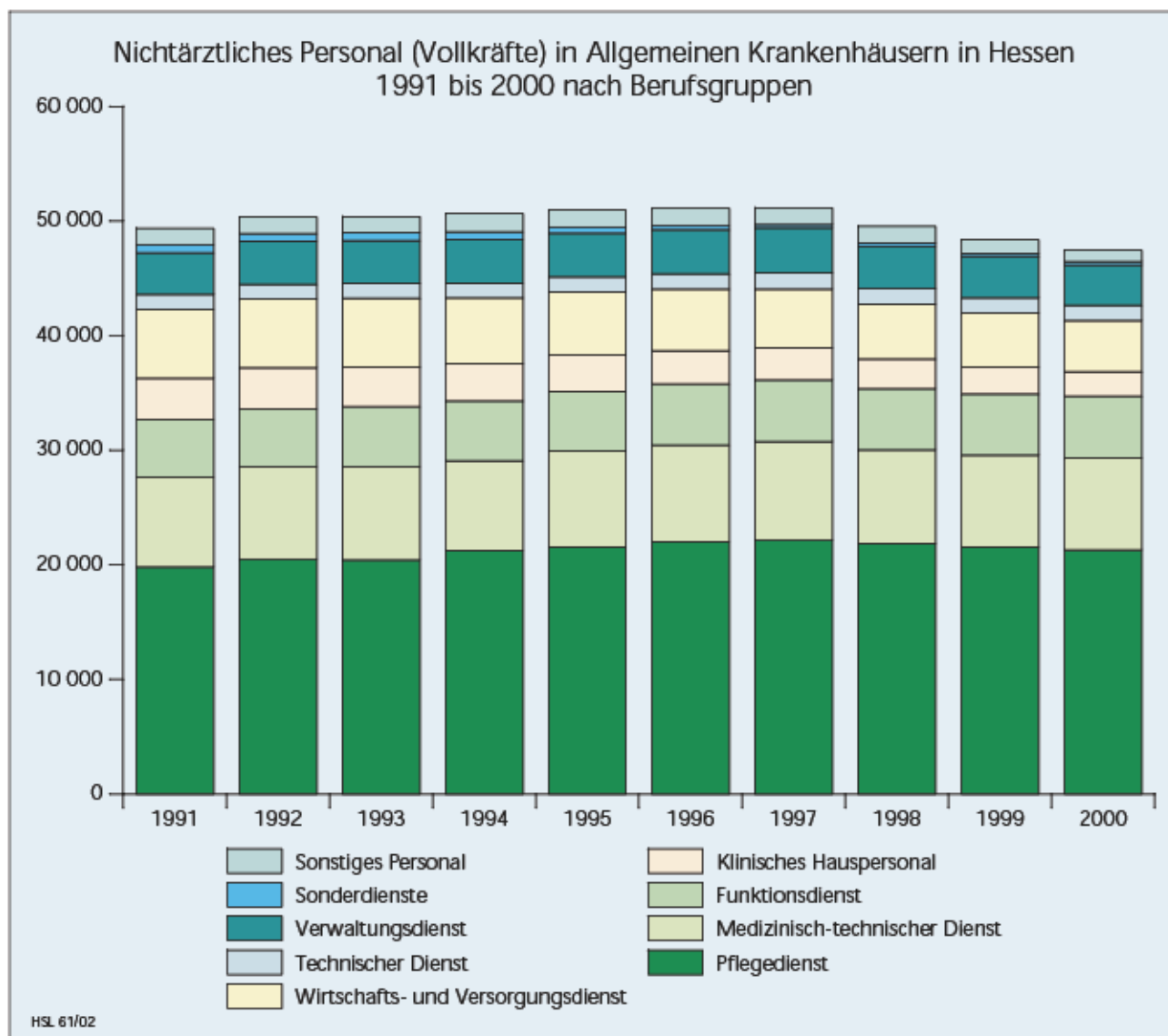
Die Entwicklung ist je nach Funktionsbereich unterschiedlich. Im Jahr 2000 gab es im Funktionsbereich Pflegedienst 21 290 Vollkräfte. Seit 1991 war im *Pflegedienst* eine nahezu kontinuierliche Zunahme der Vollkräfte bis 1997 um 11,8 % auf 22 150 zu beobachten, danach sank die Zahl der Vollkräfte bis zum Jahr 2000 um 3,9 %. Innerhalb des Pflegedienstes ist eine Verlagerung zu höher qualifizierten Berufen zu beobachten. Die Zahl der Krankenschwestern und -pfleger stieg seit 1991 um 22 % auf 21 700, die der Krankenpflegehelfer und -helferinnen sank seit 1992 um 31 % auf 1560. Noch deutlicher war der Rückgang beim sonstigen Pflegepersonal (ohne staatliche Prüfung); hier sank die Zahl im Jahr 2000 gegenüber dem Höchststand im Jahr 1996 um 37 % auf 1510.

Im Jahr 1991 arbeiteten in den Funktionsbereichen medizinisch-technischer Dienst, Verwaltungsdienst und technischer Dienst 7850 bzw. 3590 sowie 1315 Vollkräfte. In allen drei Funktionsbereichen erreichte die Zahl der Vollkräfte im Jahr 1997 mit 8615 bzw. 3910 sowie 1415 ihren Höchststand und sank danach bis zum Jahr 2000 um 7,3 bzw. 10 sowie 4,7 % auf 7990 bzw. 3520 sowie 1350.

Seit 1991 war beim Wirtschafts- und Versorgungsdienst und beim klinischen Hauspersonal ein kontinuierlicher Personalabbau zu beobachten. Hier sanken bis zum Jahr 2000 die Zahlen der Vollkräfte von 6030 um 26 % auf 4450 bzw. von 3580 um 40 % auf 2150. Beim sonstigen Personal und bei den Sonderdiensten stieg die Zahl der Vollkräfte von 1991 bis 1994 noch von 1480 bzw. 670 auf 1620 bzw. 680, sank dann aber bis zum Jahr 2000 um 39,6 bzw. 55,4 % auf 975 bzw. 300 Vollkräfte. „Vom Personalabbau waren insbesondere Bereiche betroffen, bei denen die Krankenhäuser offensichtlich verstärkt die Möglichkeit der Auslagerung dieser Dienste (Outsourcing) genutzt haben“³⁾. Lediglich im Funk-

Nichtärztliches Personal in Allgemeinen Krankenhäusern 1991 bis 2000 nach Geschlecht

| Jahr | Beschäftigte | | | darunter Teilzeitbeschäftigte | | | Vollkräfte im Jahresdurchschnitt |
|------|--------------|----------|----------|-------------------------------|----------|----------|----------------------------------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | |
| 1991 | 58 628 | 11 464 | 47 164 | 16 248 | 1 021 | 15 227 | 49 359 |
| 1992 | 59 593 | 11 558 | 48 035 | 17 022 | 1 138 | 15 884 | 50 338 |
| 1993 | 60 583 | 11 853 | 48 730 | 18 150 | 1 095 | 17 055 | 50 379 |
| 1994 | 61 437 | 12 066 | 49 371 | 18 749 | 1 111 | 17 638 | 50 641 |
| 1995 | 61 893 | 12 396 | 49 497 | 19 658 | 1 264 | 18 394 | 50 923 |
| 1996 | 62 323 | 12 426 | 49 897 | 20 982 | 1 429 | 19 553 | 51 090 |
| 1997 | 63 011 | 12 610 | 50 401 | 21 295 | 1 301 | 19 994 | 51 141 |
| 1998 | 61 008 | 12 302 | 48 706 | 21 322 | 1 326 | 19 996 | 49 543 |
| 1999 | 60 065 | 12 089 | 47 976 | 21 177 | 1 303 | 19 874 | 48 344 |
| 2000 | 59 863 | 11 979 | 47 884 | 21 995 | 1 431 | 20 564 | 47 441 |



tionsdienst nahm die Zahl der Vollkräfte von 5040 im Jahr 1991 um 7,4 % auf 5410 im Jahr 2000 zu.

Von den Vollkräften entfiel im Jahr 2000 der größte Anteil (45 %) auf den Pflegedienst; 1991 lag der Anteil noch bei 40 %. Es folgten der medizinisch-technische Dienst mit 17 % (1991: 16 %) und der Funktionsdienst mit 11 % (1991: 10 %). Im Wirtschafts- und Versorgungsdienst arbeiteten 9 % (1991: 12 %) des nichtärztlichen Personals und im Verwaltungsdienst 7 % (1991: 7 %).

Unter dem nichtärztlichen Personal bildeten im Jahr 2000 die Krankenschwestern und -pfleger die größte Berufsgruppe; mit 21 700 Beschäftigten stellten sie 36 % (1991: 17 740 bzw. 30 %) des gesamten nichtärztlichen Personals. Wie 1991 waren auch 2000 80 % des nichtärztlichen Personals Frauen. Mit Ausnahme des technischen Dienstes waren in allen anderen Funktionsbereichen Frauen deutlich in der Mehrzahl. So arbeiteten im Jahr 2000 im Pflegedienst und im medizinisch-technischen Dienst jeweils 86 bzw. 85 % Frauen, beim klinischen Hauspersonal sogar 97 %.

Krankenhauskosten

Die Erhebung der Krankenhauskosten wurde 1996 umgestellt. Bis 1995 umfassten die erhobenen Gesamtkosten nach Kostenarten zum einen die Kosten für stationäre Krankenhausleistungen und zum anderen nichtstationäre Kosten, z. B. für wissenschaftliche Forschung und Lehre, Ambulanz. Die Kosten wurden damals nach dem so genannten Bruttoprinzip erfasst. Um vergleichbare Kostengrößen zu erhalten, wurden für die Darstellung in diesem Beitrag die nichtstationären und die nicht pflegesatzfähigen Kosten von den Gesamtkosten abgezogen. Die so entstandenen bereinigten Kosten sind für Zeit-, Regional- und Strukturvergleiche geeignet. Seit dem Berichtsjahr 1996 werden die Kosten in den Krankenhäusern nach dem so genannten Nettoprinzip erhoben. Dabei enthalten die Gesamtkosten nach Kostenarten nur noch Kosten für stationäre Krankenhausleistungen, nichtstationäre Kosten werden nicht mehr erfragt. Nach Abzug der nicht pflegesatzfähigen Kosten erhält man wiederum die bereinigten Kosten, die auch mit den Ergeb-

Bereinigte Kosten¹⁾ der Krankenhäuser 1990 bis 2000
(Angaben in 1000 Euro)

| Jahr | Insgesamt | darunter in Allgemeinen Krankenhäusern | | | | Nachrichtlich: Hochschul- kliniken |
|------|-----------|--|--------------|-------------------------|----------|--|
| | | zusammen | davon in | | | |
| | | | öffentlichen | freigemein- nützigen | privaten | |
| | | | | | | |
| 1990 | 2 529 473 | 2 331 731 | 1 459 160 | 761 914 | 110 657 | 331 152 |
| 1991 | 2 822 649 | 2 613 929 | 1 634 308 | 843 353 | 136 267 | 376 081 |
| 1992 | 3 074 684 | 2 844 840 | 1 770 955 | 915 199 | 158 686 | 410 203 |
| 1993 | 3 187 829 | 2 944 464 | 1 829 337 | 944 407 | 170 719 | 422 292 |
| 1994 | 3 299 638 | 3 053 955 | 1 885 048 | 1 009 942 | 158 965 | 451 756 |
| 1995 | 3 495 865 | 3 253 757 | 1 949 018 | 1 101 846 | 202 893 | 475 826 |
| 1996 | 3 552 193 | 3 311 897 | 1 703 221 | 1 393 183 | 215 493 | 485 903 |
| 1997 | 3 614 996 | 3 389 437 | 1 911 300 | 1 225 944 | 252 193 | 498 160 |
| 1998 | 3 651 292 | 3 426 613 | 1 926 831 | 1 250 980 | 248 802 | 509 868 |
| 1999 | 3 706 242 | 3 477 414 | 1 968 907 | 1 275 032 | 233 475 | 510 850 |
| 2000 | 3 759 056 | 3 526 479 | 2 018 535 | 1 257 124 | 250 820 | 515 373 |

1) Bis 1995: Gesamtkosten abzgl. Kosten für Ambulanz, Wissenschaft, Forschung und Lehre und übrige Abzüge; ab 1996: Netto-Gesamtkosten minus Abzüge.

nissen der Vorjahre vergleichbar sind. Die bereinigten Kosten sind somit die Kosten, die die Krankenhäuser über Pflegesätze vergütet bekommen. Die Umstellung war durch Änderungen im Pflegesatzrecht notwendig geworden.

Die bereinigten und somit pflegesatzfähigen Kosten erreichten im Jahr 2000 in den 152 hessischen Allgemeinen Krankenhäusern eine Größenordnung von 3,8 Mrd. Euro. Die bereinigten Kosten haben sich damit gegenüber 1990 stetig um insgesamt fast 1,2 Mrd. Euro bzw. 51,2 % erhöht, wobei sich die Kosten nach 1995 deutlich geringer erhöht haben als in den Vorjahren. Dies ist sicherlich u. a. auf die gesetzliche Begrenzung der Erhöhung des Krankenhausbudgets 1996⁴⁾ zurückzuführen. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung der Kosten der Allgemeinen Krankenhäuser nach der Trägerart. Während bei den Allgemeinen Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft 2000 gegenüber 1990 mit Ausnahme der Jahre 1996 bis 1998 eine Zunahme der bereinigten Kosten um insgesamt 38 % zu verzeichnen war, ergab sich mit zwischenzeitlichen Schwankungen bei den freigemeinnützigen Allgemeinen Krankenhäusern eine Kostensteigerung um 65 % und bei den privaten ein Anstieg um 127 %.

Die bereinigten Kosten je stationär Behandeltem lagen 2000 bei 3150 Euro, 1990 waren es noch 2400 Euro (+ 32 %). Die Zahl der stationär Behandelten ist im Zeitraum von 1990 bis 2000 von 973 700 auf 1 120 200 (+ 15 %) gestiegen. Die Kosten je Pfl egetag erhöhten sich im Vergleich zu 1990 um rund 73 %; die Zahl der Pfl egetage ging im Beobachtungs-

zeitraum um 12,3 % auf 10,5 Mill. zurück. Die jeweiligen Behandlungsspektren und -methoden verursachten in den Krankenhäusern unterschiedliche Kosten je Pfl egetag. Im Landesdurchschnitt entstanden den Allgemeinen Krankenhäusern 2000 pro Pfl egetag Kosten in Höhe von 338 Euro. Unterscheidet man die Allgemeinen Krankenhäuser nach der Art des Krankenhauses, so hatten die Hochschulkliniken mit durchschnittlich 479 Euro je Pfl egetag die höchsten Kosten und die Sonstigen Krankenhäuser mit 185 Euro die niedrigsten. Bei diesen handelte es sich allerdings in der Regel um kleinere Häuser mit im Durchschnitt 33 Betten. Die Betrachtung der Kosten je Pfl egetag der Allgemeinen Krankenhäuser nach der Art des Trägers zeigt: Öffentliche Allgemeine Krankenhäuser waren mit durchschnittlich 359 Euro je Pfl egetag teurer als freigemeinnützige (320 Euro) und private (288 Euro).

Die nicht pflegesatzfähigen Kosten betrugen im Jahr 2000 76 Mill. Euro. Die Netto-Gesamtkosten⁵⁾ der Allgemeinen Krankenhäuser für stationäre Krankenhausleistungen beliefen sich auf 3,6 Mrd. Euro. Zwei Drittel dieser Netto-Gesamtkosten (2,3 Mrd. Euro) wurden für das Personal aufgewendet, ein Drittel entfiel auf die Sachkosten (1,2 Mrd. Euro).

Personalkosten

Bei den Personalkosten der Krankenhäuser (2,3 Mrd. Euro) wird zwischen Ausgaben unterschieden, die diesen Einrichtungen durch die Beschäftigung von ärztlichem (0,5 Mrd. Euro) und nichtärztlichem Personal (1,8 Mrd. Euro) entstanden sind.

Mit Ausgaben in Höhe von knapp 0,9 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 50 % an den Kosten für nichtärztliches Personal stellte der Pfl edgedienst die größte Einzelposition unter den

4) Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben 1996 vom 29. April 1996 (BGBl. I S. 654).

5) Netto-Gesamtkosten = Personal- und Sachkosten, Zinsen für Betriebsmittelkredite und Kosten der Ausbildungsstätten.

Bereinigte Kosten¹⁾ der Krankenhäuser je Pflgetag 1990 bis 2000
(Angaben in 1000 Euro)

| Jahr | Insgesamt | darunter in Allgemeinen Krankenhäusern | | | | Nachrichtlich: Hochschul- kliniken |
|------|-----------|--|--------------|-------------------------|----------|--|
| | | zusammen | davon in | | | |
| | | | öffentlichen | freigemein- nützigen | privaten | |
| | | | | | | |
| 1990 | 184 | 195 | 216 | 173 | 141 | 286 |
| 1991 | 208 | 220 | 242 | 194 | 173 | 331 |
| 1992 | 230 | 242 | 264 | 212 | 214 | 356 |
| 1993 | 246 | 256 | 279 | 225 | 225 | 384 |
| 1994 | 260 | 269 | 295 | 240 | 211 | 400 |
| 1995 | 284 | 292 | 321 | 257 | 272 | 432 |
| 1996 | 298 | 307 | 338 | 281 | 279 | 437 |
| 1997 | 305 | 313 | 341 | 281 | 299 | 451 |
| 1998 | 309 | 317 | 344 | 288 | 289 | 463 |
| 1999 | 317 | 325 | 352 | 300 | 277 | 474 |
| 2000 | 330 | 338 | 359 | 320 | 288 | 479 |

1) Bis 1995: Gesamtkosten abzügl. Kosten für Ambulanz, Wissenschaft, Forschung und Lehre und übrige Abzüge; ab 1996: Netto-Gesamtkosten minus Abzüge.

Kosten für nichtärztliches Personal des Jahres 2000 der Allgemeinen Krankenhäuser dar. Die Kosten für den medizinisch-technischen Dienst beliefen sich auf 0,3 Mrd. Euro, das waren 14 % der gesamten Kosten für nichtärztliches Personal. Für den Funktionsdienst sowie den Wirtschafts- und Versorgungsdienst gaben die Allgemeinen Krankenhäuser 221 Mill. Euro bzw. 142 Mill. Euro aus, das entsprach einem Anteil von 12 bzw. 7,7 % der Kosten für den nichtärztlichen Dienst. Für den Verwaltungsdienst wendeten die Häuser mit 140 Mill. Euro 7,7 % der Kosten für nichtärztliches Personal auf. 147 Mill. Euro bzw. 8 % der Kosten für nichtärztliches Personal entfielen auf das klinische Hauspersonal, den technischen Dienst, die Sonderdienste, das sonstige Personal und die nichtzurechenbaren Personalkosten.

Sachkosten

Ebenso wie die Personalkosten werden in der Krankenhausstatistik auch die Sachaufwendungen der Allgemeinen Krankenhäuser (1,2 Mrd. Euro) für wichtige Sachmittelgruppen gesondert nachgewiesen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Positionen:

- Lebensmittel,
- medizinischer Bedarf (u. a. Arzneimittel, Blutkonserven, Verbandsmittel, Instrumente, Implantate),
- Wasser, Energie, Brennstoffe,
- Wirtschaftsbedarf (u. a. Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Wäschereinigung, Treibstoffe, Patientenbücherei),
- Instandhaltung (Erhaltung oder Wiederherstellung von Anlagegütern),

- Verwaltungsbedarf (u. a. Büromaterialien, Portokosten, Fernsprech- und Fernschreibanlagen).

Zu den Sachkosten der Krankenhäuser zählen darüber hinaus die Ausgaben für:

- zentrale Verwaltungsdienste (Leistungen zentraler Stellen der Trägerverwaltung),
- zentrale Gemeinschaftsdienste (u. a. Gemeinschaftswäschereien, Zentralapotheken und -küchen, zentrale EDV-Anlagen, die von mehreren Krankenhäusern gemeinsam betrieben werden),
- Steuern, Abgaben und Versicherungen und
- Gebrauchsgüter (u. a. Dienst- und Schutzkleidung, Wäsche, Textilien, Glas- und Porzellanartikel, Bild-, Ton- und Datenträger),

die auf Grund der Geringfügigkeit der aufgewendeten Beträge hier in der Rubrik „sonstige Sachkosten“ zusammengefasst werden.

Über die Hälfte der Sachkosten (643 Mill. Euro) gaben die Allgemeinen Krankenhäuser für den medizinischen Bedarf aus. Gut ein Fünftel davon (139 Mill. Euro) waren Aufwendungen für Arzneimittel. Auf Instandhaltungen, die Kosten in Höhe von 156 Mill. Euro verursachten, entfielen 13 % der Sachkosten. Für den Wirtschaftsbedarf wurden 122 Mill. Euro ausgegeben (10 %) und für Wasser, Energie und Brennstoffe 70 Mill. Euro (6 %). Lebensmittelkosten entstanden in Höhe von 70 Mill. Euro (6 %), und die Kosten für den Verwaltungsbedarf lagen bei 68 Mill. Euro (6 %). □

Anhaltendes Bevölkerungswachstum im Jahr 2001

Am Jahresende 2001 lebten in Hessen gut 6 077 800 Menschen, rund 9700 oder knapp 0,2 % mehr als zu Beginn des Jahres. Die im Vergleich zu 1999 und 2000 geringere Bevölkerungszunahme beruhte auf wieder niedrigeren Wanderungsüberschüssen. Der Saldo aus Geborenen und Gestorbenen schlug mit einem Geburtendefizit zu Buche. Insgesamt gesehen setzte sich jedoch die moderate Bevölkerungsentwicklung der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre fort, nach den ungewöhnlich hohen Wachstumsraten in der ersten Hälfte.

Niedrigere Wanderungsgewinne mit dem Ausland

Die Bilanz der Wanderungen über die hessische Landesgrenze wies im Jahr 2001 einen Überschuss von gut 12 800 Personen aus, knapp 4900 weniger als im Vorjahr. Maßgeblich für den Rückgang des Wanderungsgewinns war die Entwicklung gegenüber dem Ausland. Eine starke Zunahme der Fortzüge um gut 7600 auf 74 500 bei nur leichtem Anstieg der Zuzüge um knapp 3200 auf 77 300 ließ den Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland um 4500 auf 2800 Personen schrumpfen. Ausschlaggebend hierfür war eine im Berichtsjahr zu beobachtende starke Nettoabwanderung in die Länder der Europäischen Union, die den leichten Wanderungsgewinn, den Hessen noch im Vorjahr gegenüber der EU hatte, in ein Wanderungsdefizit von gut 4900 Personen umkehrte. Hauptziele dieser Abwanderung waren Italien (– 1650), Griechenland (– 800) und Spanien (– 800) sowie Frankreich (– 600) und das Vereinigte Königreich (– 500). Aus den übrigen Ländern Europas war ein Anstieg der Nettozuwanderung um 800 auf 2200 zu verzeichnen. Nettozuwanderungsländer waren Polen (+ 1500), die Ukraine (+ 1300), die Russische Föderation (+ 1100) sowie die Türkei (+ 900). Außerdem war eine Rückwanderung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus den früheren Gebieten Jugoslawiens in die Bundesrepublik Jugoslawien (– 2700) und nach Kroatien (– 500) zu beobachten. Insgesamt führten die Wanderungsverflechtungen mit dem europäischen Ausland im Jahr 2001 in Hessen zu einem Wanderungsverlust von rund 2800 Personen, gegenüber einem Wanderungsgewinn von knapp 1300 Personen im Vorjahr. Aus dem außereuropäischen Ausland zogen per Saldo 5000 Personen zu, die meisten kamen aus Asien (4500). Zuwanderungsländer waren hauptsächlich China (+ 1200), Afghanistan (+ 700) und Marokko (+ 500), während die USA (– 1100) bei den Abwanderungen herausragten.

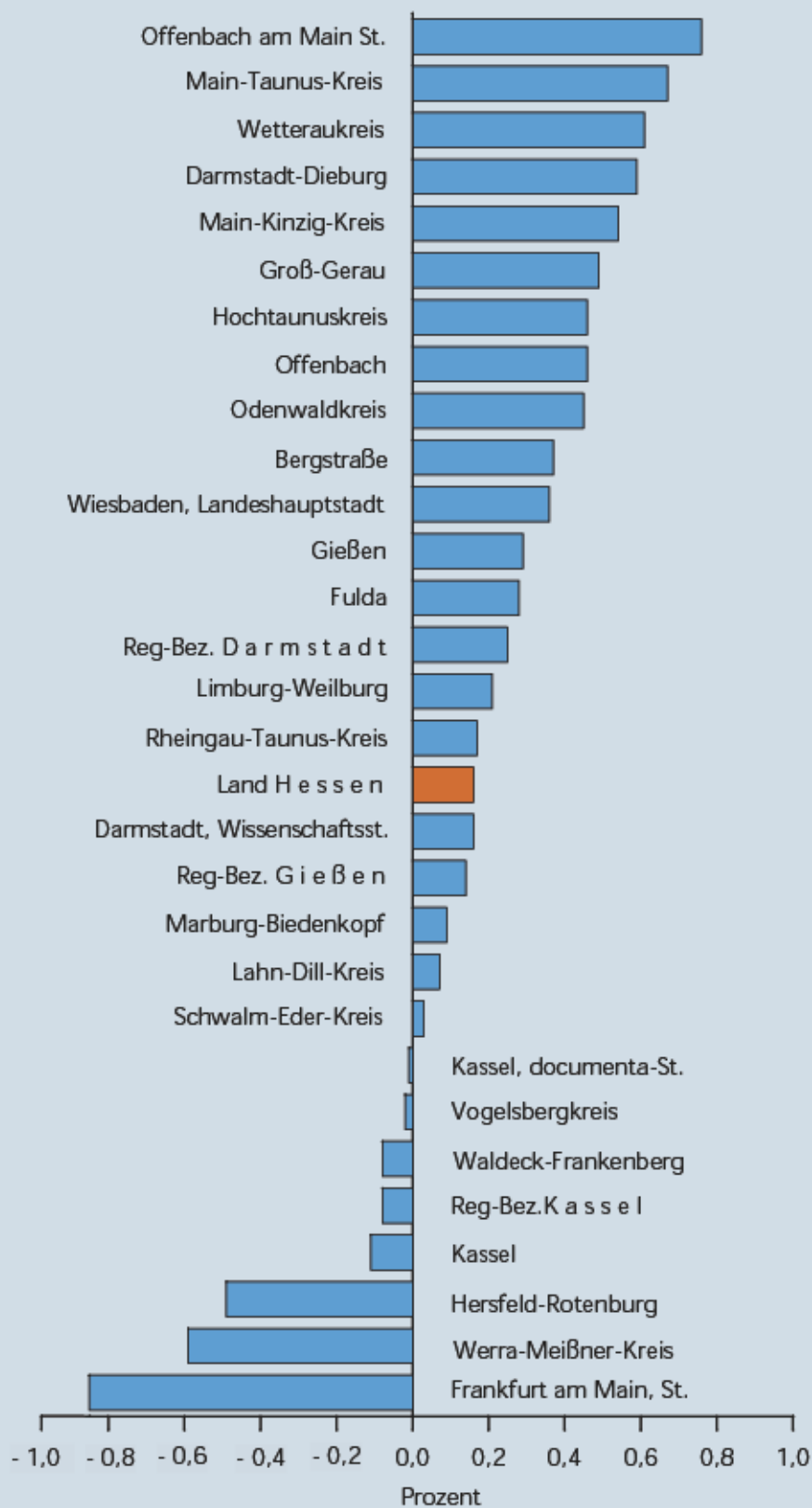
Deutlicher Anstieg der Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern

Der Wanderungsgewinn gegenüber den anderen Bundesländern sank im Jahr 2001 bei 97 900 Zu- und 87 800 Fortzügen leicht um 400 auf gut 10 000 Personen. Dabei erhöhte sich der positive Saldo gegenüber den neuen Bundesländern um 2100 auf gut 9900 Personen, während er gegenüber den alten Bundesländern von 2600 auf nur noch gut 100 Personen fiel. Wanderungsgewinne waren gegenüber allen neuen Bundesländern sowie gegenüber Niedersachsen (+ 7200), Nordrhein-Westfalen (+ 800) und dem Saarland (+ 400) zu verzeichnen. Unter den neuen Bundesländern waren Sachsen (+ 3300), Thüringen (+ 2600) und Sachsen-Anhalt (+ 2100) die größten „Geberländer“. Wanderungsverluste bestanden insbesondere gegenüber Bayern (– 3250), Rheinland-Pfalz (– 1900) und Baden-Württemberg (– 1500). Der Saldo mit Niedersachsen beinhaltet allerdings auch rund 6900 Spätaussiedler, die vom Ausland kommend zunächst in den niedersächsischen Erstaufnahmestel-

Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2001
nach Verwaltungsbezirken

| Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis | Bevölkerungsstand am Jahresende | Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber Jahresende 2000 | | davon | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|--|-------|---|----------------------|
| | | Anzahl | % | Saldo der natürlichen Bevölkerungs- bewegung | Wanderungs- saldo |
| Darmstadt, Wissenschaftsst. | 138 457 | 215 | 0,2 | – 80 | 295 |
| Frankfurt am Main, St. | 641 076 | – 5 474 | – 0,9 | 202 | – 5 676 |
| Offenbach am Main, St. | 118 429 | 894 | 0,8 | 122 | 772 |
| Wiesbaden, Landeshauptst. | 271 076 | 967 | 0,4 | – 274 | 1241 |
| Bergstraße | 264 685 | 965 | 0,4 | – 375 | 1 340 |
| Darmstadt-Dieburg | 288 463 | 1 683 | 0,6 | 368 | 1 315 |
| Groß-Gerau | 250 478 | 1 212 | 0,5 | 337 | 875 |
| Hochtaunuskreis | 226 683 | 1 045 | 0,5 | – 133 | 1 178 |
| Main-Kinzig-Kreis | 408 144 | 2 202 | 0,5 | – 194 | 2 396 |
| Main-Taunus-Kreis | 221 730 | 1 466 | 0,7 | 320 | 1 146 |
| Odenwaldkreis | 100 113 | 446 | 0,5 | – 143 | 589 |
| Offenbach | 336 555 | 1 525 | 0,5 | 338 | 1 187 |
| Rheingau-Taunus-Kreis | 184 897 | 321 | 0,2 | 4 | 317 |
| Wetteraukreis | 296 056 | 1 796 | 0,6 | – 100 | 1 896 |
| Reg.-Bez. Darmstadt | 3 746 852 | 9 263 | 0,3 | 382 | 8 871 |
| Gießen | 254 331 | 744 | 0,3 | – 80 | 824 |
| Lahn-Dill-Kreis | 263 043 | 184 | 0,1 | – 438 | 622 |
| Limburg-Weilburg | 175 679 | 362 | 0,2 | – 180 | 542 |
| Marburg-Biedenkopf | 253 500 | 221 | 0,1 | 5 | 216 |
| Vogelsbergkreis | 118 475 | – 21 | 0,0 | – 308 | 287 |
| Reg.-Bez. Gießen | 1 065 028 | 1 490 | 0,1 | – 1 001 | 2 491 |
| Kassel, documenta-St. | 194 748 | – 18 | 0,0 | – 448 | 430 |
| Fulda | 218 326 | 616 | 0,3 | 105 | 511 |
| Hersfeld-Rotenburg | 130 010 | – 644 | – 0,5 | – 379 | – 265 |
| Kassel | 245 735 | – 262 | – 0,1 | – 518 | 256 |
| Schwalb-Edel-Kreis | 193 404 | 59 | 0,0 | – 415 | 474 |
| Waldeck-Frankenberg | 170 430 | – 138 | – 0,1 | – 322 | 184 |
| Werra-Meißner-Kreis | 113 293 | – 669 | – 0,6 | – 556 | – 113 |
| Reg.-Bez. Kassel | 1 265 946 | – 1 056 | – 0,1 | – 2 533 | 1 477 |
| Land Hessen | 6 077 826 | 9 697 | 0,2 | – 3 142 | 12 839 |

Bevölkerungsentwicklung 2001 in den Verwaltungsbezirken Hessens (Zu- bzw. Abnahme (-) in %)



HSL 58/02

len melderechtlich registriert und bei der Einreise nach Hessen als Zugezogene aus diesem Bundesland gezählt werden. Der Saldo Hessens müsste deshalb gegenüber dem Bundesgebiet um diese 6900 Personen vermindert, derjenige gegenüber dem Ausland um die entsprechende Zahl erhöht werden.

Rückgang der Geburten setzt sich fort

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung schlug im Jahr 2001 wieder negativ zu Buche und schmälerte die Bevölkerungszunahme. Der Rückgang der Geburten auf 56 200 fiel mit 4,4 % stärker aus als die Abnahmerate der Sterblichkeit mit 1,6 % auf 59 400 Todesfälle, sodass sich das Geburtendefizit um 1600 auf gut 3100 Personen erhöhte. Die Abnahme der Geburten war zum Teil auf den „Struktureffekt“ zurückzuführen, da die Zahl der Frauen im „reproduktiven“ Alter sinkt. Dennoch kann mehr als die Hälfte des Rückgangs auf eine Veränderung des generativen Verhaltens zurückgeführt werden. Der Rückgang der Sterblichkeit kommt in einer weiter gestiegenen Lebenserwartung zum Ausdruck.

Bevölkerungswachstum fast ausschließlich im Großraum Rhein-Main

Die kleinräumigere Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung weist auch im Jahr 2001 wieder ein deutliches Süd-Nord-Gefälle auf. Die Bevölkerungszahl des im Süden gelegenen Regierungsbezirks Darmstadt nahm um 0,3 % auf rund 3,747 Mill. zu, während die Einwohnerzahl im mittelhessischen Regierungsbezirk Gießen lediglich um 0,1 % auf 1,065 Mill. anstieg und die des nordhessischen Regierungsbezirks Kassel sogar um 0,1 % auf rund 1,266 Mill. Einwohner schrumpfte. Mit einem Wanderungsüberschuss von knapp 8900 Personen und einer positiven natürlichen Bevölkerungsbilanz von 400 Personen entfielen rein rechnerisch rund 96 % des gesamten Bevölkerungswachstums auf den Regierungsbezirk Darmstadt. Die durchweg positiven Wanderungssalden wurden hier in fünf der zehn Landkreise noch durch einen Geburtenüberschuss verstärkt. In den Landkreisen nahm die Bevölkerung zwischen 0,2 % (Rheingau-Taunus-Kreis) und 0,7 % (Main-Taunus-Kreis) zu. Mit 0,5 % wurde in den Landkreisen des Regierungsbezirks eine durchschnittliche Wachstumsrate erzielt, die deutlich höher lag als

auf Landesebene (+ 0,2 %). Die kreisfreie Stadt Offenbach am Main hatte 2001 einen Wanderungsgewinn und einen Geburtenüberschuss und erreichte mit 0,8 % die landesweit höchste Zuwachsrate. Als einzige kreisfreie Stadt registrierte die Finanzmetropole Frankfurt am Main bei einem leichten natürlichen Zuwachs einen deutlichen Bevölkerungsrückgang von knapp 5500 Personen oder 0,9 %. Die starke Abnahme resultierte aus einer Melderegisterbereinigung, die das Bürgeramt der Stadt Frankfurt in unregelmäßigen Abständen durchführt, und die in der amtlichen Fortschreibung zu einem Wanderungsdefizit von rund 5700 Personen geführt hatte. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verzeichnete eine leichte Zunahme von 0,2 %, und die Bevölkerung der Landeshauptstadt Wiesbaden nahm im Berichtsjahr um 0,4 % zu. Die natürliche Bevölkerungsbilanz hatte bei beiden Städten negativ zu Buche geschlagen.

Der Bevölkerungszuwachs des mittelhessischen Regierungsbezirks Gießen resultierte im Jahr 2001 aus einem Wanderungsgewinn von 2500 Personen, der von einem Geburtendefizit von 1000 Personen zum Teil aufgezehrt wurde. Alle fünf Verwaltungsbezirke hatten Wanderungsüberschüsse, die mit Ausnahme des Landkreises Marburg-Biedenkopf jeweils durch ein Geburtendefizit vermindert wurden. Im Vogelsbergkreis reichte der Wanderungsgewinn nicht aus, um die negative natürliche Bevölkerungsbilanz auszugleichen. Die übrigen Landkreise des Regierungsbezirks Gießen konnten die Bevölkerungsbilanz des Jahres 2001 mit einem leichten Plus abschließen.

Im nordhessischen Regierungsbezirk Kassel waren die Geburtendefizite höher als die Wanderungsgewinne, sodass die Bevölkerung per Saldo um rund 1100 Personen abnahm. Vor allem der Werra-Meißner-Kreis (– 0,6 %) sowie der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (– 0,5 %) trugen überdurchschnittlich zum Bevölkerungsrückgang der nördlichen Region bei. In diesen beiden Landkreisen zeigten beide Bevölkerungskomponenten negative Auswirkungen auf das Wachstum, während der Landkreis Fulda als Einziger sowohl einen Geburten- als auch einen Wanderungsüberschuss aufwies und damit die höchste Wachstumsrate (0,3 %) der Region erreichte. Die Stadt Kassel profitierte ebenfalls vom Wanderungsgeschehen, der Bevölkerungsgewinn wurde aber vollständig von einem Geburtendefizit aufgezehrt.

*) Tel.: 0611/3802-337 · E-Mail: dschmidtwahl@hsl.de

Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2001 nach Größenklassen

Nur knapp 5 % aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes hatten im Jahr 2001 jeweils 500 und mehr Beschäftigte. Dort arbeitete jedoch fast die Hälfte aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Andererseits waren in Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten nur 10 % der Beschäftigten tätig. Gut 40 % der Betriebe hatten zwischen 50 und 499 Beschäftigte. In diesen Betrieben war auch der nahezu gleiche Anteil an Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig. Bestimmend für die Betriebsgröße ist ganz wesentlich die wirtschaftliche Tätigkeit. So wurden Kraftfahrzeuge zu knapp 90 % in Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten hergestellt, während Metallerzeugnisse nur zu 24 % in Betrieben dieser Größenklasse produziert wurden.

In Hessen waren im Durchschnitt des Jahres 2001 insgesamt knapp 3 300 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ gemeldet. 1739 oder mehr als die Hälfte waren Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten.

Der Monatsberichtsreis, dem die vorliegenden Daten entstammen, erfasst im Allgemeinen nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten werden jedoch einbezogen, wenn das Unternehmen insgesamt mehr als 20 Beschäftigte umfasst und zum Produzierenden Gewerbe zählt. Außerdem werden Betriebe ausgewählter Branchen mit einer besonderen kleinbetrieblichen Struktur mit 10 und mehr Beschäftigten bundeseinheitlich in den Berichtsreis einbezogen²⁾. Die Größenklassengliederung trägt dieser Meldepflicht Rechnung. Dennoch erscheint es angebracht, die Betriebe bis 50 Beschäftigte als Kleinbetriebe zu betrachten und hier zusammenzufassen.

Ein Fünftel der Betriebe gehörte 2001 zur Betriebsgrößenklasse 50 bis 99 Beschäftigte. Ein gutes Viertel der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes hatte mehr als 100 Beschäftigte, wobei die Größenklasse 200 bis 499 auf einen Anteil von 9,3 % und die ganz Großen auf lediglich 4,9 % aller Betriebe kamen.

*)Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Hierzu gehören:

Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.,
Gewinnung von Kies und Sand,
Fischverarbeitung,
Verarbeitung von Kartoffeln,
Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften,
Verarbeitung von Obst und Gemüse a. n. g.,
Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere,
Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere,
Herstellung von Spirituosen,
Alkoholbrennerei,
Herstellung von Malz,
Mineralbrunnen, Herstellung von Erfrischungsgetränken,
Herstellung von Transportbeton.

Optimale Betriebsgröße je Wirtschaftszweig bestimmt die Betriebsstruktur

Die Besetzung der einzelnen Größenklassen ist je nach Wirtschaftszweig verschieden. Sie wird von technischen Faktoren der Produktion, den damit verbundenen Kosten und den zu erzeugenden und am Markt absetzbaren Produktmengen bestimmt. Dabei spielen die Fixkosten als Kosten der Bereitschaft zur Produktion eine bedeutende Rolle. Sie sind für die kostenoptimale Betriebsgröße besonders wichtig. Wird sie für die jeweilige Erzeugung verfehlt, steigen die Kosten. Solange der durch eine Erhöhung des Mengenausstoßes erzielte Umsatzzuwachs eine Fixkostendegression je Einheit zur Folge hat, kommt die Produktionssteigerung dem Betriebsergebnis zu Gute. Die Erhöhung der Kapazität durch Aufstockung des Beschäftigtenbestandes ist gerechtfertigt, so lange hierdurch das Betriebsergebnis verbessert wird. Umgekehrt kann eine zu kleine Betriebsgröße zur Folge haben, dass die Nachfrage durch einen an den Kosten orientierten Preis beeinträchtigt wird, der durch die hohen Fixkosten je Stück belastet ist. Die optimale Betriebsgröße wird folglich durch eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren bestimmt.

Kleinbetriebliche Strukturen sind vor allem im Zulieferbereich sowie bei Wartung und Reparatur anzutreffen. Dort ist der Unternehmer für die Betriebsleitung, das heißt die Marktbeobachtung, das Produktionsprogramm oder die Angebotsgestaltung, die Ablaufplanung und gleichzeitig den Absatz zuständig. Familienbetriebe sind im Allgemeinen fixkostengünstig. Die Einbindung von Familienangehörigen garantiert wegen des besonderen Interesses am Unternehmenserfolg hohes Engagement. Kleinbetriebe sind auch dort häufig anzutreffen, wo der Erfolg des Produkts am Markt durch das persönliche Wirken des Firmeninhabers und seine Unverwechselbarkeit (Imageabhängigkeit) bestimmt wird.

Das Verlagsgewerbe ist — von wenigen Großverlagen abgesehen — kleinbetrieblich organisiert. Der Verlag vermittelt zwischen Autor und Markt und verfügt nur dann über einen größeren Beschäftigtenstab, wenn das Verlagsprogramm sehr umfangreich geworden ist und/oder neben der ausgesprochenen Verlagstätigkeit auch die technische Reproduktion dort erfolgt. Dass Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern im Jahr 2001 zu 60 % weniger als 50 Beschäftigte hatten, ist dem Charakter dieses Wirtschaftszweiges zuzuschreiben. Lediglich die Betriebsgrößenklasse 50 bis 99 Beschäftigte war wegen der Einbeziehung beschäftigtenintensiver Produktionsweisen (Vervielfältigung etc.) überdurchschnittlich besetzt. Dagegen erreichten die noch größeren Betriebseinheiten den Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes bei weitem nicht.

**Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ im Durchschnitt des Jahres 2001
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

| Wirtschaftszweig | Insgesamt | davon Betriebe mit ... Beschäftigten | | | | | |
|--|-----------|--------------------------------------|-----------|-----------|-------------|-------------|---------------|
| | | 1 bis 19 | 20 bis 49 | 50 bis 99 | 100 bis 199 | 200 bis 499 | 500 oder mehr |
| Verarbeitendes Gewerbe | 3 289 | 408 | 1 331 | 674 | 408 | 306 | 162 |
| darunter im | | | | | | | |
| Ernährungsgewerbe | 400 | 48 | 210 | 66 | 45 | 21 | 11 |
| Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern | 270 | 16 | 146 | 66 | 15 | 18 | 10 |
| Chemische Industrie | 180 | 8 | 38 | 42 | 27 | 34 | 31 |
| Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | 235 | 9 | 91 | 57 | 38 | 23 | 17 |
| Herstellung von Metallerzeugnissen | 416 | 31 | 202 | 85 | 57 | 31 | 9 |
| Maschinenbau | 507 | 36 | 201 | 111 | 89 | 49 | 21 |
| Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä. | 170 | 8 | 67 | 42 | 23 | 20 | 11 |
| Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs-technik, Optik | 170 | 8 | 72 | 42 | 18 | 20 | 11 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 70 | 5 | 12 | 16 | 9 | 13 | 14 |

Anteil der Betriebe je Größenklasse in %

| | | | | | | | |
|--|-----|------|------|------|------|------|------|
| Verarbeitendes Gewerbe | 100 | 12,4 | 40,5 | 20,5 | 12,4 | 9,3 | 4,9 |
| darunter im | | | | | | | |
| Ernährungsgewerbe | 100 | 12,0 | 52,5 | 16,5 | 11,3 | 5,3 | 2,8 |
| Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern | 100 | 5,9 | 54,1 | 24,4 | 5,6 | 6,7 | 3,7 |
| Chemische Industrie | 100 | 4,4 | 21,1 | 23,3 | 15,0 | 18,9 | 17,2 |
| Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | 100 | 3,8 | 38,7 | 24,3 | 16,2 | 9,8 | 7,2 |
| Herstellung von Metallerzeugnissen | 100 | 7,5 | 48,6 | 20,4 | 13,7 | 7,5 | 2,2 |
| Maschinenbau | 100 | 7,1 | 39,6 | 21,9 | 17,6 | 9,7 | 4,1 |
| Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä. | 100 | 4,7 | 39,4 | 24,7 | 13,5 | 11,8 | 6,5 |
| Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs-technik, Optik | 100 | 4,7 | 42,4 | 24,7 | 10,6 | 11,8 | 6,5 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 100 | 7,1 | 17,1 | 22,9 | 12,9 | 18,6 | 20,0 |

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

Auch das produzierende Handwerk ist vorwiegend kleinbetrieblich strukturiert. Das Ernährungsgewerbe bestand im Jahr 2001 zu 65 % aus Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Bereits bei der nächstfolgenden Betriebsgrößenklasse wurde der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes nicht erreicht. Nur 17 % der Betriebe hatten bis zu 99 Beschäftigte. Noch größere Einheiten lagen zum Teil weit unter dem Durchschnitt.

Kapitalintensive Betriebsmittel bedingen zum kostenoptimalen Einsatz entsprechende Betriebsgrößen. Die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren war im Jahr 2001 lediglich zu 43 % kleinbetrieblich orientiert, sie überstieg jedoch bereits in der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte je Betrieb mit 24 % der Betriebe dieser Branche den Durchschnitt, der in den noch größeren Betriebsgrößenklassen nochmals übertroffen wurde.

Im Maschinenbau waren Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten seltener als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt, und die Größenklasse der 100 bis 199 Beschäftigten je Betrieb hatte mit 18 % den höchsten Anteil unter den bedeutendsten Wirtschaftszweigen.

Besonders deutlich wird die branchenspezifische Häufigkeit großbetrieblicher Produktion bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Sie erfolgte im Jahr 2001 zu einem Fünftel in Großbetrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten. 19 % der Betriebe oder doppelt so viele wie im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes hatten 200 bis 499 Beschäftigte, während Kleinbetriebe mit unter 50 Beschäftigten weniger als halb so häufig anzutreffen waren wie insgesamt.

Auch in der Chemischen Industrie waren im Jahr 2001 Kleinbetriebe nur halb so häufig wie im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Dagegen gehörten zu den ganz Großen mit 500 und mehr Beschäftigten fast viermal so viele Betriebe wie im Durchschnitt, und auch die Betriebsgrößenklasse 200 bis 499 Beschäftigte war doppelt so stark besetzt wie insgesamt.

90 % der Beschäftigten im Fahrzeugbau arbeiten in Großbetrieben

Fast die Hälfte (47 %) oder rund 215 900 Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes arbeiteten im Durchschnitt des Jahres 2001 in Großbetrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten.

**Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ im Durchschnitt des Jahres 2001
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

| Wirtschaftszweig | Insgesamt | davon in Betrieben mit ... Beschäftigten | | | | | |
|--|-----------|--|-----------|-----------|-------------|-------------|---------------|
| | | 1 bis 19 | 20 bis 49 | 50 bis 99 | 100 bis 199 | 200 bis 499 | 500 oder mehr |
| Verarbeitendes Gewerbe | 458 450 | 4 036 | 42 360 | 46 836 | 57 127 | 92 204 | 215 887 |
| darunter im | | | | | | | |
| Ernährungsgewerbe | 34 789 | 707 | 6 606 | 4 294 | 6 185 | 6 016 | 10 981 |
| Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern | 23 581 | . | 4 508 | 4 580 | 2 060 | 5 521 | . |
| Chemische Industrie | 64 246 | . | . | 3 122 | 3 809 | 10 704 | 45 220 |
| Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | 36 148 | 121 | 2 982 | 3 958 | 5 238 | 7 110 | 16 740 |
| Herstellung von Metallerzeugnissen | 39 431 | . | . | 6 017 | 7 494 | 9 908 | 9 476 |
| Maschinenbau | 62 582 | 449 | 6 577 | 7 753 | 12 760 | 14 227 | 20 816 |
| Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä. | 26 836 | . | . | 2 895 | 3 195 | 5 915 | 12 596 |
| Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs-technik, Optik | 27 448 | 97 | 2 234 | 2 914 | 2 548 | 6 280 | 13 376 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 59 229 | . | 401 | 1 128 | . | 4 516 | 51 858 |

Anteil der Beschäftigten je Größenklasse in %

| | | | | | | | |
|--|-----|-----|------|------|------|------|------|
| Verarbeitendes Gewerbe | 100 | 0,9 | 9,2 | 10,2 | 12,5 | 20,1 | 47,1 |
| darunter im | | | | | | | |
| Ernährungsgewerbe | 100 | 2,0 | 19,0 | 12,3 | 17,8 | 17,3 | 31,6 |
| Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern | 100 | . | 19,1 | 19,4 | 8,7 | 23,4 | . |
| Chemische Industrie | 100 | . | . | 4,9 | 5,9 | 16,7 | 70,4 |
| Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | 100 | 0,3 | 8,2 | 10,9 | 14,5 | 19,7 | 46,3 |
| Herstellung von Metallerzeugnissen | 100 | . | . | 15,3 | 19,0 | 25,1 | 24,0 |
| Maschinenbau | 100 | 0,7 | 10,5 | 12,4 | 20,4 | 22,7 | 33,3 |
| Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä. | 100 | . | . | 10,8 | 11,9 | 22,0 | 46,9 |
| Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs-technik, Optik | 100 | 0,4 | 8,1 | 10,6 | 9,3 | 22,9 | 48,7 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 100 | . | 0,7 | 1,9 | . | 7,6 | 87,6 |

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

ten. Ein Fünftel der Beschäftigten oder gut 92 200 waren in Betrieben mit 200 bis 499 Beschäftigten tätig. Die Betriebsgrößenklassen 100 bis 199 Beschäftigte bzw. 50 bis 99 und bis 49 Beschäftigte kamen auf einen Anteil an der Gesamtbeschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes von jeweils gut bis knapp einem Zehntel.

Der landesdurchschnittliche Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten tätig waren, wurde vor allem bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (88 %) und der Chemischen Industrie (70 %) übertroffen. Beide Wirtschaftszweige erfordern nicht nur wegen ihres breiten Produktionsprogramms, sondern auch wegen der rationellen Nutzung hochspezialisierter und kapitalintensiver Produktionsmittel die Konzentration auf große Einheiten. Vor allem die Kraftfahrzeugbranche zwingt wegen des technisch aufwändigen Produkts und des durch die Produktion bedingten hohen Anteils an Fixkosten zur Serien-, Großserien- und Massenfertigung. Die Rationalisierung und die Verringerung der Produktionstiefe mit der wachsenden Nutzung von Zulieferern, zum Teil sogar von ausländischen Herstellern, hat zwar zur Verringerung der Personalbestände der großbetrieblichen örtlichen Einheiten

geführt. Dennoch bleibt die großbetriebliche Fertigung Voraussetzung für die rationelle Nutzung der immer kostspieliger werdenden Anlagen und damit für die Fixkostendegression. In der Chemischen Industrie dürfte nicht nur die Produktion die hohe örtliche Konzentration von Betriebsmitteln und Beschäftigten erforderlich machen. Auch die mit dieser Produktion verbundenen hohen Umweltbelastungen machen entsprechende Entsorgungseinrichtungen erforderlich, deren rationeller Einsatz gleichfalls Konzentrationen notwendig macht.

Halb so häufig wie im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes war die großbetriebliche Produktion dagegen bei der Herstellung von Metallerzeugnissen (24 %); im Ernährungsgewerbe lag der entsprechende Anteil bei 32 %.

Nur 33 % der im Maschinenbau Tätigen (im Durchschnitt des Jahres 2001: 62 582 Beschäftigte) waren in Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten tätig. Dagegen arbeiteten in dieser Branche in Betrieben der Größenklasse 200 bis 499 Beschäftigte mit rund 23 % mehr Beschäftigte als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Im Maschinenbau ar-

beiteten ebenfalls überdurchschnittlich viele Beschäftigte (20 %) in Betrieben mit 100 bis 199 Beschäftigten.

Der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben der Betriebsgrößenklasse 200 bis 499 Beschäftigte je Betrieb arbeiteten (durchschnittlich 20 %), schwankte je nach Wirtschaftszweig nur vergleichsweise wenig. Erheblich unterschritten wurde der Anteil der dort Arbeitenden vor allem bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (7,6 %). Entsprechend gering war auch der Anteil der Beschäftigten, die in diesem Wirtschaftszweig in noch kleineren Einheiten tätig waren. □

Neues Basisjahr der Preisindizes für die Lebenshaltung — keine getrennte Berechnung mehr nach West- und Ostdeutschland und für spezielle Haushaltstypen

Die Preisindizes für die Lebenshaltung werden im Januar 2003 auf das Basisjahr 2000 umgestellt; bis einschl. Dezember 2002 gilt noch das alte Basisjahr 1995. Gleichzeitig entfällt die getrennte Berechnung von Indizes für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Bundesländer und Berlin-Ost. Auch die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen wird eingestellt. Ab Januar 2003 werden also

- der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet,
- der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost,
- die Preisindizes für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen,
- die Preisindizes für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen,
- die Preisindizes für die Lebenshaltung von 2-Personen-Rentnerhaushalten mit geringem Einkommen

nicht mehr zur Verfügung stehen.

Verträge mit Wertsicherungsklauseln, die einen der entfallenden Indizes verwenden, sollten daher auf

- den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland
- oder
- den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen

umgestellt werden. Auch bei Neuverträgen mit Wertsicherungsklauseln sollte nur noch einer dieser beiden Indizes verwendet werden.

Theo Hefner

(Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de)

Erste Ergebnisse zur Bodennutzung und Viehhaltung aus der Integrierten Erhebung in Hessen 2002

Nach den vorläufigen Ergebnissen der im Mai 2002 im Rahmen der Integrierten Erhebung durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung wurden auf insgesamt 479 300 ha Ackerfläche 308 800 ha Getreide angebaut. Die nach wie vor wichtigste Getreideart ist Weizen, der auf einer Fläche von 149 800 ha angebaut wurde. Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich im Jahr 2002 gegenüber 2001 um knapp 7 % auf nunmehr 21 300 Betriebe. In der Erhebung über die Viehbestände wurden insgesamt 509 600 Rinder sowie 862 800 Schweine gezählt. Damit verringerte sich der Rinderbestand gegenüber der Vorjahreseerhebung um 6 %, während der Schweinebestand im gleichen Zeitraum um gut 4 % zunahm. Im Mai 2002 hielten 12 400 Betriebe Rinder, darunter waren 5800 Betriebe mit Milchviehhaltung. Rund 1000 Betriebe gaben die Rinderhaltung bin-

nen Jahresfrist auf. Insgesamt gab es in Hessen knapp 12 000 Betriebe mit Schweinehaltung.

Die Bodennutzung zur Ernte 2002 — mehr Winterraps angebaut, erstmals mehr Triticale als Hafer

Die Getreideanbaufläche wurde um 4100 ha auf nunmehr 308 800 ha eingeschränkt. *Getreide* hatte damit einen Anteil an der gesamten Ackerfläche von gut 64 %. Nach wie vor die wichtigste Getreideart war der Weizen, der auf einer Fläche von 149 800 ha angebaut wurde, darunter 148 000 ha Winterweizen einschl. Dinkel. Gerste wurde auf 105 600 ha ausgesät, darunter waren 80 800 ha Wintergerste. Der Anbau von Sommergerste erfuhr gegenüber dem Jahr 2001 einen drastischen Rückgang um knapp 15 %. Mit nunmehr 24 800 ha war dies die geringste Anbaufläche seit 1960. Gleichfalls um 14 % eingeschränkt wurde der Roggenanbau. Trotzdem blieb Roggen mit 17 200 ha Anbaufläche nach wie vor die viertwichtigste Getreideart. Es folgte Triticale (17 000 ha), dessen Anbaufläche erstmals die des Hafers (16 700 ha) überstieg. Körnermais und Corn-Cob-Mix wurden auf rund 6400 ha bestellt.

Die Anbaufläche von *Winterraps*, einschl. des Anbaus als nachwachsender Rohstoff, erfuhr mit 53 000 ha einen enormen Zuwachs um über 2600 ha. Der Winterrapsanbau

*)Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

Anbau auf dem Ackerland in Hessen 1999 bis 2002 nach Fruchtarten

| Fruchtart | 1999 ¹⁾ | 2000 ²⁾ | 2001 ²⁾ | 2002 ³⁾ | Zu- bzw. Abnahme (–) 2002 gegenüber 2001 | |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--|--------|
| | ha | | | 1000 ha | % | |
| Getreide | 301 557 | 312 224 | 312 937 | 308,8 | – 4,1 | – 1,3 |
| davon | | | | | | |
| Weizen | 130 870 | 147 821 | 146 359 | 149,8 | 3,4 | 2,3 |
| Winterweizen einschl. Dinkel | 122 295 | 144 370 | 143 547 | 148,0 | 4,4 | 3,1 |
| Sommerweizen einschl. Durum | 8 575 | 3 451 | 2 812 | 1,8 | – 1,0 | – 35,9 |
| Roggen | 18 645 | 21 185 | 20 055 | 17,2 | – 2,8 | – 14,0 |
| Gerste | 112 868 | 105 907 | 109 617 | 105,6 | – 4,0 | – 3,7 |
| Wintergerste | 75 954 | 79 124 | 80 616 | 80,8 | 0,2 | 0,2 |
| Sommergerste | 36 913 | 26 783 | 29 001 | 24,8 | – 4,2 | – 14,6 |
| Hafer | 22 257 | 18 310 | 17 529 | 16,7 | – 0,8 | – 4,6 |
| Sommermenggetreide | 3 559 | 2 853 | 2 711 | 2,5 | – 0,2 | – 8,3 |
| Triticale | 13 359 | 16 147 | 16 666 | 17,0 | 0,3 | 1,9 |
| Körnermais einschl. Corn-Cob-Mix | 6 237 | 6 449 | 7 281 | 6,4 | – 0,9 | – 12,7 |
| Hülsenfrüchte | 7 420 | 7 135 | 9 674 | 9,4 | – 0,3 | – 2,8 |
| darunter Futtererbsen | 6 180 | 6 010 | 8 264 | 8,4 | 0,1 | 1,1 |
| Hackfrüchte | 27 579 | 25 058 | 23 749 | 24,3 | 0,5 | 2,3 |
| darunter | | | | | | |
| Kartoffeln | 5 889 | 5 369 | 4 712 | 4,7 | 0,0 | – 0,3 |
| Zuckerrüben | 20 579 | 18 665 | 18 415 | 19,0 | 0,6 | 3,0 |
| Handelsgewächse | 61 133 | 55 707 | 53 635 | 55,7 | 2,1 | 3,9 |
| darunter Winterraps | 53 714 | 50 706 | 50 354 | 53,0 | 2,6 | 5,2 |
| Futterpflanzen | 40 960 | 38 638 | 36 713 | 35,5 | – 1,2 | – 3,3 |
| darunter Silomais | 27 146 | 25 148 | 23 427 | 22,9 | – 0,6 | – 2,4 |
| Gemüse, Erdbeeren | | | | | | |
| u. a. Gartengewächse | 7 522 | 7 475 | 7 813 | 7,5 | – 0,3 | – 3,7 |
| Stilllegungs- und Brachflächen | 35 877 | 32 851 | 34 199 | 31,7 | – 2,5 | – 7,3 |
| Ackerland insgesamt | 488 284 | 485 537 | 486 000 | 479,3 | – 6,7 | – 1,4 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Ldw. Betriebe mit Ackerbau ⁴⁾ (Anzahl) | 25 328 | 23 533 | 22 800 | 21,3 | – 1,5 | – 6,6 |

1) Totalerhebung, engültiges Ergebnis. — 2) Repräsentative Erhebung, endgültiges Ergebnis. — 3) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. — 4) Landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF oder entsprechenden Erzeugungseinheiten.

Viehhaltung in Hessen 1999 bis 2002¹⁾

| Art der Angabe | 1999 ²⁾ | 2000 ³⁾ | 2001 ²⁾ | 2002 ⁴⁾ | Zu- bzw. Abnahme (-) 2002 gegenüber in % | |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--|--------|
| | Anzahl | | | 1000 | 2000 | 2001 |
| Rindvieh | 560 262 | 536 577 | 542 556 | 509,6 | - 5,0 | - 6,1 |
| darunter | | | | | | |
| Milchkühe | 175 645 | 162 691 | 168 465 | 160,4 | - 1,4 | - 4,8 |
| Färsen zur Zucht | 34 629 | 34 686 | 33 846 | 33,8 | - 2,4 | - 0,0 |
| Schlacht- und | | | | | | |
| Mastrinder, 1 Jahr und älter | 72 784 | 73 739 | 74 146 | 66,4 | - 9,9 | - 10,4 |
| Ammen- und Mutterkühe | 39 924 | 42 152 | 42 784 | 39,8 | - 5,5 | - 6,9 |
| Betriebe mit Rindern | 15 006 | 13 598 | 13 394 | 12,4 | - 8,9 | - 7,5 |
| dar. Betriebe mit Milchkühen | 7 695 | 6 707 | 6 310 | 5,8 | - 13,1 | - 7,6 |
| Schweine | 883 961 | 844 070 | 827 002 | 862,8 | 2,2 | 4,3 |
| darunter | | | | | | |
| Ferkel und Jungmastschweine ⁵⁾ | 437 168 | 409 246 | 397 115 | 438,5 | 7,2 | 10,4 |
| dar. Ferkel | 234 269 | 216 402 | 212 235 | 237,2 | 9,6 | 11,8 |
| Mastschweine | 358 766 | 353 767 | 350 274 | 344,3 | - 2,7 | - 1,7 |
| Zuchtschweine | 88 027 | 81 057 | 79 613 | 79,9 | - 1,4 | 0,4 |
| Betriebe mit Schweinen | 15 034 | 13 019 | 12 397 | 11,9 | - 8,2 | - 3,6 |
| dar. Betriebe mit Zuchtschweinen | 4 023 | 3 597 | 3 199 | 3,2 | - 11,3 | - 0,3 |

1) Stichtag jeweils 3. Mai. — 2) Totalerhebung, engültiges Ergebnis. — 3) Repräsentative Erhebung, endgültiges Ergebnis. — 4) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. — 5) Bis 50 kg LG.

nahm rund 95 % der Anbaufläche aller Handelsgewächse ein. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)¹⁾ wurden in Hessen insgesamt auf einer Fläche von 13 080 ha nachwachsende Rohstoffe angebaut. Dies waren 1270 ha mehr als im vergangenen Jahr.

Hackfrüchte wurden zur diesjährigen Ernte auf 24 300 ha angebaut, wobei die Steigerung der Anbauflächen um gut 2 % insbesondere auf die Ausdehnung der Zuckerrübenfläche auf nunmehr 19 000 ha (+ 3 %) sowie auf den Ertragsrückgang im Jahr 2001 zurückzuführen war²⁾. Die Kartoffelanbaufläche mit einem Umfang von 4700 ha hat sich gegenüber dem niedrigen Vorjahresniveau kaum verändert; demgegenüber wurden im Jahr 2000 noch 5400 ha mit Kartoffeln bepflanzt.

Die Anbaufläche für **Futterpflanzen** wurde um gut 1200 ha reduziert, wobei die Verringerung dieses Fruchtartenanteils (bis auf Klee und Kleegras mit einem Zuwachs von knapp 3 % auf nun 5400 ha Anbaufläche) in allen anderen nachgewiesenen Positionen des Futterbaus stattfand. Silomais beanspruchte mit 22 900 ha rund 65 % der gesamten Anbaufläche aller Futterpflanzen (35 500 ha). Keinen gesonderten Nachweis erfährt der Anbau von Silomais, der in Biogasanlagen als Hilfsstoff verwendet wird.

Zur Ernte 2002 wurden knapp 3 % weniger **Hülsenfrüchte** als im Vorjahr angebaut. Die mit dieser Fruchtart bestellte Fläche betrug 9400 ha, wobei der Anbau von Futtererbsen wie bereits im Vorjahr ausgedehnt wurde. Weiterhin wurden 7500 ha Flächen für den Anbau von Gemüse, Erdbeeren und anderen Gartengewächsen nachgewiesen. Die nicht zum Ackerland zählenden Rebflächen betrugen 3600 ha. 31 700 ha bzw. 7 % des Ackerlandes waren Stilllegungs- und Brachflä-

chen. Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich um knapp 7 % auf nunmehr 21 300 Betriebe.

Viehhaltung im Mai 2002 — Rindermast verliert an Bedeutung

Nach den vorläufigen Ergebnissen der im Mai — gleichzeitig mit der Bodennutzungshaupterhebung — durchgeführten Viehzählung wurden insgesamt 510 000 Rinder sowie 862 800 Schweine gezählt. Damit verringerte sich der Rinderbestand gegenüber der Vorjahreseerhebung um 6 %, während der Schweinebestand im gleichen Zeitraum um gut 4 % zunahm.

Insbesondere die Zahl der Mastrinder (ein Jahr und älter) sank um gut 10 % auf nunmehr 66 400 Tiere. Gleichfalls ging die Zahl der, ebenfalls zur Fleischproduktion genutzten, Ammen- und Mutterkühe um knapp 3000 auf nun 39 800 Tiere zurück. Im Mai 2002 hielten 12 400 Betriebe Rinder, darunter waren 5800 Betriebe mit Milchviehhaltung. Rund 1000 Betriebe gaben die Rinderhaltung binnen Jahresfrist auf.

Im Bereich der Schweinehaltung wurden vor allem mehr Ferkel und Jungmastschweine gezählt. Beide Nutzungsarten zusammen erfuhren eine Bestandsaufstockung um gut 10 % gegenüber dem Vorjahr auf knapp 438 500 Stück. Die Anzahl der Zuchtschweine mit 79 900 sowie die Zahl der Betriebe mit Zuchtschweinehaltung (3200) blieben dabei nahezu unverändert. Insgesamt gab es knapp 12 000 Betriebe mit Schweinehaltung in Hessen.

In den gut 2000 Betrieben mit Schafhaltung wurden insgesamt rund 3700 Schafe weniger gezählt. Es ergab sich zum Stichtag somit ein Bestand von 177 000 Schafen. Die Tierarten Pferde und Geflügel wurden in der diesjährigen Erhebung nicht erfasst. □

1) BLE, Referat 314, Stand 04.06.2002 in „UFOP Rundschreiben Nr. 1/07/02“.
2) Im Jahr 2001 lag der Hektarertrag von Zuckerrüben mit 544 Dezitonnen (dt) knapp 16 dt unter dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000.

Statistische Woche 2002 in Konstanz

Die Statistische Woche ist die mit Abstand wichtigste Fachtagung für Statistiker und den mit statistischen Zahlenmaterialien befassten Personenkreis aus Wirtschaft und Wissenschaft, Verbänden und Verwaltung im deutschsprachigen Raum. Zur diesjährigen Statistischen Woche (7. bis 10. Oktober) laden die Stadt Konstanz und die drei Veranstaltergremien Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD) in die Universität Konstanz als Tagungsort ein.

Offiziell eröffnet wird die Statistische Woche am Montagvormittag durch Vertreter der drei Veranstaltergremien. Das Tagungsprogramm beginnt am Nachmittag mit der Hauptversammlung der DStatG. Das Generalthema der im Rahmen dieser Veranstaltung gehaltenen fünf Fachvorträge lautet *„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Praxis“*. Der thematische Bogen der Referate spannt sich vom theoretischen Fundament der VGR über die europäische Wirtschafts- und Geldpolitik bis hin zu den Deflationierungsproblemen.

Wie üblich sind auch weitere Sitzungen der *DStatG* vom Hauptversammlungsthema beeinflusst, so die beiden Veranstaltungen VGR I und VGR II am Dienstagvor- bzw. -nachmittag. Hier geht es z. B. um VGR als Kunst des Möglichen, Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf VGR-Basis, Qualitätsaspekte der VGR und Nutzung von VGR-Daten für administrative Zwecke. Zwei Sitzungen der DStatG stehen am Mittwoch unter den Leitthemen *„Regionale VGR“* bzw. *„Kleinräumige Aspekte der VGR“*. Mehrere Vorträge im Rahmen der beiden DStatG-Veranstaltungen „Anlageinvestitionen I“ (Montag) und „Anlageinvestitionen II“ (Mittwoch) weisen ebenfalls vielfältige VGR-Bezüge auf. Hier wären zu nennen die Leasingproblematik, immaterielle Anlagegüter, Vorratsveränderungen, Abschreibungsprobleme und die hedonische Preisbereinigung.

Gut ein Dutzend weitere Veranstaltungen der DStatG wett-eifern von Montag bis Mittwoch um die Gunst der Teilnehmer an der Statistischen Woche 2002. Diese zumeist als Fachausschusssitzungen abgehaltenen Vortragsreihen be-fassen sich mit Themen aus der Ökonometrie, Zeitreihenana-

lyse, Qualitätskontrolle, Panelanalyse, Aus- und Weiterbil-dung sowie Methodik statistischer Erhebungen. In einer wei-teren dieser Sitzungen werden die Forschungsdatenzentren des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Landesäm-ter und der Bundesanstalt für Arbeit als Datenanbieter vor-gestellt.

Der *VDSt* startet sein Tagungsprogramm auf der diesjährigen Statistischen Woche am Dienstagnachmittag mit der Haupt-versammlung. Das Generalthema der im Rahmen dieser Ver-anstaltung gebotenen vier Fachvorträge lautet *„Bevölke-rungsentwicklung in den Städten“*. Der Bevölkerungsrückgang in den westdeutschen Städten und die 1990 einset-zende „Neue-Länder-Flucht“ führen zur Vision „Städte ohne Bürger“ als Herausforderung für eine künftige Stadtpolitik. Für den Mittwochvormittag hat der *VDSt* zwei Veranstaltun-gen vorbereitet. In der ersten Sitzung wird unter dem Thema *„Instrumente kommunaler Bevölkerungsstatistik“* über das Einwohnerregister als statistisches Verzeichnis der Haus-halte und über kleinräumige Bevölkerungsprognosen berich-tet. Es folgt eine Diskussionsveranstaltung über die Erwartun-gen der Städte an einen zukünftigen Zensus. Der *VDSt* been-det seine Aktivitäten im Rahmen der Statistischen Woche 2002 am Donnerstagvormittag. In vier Referaten werden ver-schiedene Aspekte des interkommunalen Data Warehouse der Städtestatistik vorgestellt und diskutiert.

Die *DGD* hat ihren Beitrag zur Statistischen Woche auf den gesamten Donnerstag konzentriert. Unter dem Generalthe-ma *„Regionale Bevölkerungsdynamik“* werden sieben Referate abgehalten. Zwei davon beschäftigen sich mit der regionalen Fruchtbarkeits- bzw. Sterblichkeitsentwicklung als Ursachen für die Ausprägung der Bevölkerungsdynamik. Die restlichen fünf Beiträge betrachten die Bevölkerungsent-wicklung aus verschiedenen geografischen Blickwinkeln. Das Spektrum reicht hier von Europa über Deutschland bis zu den einzelnen Bundesländern.

Wie üblich wird auch die Statistische Woche in Konstanz von einer Fachaussstellung zum Thema Statistik begleitet. Interes-senten können auch ohne die Mitgliedschaft in einer der als Veranstalter fungierenden Organisationen an der Statisti-schen Woche 2002 teilnehmen. Aktuelle Informationen über den Tagungsort, zur Anreise, Hotelunterkunft, Anmel-deverfahren und Tagungsgebühr (Nichtmitglieder 70 Euro) sind aus dem Internet (www.statistische-woche.de) erhält-lich. Dort sind auch die vorab eingegangenen Kurzfassungen der Tagungsbeiträge zu finden.

Dieter Blohm*)

*) Tel.: 0611/3802-812 · E-Mail: wemmel@hsl.de

STATISTISCHE WOCHE
Im Überblick

| | Montag 07.10.2002 | Dienstag 08.10.2002 | Mittwoch 09.10.2002 | Donnerstag 10.10.2002 |
|--------------------------|---|--|--|---|
| Block 1 9:15 – 10:45 | | DStatG 1) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung I 2) Nichtparametrische Statistik 3) Theoretische und angewandte Zeitreihen | VDSt Instrumente kommunaler Bevölkerungsstatistik DStatG 1) Methodik Statistischer Erhebungen I 2) Finanzmarktökonomie 3) Kleinräumige Aspekte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung | DGD (1 Referat) Plenum I KOSIS (3 Referate) Plenum I |
| 10:45 – 11:15 | | Kaffepause | Kaffepause | Kaffepause |
| Block 2 11:15 – 12:45 | DStatG, VDSt, DGD Eröffnung der Statistischen Woche 2002 | 11:00 – 13:00 DStatG Hauptversammlung Plenum III | DStatG 1) Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2) Ökonometrische Modelle und Panelanalysen VDSt Erwartungen der Städte an zukünftige Zinsen | DGD (2 Referate) Plenum II KOSIS (1 Referat) Plenum II |
| 12:45 – 14:15 | Mittagspause | Mittagspause | Mittagspause | Mittagspause |
| Block 3 14:15 – 15:45 | DStatG Hauptversammlung Plenum I | VDSt Hauptversammlung Plenum I DStatG 1) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung II 2) Statistische Qualitäts- kontrolle und Zuverlässig- keitstheorie 3) Angewandte Ökono- metrie | DStatG 1) Anlageinvestitionen II 2) Ausbildung und Weiterbildung I 3) Prognosen | DGD (2 Referate) Plenum III |
| 15:45 – 16:15 | Kaffepause | Kaffepause | Kaffepause | Kaffepause |
| Block 4 16:15 – 17:45 | DStatG 1) Anlageinvestitionen I 2) Nichtparametrische Regressionen 3) Forschungsdatenzentren als Datenanbieter | VDSt Hauptversammlung Plenum II | DStatG 1) Methodik Statistischer Erhebungen II 2) Ausbildung und Weiterbildung II | DGD (2 Referate) Plenum IV |
| Block 5 18:00 – 19:00 | DStatG Hauptversammlung Plenum II | | | |

□

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung der hessischen Wirtschaft im zweiten Quartal 2002 in Kürze: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) zeigte sich die reale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, gemessen an den preisbereinigten Auftragseingängen, leicht erholt. Sie nahm im zweiten Quartal 2002 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,1 % zu, wobei dieses Ergebnis maßgeblich auf erfolgreiche Abschlüsse mit ausländischen Kunden zurückzuführen ist. Dagegen lagen die Inlandsbestellungen nach wie vor unter Vorjahresniveau. Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag nur knapp auf Vorjahresniveau (-0,3 %). Auch hier sorgte die Geschäftstätigkeit mit dem Ausland für ein noch ausgeglichenes Ergebnis. Der Beschäftigungsrückgang setzte sich im zweiten Quartal weiter fort. Die Indikatoren des hessischen Bauhauptgewerbes zeigen im zweiten Quartal 2002 weiter nach unten: Sowohl die Auftragseingänge als auch der Umsatz gingen deutlich zurück. Für die Beschäftigungssituation gab es damit nicht die erforderlichen Impulse, sodass diese sich weiter verschlechterte. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im zweiten Quartal 2002 rund 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Die beantragte Fläche lag damit um fast ein Zehntel oder 165 000 m² unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Ebenfalls rückläufig waren die hierfür von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten. Sie erreichten einen Betrag in Höhe von 1,6 Mrd. Euro (-5,9 % bzw. -99 Mill. Euro). Die Umsätze im hessischen Einzelhandel gingen im Beobachtungszeitraum weiter zurück: Sie sanken um annähernd 2 %. Real, d. h. nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar einen Rückgang von etwas über 2 %. Die konjunkturelle Schwäche verhinderte die übliche Frühjahrsbelebung am hessischen Arbeitsmarkt. In den Monaten April bis Juni 2002 wurden 211 400 Arbeitslose registriert, rund 12 700 oder reichlich 6 % mehr als im zweiten Quartal 2001. Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im zweiten Quartal 2002 um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2002 hatte der Preisauftrieb noch 1,9 % betragen. Damit konnte eine Beruhigung der Preisentwicklung verzeichnet werden. Allerdings zog die Teuerung zu Beginn des dritten Quartals wieder an. (Die Ergebnisse aus der Insolvenzstatistik lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.)

Erste Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung

Die **reale Nachfrage**, die in den **preisbereinigten Auftragseingängen** nach Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe gemessen wird, hat sich im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,1 % verbessert. Das günstige Ergebnis war vor allem auf erfolgreiche Abschlüsse mit ausländischen Kunden zurückzuführen, die im zweiten Quartal 10 % mehr bestellten als vor einem Jahr. Die Aufträge aus dem Inland gingen dagegen um weitere 3,6 % zurück. Trotz der noch immer zurückhaltenden Inlandsnachfrage war — an den Ergebnissen des ersten Quartals gemessen — inzwischen eine regere Bestelltätigkeit festzustellen. Im ersten Quartal wurden nämlich sowohl aus dem Ausland als auch von inländischen Kunden im Jahresvergleich erheblich geringere Auftragseingänge verbucht. Sie bewirkten, dass das Halbjahresergebnis 2002 schlechter ausfiel als das der entsprechenden Vorjahreszeit. Der Rückgang der Gesamtbestellungen um 4,7 % ergab sich aus einer ausländischen Bestelltätigkeit im Umfang des Vorjahres und 8,1 % weniger Aufträgen aus dem Inland.

Die Chemische Industrie verbuchte im zweiten Quartal insgesamt 3,0 % mehr Auftragseingänge als vor einem Jahr. Sie stammten aus einer Nachfragesteigerung im Inland um 5,6 %, denen allerdings 0,4 % weniger Bestellungen aus dem Ausland gegenüberstanden. Damit hat sich der Rückgang der ausländischen Bestelltätigkeit abgeschwächt. Im ersten Quartal hatte er noch bei 5,0 % gelegen, die gleichfalls durch eine recht rege inländische Nachfrage kompensiert wurden, sodass sich insgesamt ein Plus an Bestellungen von 1,8 % ergab. Die beiden Quartalsergebnisse ergaben eine Halbjahresnachfrage, die um 2,4 % günstiger war als die des ersten Halbjahres 2001, wobei einer um 6,3 % gewachsenen Inlandsnachfrage ein Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland um 2,6 % gegenüberstand.

Gleichfalls positiv schnitt im zweiten Quartal der Maschinenbau ab. Dort gingen insgesamt 14 % mehr Bestellungen ein als in der gleichen Vorjahreszeit. Ausländische Besteller waren dabei mit 35 % mehr Aufträgen besonders rege. Demgegenüber hielten sich inländische Kunden noch immer zurück und lagen mit ihren Bestellungen um 3,1 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Das günstige Ergebnis des zweiten Quartals glich das durchweg negative des ersten weitgehend aus, sodass sich für das erste Halbjahr eine Steigerung der Auftragseingänge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,1 % ergab, die sich aus 12 % mehr Bestellungen ausländischer Kunden und einem Rückgang der Bestelltätigkeit aus dem Inland um 6,3 % zusammensetzte.

Auch die Nachfrage in der Kraftfahrzeugbranche — das heißt bei den Herstellern von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen — scheint sich inzwischen erholt zu haben. Dort gingen im zweiten Quartal 8,6 % mehr Bestellungen ein als im zweiten Vorjahresquartal. Sie stammten im nahezu gleichen Ausmaß aus dem Inland (+8,8 %) wie aus dem Ausland (+8,4 %). Im ersten Quartal hatte die Kraftfahrzeugbranche im Jahresvergleich noch eine Nachfrageinbuße um

18 % hinnehmen müssen, die sowohl vom Inlands- (- 14 %) wie vom Auslandsmarkt (- 21 %) ausgegangen war. Diese Rückgänge wirkten sich auch auf das Halbjahresergebnis aus. Um 4,4 % lag die Gesamtnachfrage im ersten Halbjahr unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Um 3,0 % unterschritten die inländischen Auftragselgänge die des ersten Halbjahres 2001, und die ausländischen Kunden bestellten sogar 6,0 % weniger als vor einem Jahr.

Der recht günstigen Entwicklung in der Chemischen Industrie, im Maschinenbau und in der Kraftfahrzeugbranche standen anhaltend rückläufige Bestelltätigkeiten bei den Herstellern von Metallerzeugnissen gegenüber. Dort wurden im zweiten Quartal 7,0 % weniger bestellt als vor einem Jahr. Vor allem die Bestellungen inländischer Kunden gingen um 11 % zurück, während aus dem Ausland inzwischen wieder mehr geordert (+ 5,3 %) wurde. Da im ersten Quartal dieses Jahres gleichfalls weniger bestellt wurde als im ersten Vorjahresquartal, ergab sich für das erste Halbjahr ein Nachfragerückgang von 10 %. Er setzte sich aus 12 % weniger Inlandsaufträgen und 2,0 % weniger Auslandsaufträgen zusammen.

Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe nur knapp auf Vorjahresniveau . . .

Der im zweiten Quartal 2002 vom Verarbeitenden Gewerbe insgesamt erwirtschaftete *Umsatz* lag bei 20,8 Mrd. Euro. Knapp 40 % der Umsätze wurden im zweiten Quartal auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Dort konnte im zweiten Quartal eine Umsatzsteigerung um 5,0 % erzielt werden, der allerdings auf inländischen Märkten ein Rückgang um 3,6 % gegenüberstand, sodass die Gesamtumsatzentwicklung einen Rückgang um 0,3 % aufwies. Da der Gesamtumsatz im ersten Quartal um 6,6 % zurückgegangen war, ergab sich für das erste Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Umsatzrückgang um 3,5 %.

Die Chemische Industrie meldete im zweiten Quartal einen Gesamtumsatz in Höhe von 4,4 Mrd. Euro. Hiervon wurden 61 % im Ausland erwirtschaftet. Da sowohl dort (- 5,1 %) als auch im Inland (- 7,4 %) ein Umsatzrückgang hingenommen werden musste, ergab sich insgesamt ein Rückgang von 6,0 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Jahresvergleich durch eine Ausgliederung von Betriebsteilen beeinflusst wurde. Sie wirkte sich auch auf das Halbjahresergebnis aus, das durch einen Rückgang des Gesamtumsatzes im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 % (Inland: - 9,8 %; Ausland: - 9,5 %) gekennzeichnet ist.

Im Maschinenbau wurde im zweiten Quartal ein Umsatz von 2,4 Mrd. Euro, 47 % davon im Ausland, erzielt. Dort konnte ein Umsatzzuwachs um 15 % erwirtschaftet werden, der sich trotz des Umsatzrückgangs im Inland um 1,7 % in einem recht kräftigen Plus (+ 5,6 %) des Gesamtumsatzes niederschlug. Da auch im ersten Quartal ein Umsatzplus registriert werden konnte, ergibt sich auch für das gesamte erste Halbjahr ein Umsatzzuwachs von beachtlichen 4,9 %.

Der Umsatz der Kraftfahrzeugbranche — Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — lag im zweiten Quartal bei 2,7 Mrd. Euro. 46 % des Umsatzes wurden im zweiten Quartal im Ausland erzielt. Allerdings waren die Erfolge der Kraftfahrzeugbranche auf ausländischen Märkten im zweiten Quartal geringer als vor einem Jahr (- 2,7 %). Es ist den Umsatzzuwachsen auf dem Inlandsmarkt (+ 7,6 %) zuzuschreiben, dass insgesamt ein Umsatzplus von 2,6 % erzielt werden konnte. Allerdings errechnet sich für das erste Halbjahr ein Umsatzrückgang von 5,3 %. Er war Folge der schlechten Umsatzentwicklung des ersten Quartals. Damals musste aus dem Ausland ein Rückgang der Umsätze im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 26 % und im Inland um 1,6 % hingenommen werden, sodass sich insgesamt ein Gesamtumsatzrückgang von 14 % ergab.

Die Hersteller von Metallerzeugnissen meldeten im zweiten Quartal einen Umsatz in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Hiervon entfielen 25 % auf Geschäfte mit ausländischen Kunden. Obwohl die Auslandsgeschäfte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 3,2 % zugenommen hatten, lag der Gesamtumsatz im zweiten Quartal — als Folge des Rückgangs des Inlandsumsatzes (- 8,2 %) — um 5,6 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Da der Gesamtumsatz bereits im ersten Quartal recht kräftig (-12 %) abgenommen hatte, ergibt sich auch für das gesamte erste Halbjahr im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres ein Umsatzrückgang (- 8,5 %).

. . . und anhaltend kräftiger Beschäftigtenabbau

Im Durchschnitt des zweiten Quartals waren im Verarbeitenden Gewerbe noch 444 100 *Beschäftigte* gemeldet. Das waren weitere 3,2 % weniger als vor einem Jahr. Auch im ersten Quartal ist die Beschäftigtenzahl im Jahresvergleich um 2,3 % zurückgegangen, sodass sich für das erste Halbjahr ein Rückgang im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 2,8 % ergab.

In der Chemischen Industrie waren im Durchschnitt des zweiten Quartals 62 360 Personen tätig. Das waren 2,5 % weniger als im Durchschnitt des zweiten Vorjahresquartals. Allerdings ist bei diesem Rückgang die bereits erwähnte Ausgliederung von Bereichen aus der Chemischen Industrie zu berücksichtigen. Da der Beschäftigtenrückgang im ersten Quartal 2,0 % betragen hatte, ergibt sich für das erste Halbjahr ein Minus von 2,3 %.

Der Maschinenbau meldete im Durchschnitt des zweiten Quartals noch 60 820 Beschäftigte. Auch dort hat sich der Beschäftigtenabbau verstärkt und betrug zuletzt im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit 3,1 %. Da der Beschäftigtenrückgang im ersten Quartal nur halb so hoch war wie im zweiten ergab sich für das erste Halbjahr eine Beschäftigtenverminderung von 2,4 %.

Auch in der Kraftfahrzeugbranche — Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — ging der Beschäftigtenabbau weiter. Er betrug im zweiten Quartal 3,9 %, sodass im Durchschnitt des zweiten Vierteljahrs noch knapp 56 900

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

| Jahr Monat Vierteljahr | Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ | | | Bauhauptgewerbe ³⁾ | | Einzelhandel | Preise | Arbeitsmarkt ⁷⁾ | | | | |
|---|--|--------|---------|-------------------------------|---|---|---|----------------------------|---------------------------|-------------------------------|--------------------------------------|--------|
| | Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100 | | | Beschäftigte | Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100 | Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100 | Preis-index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100 | Arbeitslose ⁸⁾ | Arbeitslose ⁹⁾ | Offene Stellen ¹⁰⁾ | Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾ | |
| | Ins-gesamt | Inland | Ausland | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | |
| Grundzahlen ¹¹⁾ | | | | | | | | | | | | |
| 1999 D | 98,6 | 92,9 | 109,2 | 464 707 | 86,6 | 37 865 | 102,8 | 105,0 | 239 257 | 9,4 | 30 650 | 6 396 |
| 2000 D | 105,2 | 96,3 | 121,7 | 459 468 | 85,1 | 35 786 | 103,0 | 107,0 | 214 875 | 8,1 | 37 527 | 5 156 |
| 2001 D | 102,9 | 93,2 | 120,7 | 458 450 | 81,4 | 33 213 | 103,9 | 109,3 | 200 533 | 7,4 | 37 692 | 7 822 |
| 2001 Mai | 103,5 | 94,5 | 120,1 | 458 434 | 104,1 | 33 145 | 109,9 | 109,6 | 194 170 | 7,1 | 41 363 | 6 463 |
| Juni | 103,0 | 90,9 | 125,1 | 460 083 | 100,7 | 33 217 | 100,2 | 109,8 | 198 138 | 7,2 | 39 438 | 5 528 |
| 2. Vj. D | 100,8 | 91,5 | 117,9 | 458 931 | 93,6 | 33 262 | 104,3 | 109,5 | . | . | . | . |
| Juli | 102,6 | 92,1 | 122,0 | 460 466 | 69,7 | 33 277 | 99,4 | 109,9 | 199 169 | 7,3 | 37 571 | 4 797 |
| August | 100,1 | 94,4 | 110,5 | 461 085 | 109,0 | 33 794 | 102,1 | 109,8 | 195 780 | 7,2 | 37 727 | 4 893 |
| September | 100,7 | 91,5 | 117,7 | 460 653 | 109,4 | 33 624 | 98,3 | 109,9 | 194 050 | 7,1 | 36 289 | 5 838 |
| 3. Vj. D | 101,1 | 92,7 | 116,7 | 460 735 | 96,0 | 33 565 | 99,9 | 109,9 | . | . | . | . |
| Oktober | 102,6 | 93,8 | 118,8 | 458 130 | 64,2 | 33 341 | 106,6 | 109,3 | 195 656 | 7,1 | 32 366 | 7 461 |
| November | 103,7 | 94,6 | 120,4 | 455 804 | 72,1 | 32 618 | 111,2 | 109,2 | 198 272 | 7,2 | 30 008 | 10 015 |
| Dezember | 97,8 | 85,6 | 120,3 | 452 949 | 64,0 | 32 049 | 117,1 | 109,2 | 207 134 | 7,6 | 29 674 | 19 108 |
| 4. Vj. D | 101,4 | 91,3 | 119,8 | 455 628 | 66,8 | 32 669 | 111,7 | 109,2 | . | . | . | . |
| 2002 Januar | 95,6 | 85,9 | 113,6 | 449 352 | 49,0 | 31 114 | 92,9 | 110,4 | 223 585 | 8,2 | 32 491 | 21 481 |
| Februar | 93,7 | 81,4 | 116,3 | 448 085 | 53,7 | 30 689 | 89,8 | 110,7 | 222 906 | 8,1 | 36 988 | 25 716 |
| März | 99,8 | 89,0 | 119,7 | 446 770 | 86,9 | 30 701 | 105,7 | 110,9 | 215 942 | 7,9 | 38 957 | 25 741 |
| 1. Vj. D | 96,4 | 85,4 | 116,5 | 448 069 | 63,2 | 30 835 | 96,1 | 110,7 | . | . | . | . |
| April | 103,4 | 91,3 | 125,8 | 444 914 | 81,1 | 31 075 | 108,0 | 110,9 | 211 836 | 7,7 | 37 906 | 24 566 |
| Mai | 103,5 | 86,1 | 135,4 | 443 855 | 70,3 | 30 914 | 100,9 | 110,9 | 209 604 | 7,6 | 34 658 | 13 675 |
| Juni | 101,7 | 87,3 | 128,1 | 443 552 | 96,2 | 30 422 | 98,8 | 110,8 | 209 772 | 7,6 | 32 843 | 12 680 |
| 2. Vj. D | 102,9 | 88,2 | 129,6 | 444 107 | 82,5 | 30 804 | 102,6 | 110,9 | . | . | . | . |
| Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾ | | | | | | | | | | | | |
| 1999 D | - 6,8 | - 8,1 | - 4,6 | - 1,1 | 4,2 | - 6,5 | 1,3 | 0,9 | - 5,8 | . | 17,8 | - 1,7 |
| 2000 D | 6,7 | 3,7 | 11,4 | - 1,1 | - 1,7 | - 5,5 | 0,2 | 1,9 | - 10,2 | . | 22,4 | - 19,4 |
| 2001 D | - 2,2 | - 3,2 | - 0,8 | - 0,2 | - 4,4 | - 7,2 | 0,9 | 2,1 | - 6,7 | . | 0,4 | 51,7 |
| 2001 Mai | - 6,7 | - 8,7 | - 3,5 | 0,1 | - 25,9 | - 7,7 | - 2,3 | 3,0 | - 8,3 | . | 2,3 | 15,3 |
| Juni | - 2,6 | - 2,5 | - 2,9 | 0,1 | 19,8 | - 7,1 | 4,6 | 2,7 | - 7,0 | . | - 1,0 | 36,6 |
| 2. Vj. | - 3,5 | - 4,5 | - 2,1 | 0,1 | - 3,1 | - 7,1 | 0,4 | 2,7 | . | . | . | . |
| Juli | 2,2 | - 1,9 | 8,6 | 0,1 | - 31,9 | - 7,1 | 3,2 | 2,3 | - 6,6 | . | - 5,9 | 54,9 |
| August | - 5,0 | - 8,1 | 0,0 | - 0,2 | 48,1 | - 5,9 | 1,2 | 2,3 | - 5,3 | . | - 2,0 | 9,1 |
| September | - 10,8 | - 9,7 | - 12,4 | - 0,3 | - 1,1 | - 6,3 | - 2,1 | 1,9 | - 3,5 | . | - 4,9 | 18,6 |
| 3. Vj. | - 4,8 | - 6,6 | - 2,0 | - 0,1 | 0,1 | - 6,4 | 0,7 | 2,2 | . | . | . | . |
| Oktober | - 5,2 | - 2,8 | - 8,5 | - 0,7 | - 25,0 | - 7,6 | 3,9 | 1,7 | - 0,4 | . | - 9,5 | 56,0 |
| November | - 5,7 | - 5,3 | - 6,4 | - 1,1 | - 5,1 | - 8,7 | 1,0 | 1,4 | 1,6 | . | - 14,1 | 121,7 |
| Dezember | - 1,7 | - 5,1 | 3,1 | - 1,3 | - 16,0 | - 8,2 | 0,5 | 1,5 | 3,4 | . | - 15,2 | 322,5 |
| 4. Vj. | - 4,2 | - 4,4 | - 4,2 | - 1,0 | - 15,8 | - 8,2 | 1,8 | 1,5 | . | . | . | . |
| 2002 Januar | - 7,4 | - 8,0 | - 6,3 | - 1,9 | - 24,2 | - 7,5 | - 4,0 | 2,1 | 5,6 | . | - 13,7 | 251,1 |
| Februar | - 11,0 | - 9,7 | - 12,6 | - 2,2 | - 14,1 | - 7,7 | - 2,1 | 1,7 | 5,8 | . | - 10,9 | 205,0 |
| März | - 14,2 | - 18,0 | - 8,3 | - 2,7 | 8,0 | - 7,5 | - 4,5 | 1,8 | 5,7 | . | - 9,7 | 215,5 |
| 1. Vj. | - 11,0 | - 12,2 | - 9,2 | - 2,3 | - 8,7 | - 7,6 | - 3,6 | 1,9 | . | . | . | . |
| April | 7,8 | 2,5 | 15,9 | - 2,9 | 6,6 | - 7,0 | 5,2 | 1,6 | 5,5 | . | - 11,6 | 248,5 |
| Mai | 0,0 | - 8,9 | 12,7 | - 3,2 | - 32,4 | - 6,7 | - 8,2 | 1,2 | 7,9 | . | - 16,2 | 111,6 |
| Juni | - 1,3 | - 4,0 | 2,4 | - 3,6 | - 4,4 | - 8,4 | - 1,4 | 0,9 | 5,9 | . | - 16,7 | 129,4 |
| 2. Vj. | 2,1 | - 3,6 | 10,1 | - 3,2 | - 11,9 | - 7,4 | - 1,6 | 1,3 | . | . | . | . |
| Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾ | | | | | | | | | | | | |
| 2001 Mai | 7,9 | 6,1 | 10,7 | 0,0 | 36,8 | - 0,8 | 7,0 | 0,4 | - 3,3 | . | - 3,5 | - 8,3 |
| Juni | - 0,5 | - 3,8 | 4,2 | 0,4 | - 3,3 | 0,2 | - 8,8 | 0,2 | 2,0 | . | - 4,7 | - 14,5 |
| 2. Vj. | - 6,9 | - 6,0 | - 8,1 | 0,1 | 35,3 | - 0,3 | 4,6 | 0,8 | . | . | . | . |
| Juli | - 0,4 | 1,3 | - 2,5 | 0,1 | - 30,8 | 0,2 | - 0,8 | 0,1 | 0,5 | . | - 4,7 | - 13,2 |
| August | - 2,4 | 2,5 | - 9,4 | 0,1 | 56,4 | 1,6 | 2,7 | - 0,1 | - 1,7 | . | 0,4 | 2,0 |
| September | 0,6 | - 3,1 | 6,5 | - 0,1 | 0,4 | - 0,5 | - 3,7 | - 0,5 | - 0,9 | . | - 3,8 | 19,3 |
| 3. Vj. | 0,3 | 1,3 | - 1,0 | 0,4 | 2,6 | 0,9 | - 4,2 | 0,4 | . | . | . | . |
| Oktober | 1,9 | 2,5 | 0,9 | - 0,5 | - 41,4 | - 0,8 | 8,4 | - 0,5 | 0,8 | . | - 10,8 | 27,8 |
| November | 1,1 | 0,9 | 1,3 | - 0,5 | 12,4 | - 2,2 | 4,3 | - 0,1 | 1,3 | . | - 7,3 | 34,2 |
| Dezember | - 5,7 | - 9,5 | - 0,1 | - 0,6 | - 11,2 | - 1,7 | 5,3 | 0,0 | 4,5 | . | - 1,1 | 90,8 |
| 4. Vj. | 0,3 | - 1,5 | 2,7 | - 1,1 | - 30,4 | - 2,7 | 11,8 | - 0,6 | . | . | . | . |
| 2002 Januar | - 2,2 | 0,4 | - 5,6 | - 0,8 | - 23,5 | - 2,9 | - 20,7 | 1,1 | 7,9 | . | 9,5 | 12,4 |
| Februar | - 2,0 | - 5,2 | 2,4 | - 0,3 | 9,6 | - 1,4 | - 3,3 | 0,3 | - 0,3 | . | 13,8 | 19,7 |
| März | 6,5 | 9,3 | 2,9 | - 0,3 | 61,8 | 0,0 | 17,7 | 0,2 | - 3,1 | . | 5,3 | 0,1 |
| 1. Vj. | - 4,9 | - 6,5 | - 2,8 | - 1,7 | - 5,4 | - 5,6 | - 14,0 | 1,4 | . | . | . | . |
| April | 3,6 | 2,6 | 5,1 | - 0,4 | - 6,6 | 1,2 | 2,2 | 0,0 | - 1,9 | . | - 2,7 | - 4,6 |
| Mai | 0,1 | - 5,7 | 7,6 | - 0,2 | - 13,3 | - 0,5 | - 6,6 | 0,0 | - 1,1 | . | - 8,6 | - 44,3 |
| Juni | - 1,7 | 1,4 | - 5,4 | - 0,1 | 36,8 | - 1,6 | - 2,1 | - 0,1 | 0,1 | . | - 5,2 | - 7,3 |
| 2. Vj. | 6,7 | 3,2 | 11,4 | - 0,9 | 30,5 | - 0,1 | 6,8 | 0,2 | . | . | . | . |

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Beschäftigte gezählt wurden. Da der Beschäftigtenrückgang im ersten Quartal nur wenig geringer war (– 3,3 %), belief sich der Halbjahresrückgang auf 3,6 %.

Stärker als bei den genannten Branchen war der Beschäftigtenbau bei der Herstellung von Metallerzeugnissen. Dort arbeiteten im Durchschnitt des zweiten Quartals noch 37 740 Beschäftigte, 4,7 % weniger als vor einem Jahr. Auch dort hat sich das Ausmaß des Beschäftigtenabbaus vergrößert, denn im ersten Quartal war die Beschäftigtenzahl im Jahresvergleich noch um 3,7 % gesunken. Infolgedessen ergab sich für den Durchschnitt des ersten Halbjahrs ein Beschäftigtenminus von 4,2 %.

Weitere Verschlechterung der Auftragslage im Baugewerbe . . .

Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe sind im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit — nach einem Rückgang im ersten Quartal um 8,7 % — abermals um 12 % gesunken. Damit ergab sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich ein Rückgang der Auftragseingänge um 11 %, wobei der Hochbau das Vorjahresergebnis um 29 % verfehlte, während der Tiefbau mit einer Steigerung der Auftragseingänge um 15 % recht günstig abschnitt.

Die rückläufige Gesamtentwicklung im zweiten Quartal wurde von 35 % weniger Aufträgen im Hochbau verursacht, denen allerdings für den Tiefbau eine Steigerung um 23 % gegenüberstand. Im Hochbau meldete nur der öffentliche und Verkehrshochbau ein leichtes Plus (+ 3,9 %), während der gewerbliche und industrielle Hochbau (– 42 %) und der Wohnungsbau (– 26 %) einen starken Einbruch der Nachfrage erlebten. Im Tiefbau konnten dagegen alle Bauarten über eine günstige Entwicklung berichten. Den größten Zuwachs hatte der Straßenbau mit 35 %, gefolgt vom öffentlichen Verkehrstiefbau mit 22 %. Auch der gewerbliche und industrielle Tiefbau konnte einen Zuwachs seiner Auftragseingänge (+ 5,0 %) verbuchen.

. . . und sinkende Umsätze . . .

Im zweiten Quartal wurde ein Umsatz im Bauhauptgewerbe von 978 Mill. Euro erwirtschaftet. Das waren 7,6 % weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Da der Umsatz im ersten Quartal im Jahresvergleich gleichfalls gesunken war (– 14 %), ergab sich für das erste Halbjahr mit einem Umsatz von 1,7 Mrd. Euro ein Rückgang um 10 %. Der gewerbliche und industrielle Bau verbuchte im zweiten Quartal einen Umsatz von 478 Mill. Euro. Das waren 16 % weniger als im zweiten Vorjahresquartal. Dabei schnitt der Tiefbau mit einem Rückgang um 26 % noch schlechter ab als der Hochbau (– 12 %). Im Wohnungsbau wurden im zweiten Quartal 114 Mill. Euro umgesetzt, 12 % weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres. Für das erste Halbjahr ergab sich im gewerblichen und industriellen Bau im Vergleich zum ersten Vorjahreshalbjahr ein Umsatzrückgang um 16 %, und 17 % betrug der Einbruch beim Wohnungsbau. Im Vergleich zum

gewerblichen und industriellen Bau schnitt der öffentliche und Verkehrsbau im zweiten Quartal im Jahresvergleich mit einem Umsatzzuwachs von 7,7 % auf 382 Mill. Euro günstig ab. Zwar unterschritt der öffentliche und Verkehrshochbau mit einem Rückgang um 19 % auf 49 Mill. Euro gleichfalls das Vorjahresergebnis, doch wurde dieser Rückgang vom Straßenbau mit einem Umsatzzuwachs um 19 % auf 169 Mill. Euro und im sonstigen öffentlichen und Verkehrstiefbau mit einem Plus von 7,8 % auf 164 Mill. Euro ausgeglichen. Das Halbjahresergebnis im öffentlichen und Verkehrsbau war zwar im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit nicht ganz so günstig, doch konnte auch für diese Zeit ein Plus (+ 1,9 %) verbucht werden. Es setzte sich aus einem Umsatzzuwachs im Straßenbau um 23 %, aus einem Rückgang im öffentlichen und Verkehrshochbau um 29 % und 0,1 % weniger Umsatz im sonstigen öffentlichen und Verkehrstiefbau zusammen.

. . . bewirkten weiteren Beschäftigtenabbau

Die insgesamt recht verhaltene Entwicklung wirkte sich weiter auf die Beschäftigtensituation aus. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals noch rund 30 800 Beschäftigten wurde deren Zahl im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert um abermals 7,4 % reduziert. Da der Beschäftigtenrückgang im ersten Quartal im Jahresvergleich bei 7,6 % gelegen hatte, ergibt sich für das erste Halbjahr ein Beschäftigtenabbau von 7,5 %. Alle Beschäftigtenarten waren vom Personalabbau des zweiten Quartals betroffen, am stärksten die tätigen Inhaber (– 16 %). Deren Verringerung deutet an, dass von den Unternehmern in absehbarer Zeit nicht mit einem Umschwung gerechnet wird, sodass auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten abgebaut wurde (– 4,5 %). Eine entsprechende Stimmungslage führte auch zur Freisetzung weiterer Facharbeiter, Poliere und Meister (– 6,7 %), die angesichts der schwachen Auftragslage ebenso wenig beschäftigt werden konnten wie Fachwerker, Werker und sonstige Beschäftigte (– 12 %). Der anhaltende Beschäftigtenabbau wirkte sich auch auf die Berufswahl junger Leute aus: Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden ging gleichfalls um 12 % zurück. Ausländische Arbeitnehmer wurden im zweiten Quartal um 0,6 % weniger gezählt als vor einem Jahr.

Hochbauvolumen auch im zweiten Quartal 2002 rückläufig

Auch in den Monaten April bis Juni des Jahres 2002 nahm das geplante *Hochbauvolumen* weiter ab. Die Flächen-nachfrage lag im zweiten Vierteljahr 2002 um fast ein Zehntel oder 165 000 m² unter der des gleichen Quartals 2001. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben in diesem Zeitraum insgesamt rund 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Wie in den sechs Monaten zuvor wirkte das Nachfrageplus bei den privaten Bauherren dem allgemeinen Rückgang entgegen. Die genannte Bauherrengruppe beantragte im zweiten Vierteljahr 2002 mehr Wohn- und Nutzfläche und erhöhte ihren Flächenbedarf auf insgesamt 625 000 m² (+ 8,3 %). Demgegenüber stand der weiterhin

zurückgehende Flächenbedarf bei Bauvorhaben von Unternehmen und von öffentlichen Bauherren. Mehr als deutlich fiel der Rückgang der Flächennachfrage bei der Bauherrengruppe der Unternehmen aus, die 797 000 m² Wohn- und Nutzfläche in neuen Gebäuden und bei Baumaßnahmen beantragten. Das waren 173 000 m² weniger als im Vorjahresquartal, dessen Ergebnis um 18 % unterschritten wurde. Mit einer Verminderung um 30 % war hier vor allem das Wohnbausegment betroffen. Die Bauherren der öffentlichen Hand beantragten 10 % weniger neue oder umzubauende Flächen. Allerdings beträgt der Anteil der von öffentlichen Bauherren realisierten Bauvorhaben am Gesamtvolumen nur etwa 5 %.

Die veranschlagten reinen Baukosten erreichten im zweiten Vierteljahr 2002 rund 1,6 Mrd. Euro. Das Kostenvolumen, ein Indikator für die Investitionsbereitschaft im Bausektor, ging damit im Vergleich zum Vorjahresquartal um 99 Mill. Euro (– 5,9 %) zurück. Die privaten Haushalte bezifferten die Kosten der Bauwerke auf 589 Mill. Euro und somit um 5,0 % höher als im zweiten Quartal 2001. Die hier veranschlagten Mittel sollen zu über 92 % im Wohnbau ausgegeben werden. Von den Unternehmen wurden 847 Mill. Euro Baukosten veranschlagt. Damit lagen sie um 6,1 % unter dem Wert des gleichen Zeitraums im Jahr 2001. Die Bauherrengruppe der Unternehmen plante über drei Viertel der Investitionen im Nichtwohnbaubereich (das waren 2,6 % mehr als im zweiten Quartal 2001) und nur ein knappes Viertel im Wohnbausektor (– 26 %). Die öffentlichen Bauherren verringerten ihr geplantes Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahresquartal um 17 % auf 129 Mill. Euro.

Obwohl die privaten Haushalte verstärkt investieren wollen, fiel die Bilanz der Wohnbaugenehmigungen im zweiten Vierteljahr 2002 erneut negativ aus. Bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden wurde um Genehmigung für rund 2410 neue *Wohngebäude* mit 4735 Wohnungen nachgesucht. Das waren 60 Bauanträge weniger als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser gingen um 4,0 % zurück. Um 9,8 % zulegen konnten die Baufreigaben für Zweifamilienhäuser. Im Geschosswohnungsbau verringerte sich die Zahl der Bauanfragen um fast 14 %. Neben der schwächeren Nachfrage nach neuen Wohngebäuden führte auch der Rückgang bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer geringeren Gesamtzahl von zum Bau freigegebenen Wohnungen. Zusammen wurden in den Monaten April bis Juni 5410 neue und umzubauende Wohnungen genehmigt. Die Gesamtzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen reduzierte sich somit im Vergleich zum Vorjahresquartal um 650 oder 10,7 %. Die genehmigten Wohnflächen gingen im Vergleichszeitraum um 9,7 % von 692 000 auf 624 000 m² zurück. Die reinen Baukosten für Wohngebäude wurden mit 756 Mill. Euro veranschlagt. Sie verminderten sich um rund 8,1 %.

Im zweiten Quartal 2002 ging das Genehmigungsvolumen im *Nichtwohnbau* abermals zurück. Bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden wurden rund 900 Bauanträge für neue bzw. umzubauende Nichtwohngebäude eingereicht,

300 weniger als im zweiten Vierteljahr 2001. Die Nachfrage nach Nutzflächen in Nichtwohngebäuden reduzierte sich im Durchschnitt um 10,6 % auf 704 000 m². Dennoch stärker nachgefragt als vor einem Jahr wurden Nutzflächen in Büro- und Verwaltungsgebäuden, deren Anteil an der gesamten Nutzfläche mit 382 000 m² über die Hälfte ausmachte. Der Zuwachs lag in diesem Bereich bei 36 %. Dagegen war ein regelrechter Einbruch bei den so genannten nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zu beobachten, zu denen Fabriken, Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude sowie Hotels und Gaststätten zu zählen sind. Hier hat sich der Flächenbedarf nahezu halbiert. Die Baukosten für neue und umzubauende Nichtwohngebäude wurden von den Bauherren auf 819 Mill. Euro beziffert. Sie sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,8 % (– 32,5 Mill. Euro). Auch hierbei wurden zusätzliche Investitionen für Büro- und Verwaltungsgebäude vorgesehen (+ 31 %), während die Investitionsbereitschaft für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude überdurchschnittlich rückläufig war (– 42 %).

Einzelhandel kommt nicht in Schwung

Auch im zweiten Vierteljahr 2002 gingen — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler zurück. Sie hatten insgesamt annähernd 2 % weniger in ihren Kassen. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar einen Rückgang von etwas über 2 %. Diese negative Entwicklung ging durch fast alle Sparten des Einzelhandels. Lediglich die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln, die Geschäfte mit Heimwerkerbedarf sowie der Kfz- und Tankstellenbereich schlossen deutlich positiv ab: Im Gesundheits- und Kosmetikbereich stiegen die Umsätze im Quartalsvergleich nominal um 6 und real um 7 %, im Heimwerkerbereich waren es nominal und real gut 2 %. Beim Kfz-Handel und den Tankstellen stiegen die Umsätze nominal um knapp 2 %; real verblieb lediglich ein Plus von 0,1 %.

Weniger in ihren Kassen hatten die Facheinzelhändler — abgesehen von den genannten Ausnahmen — und auch der Versandhandel. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, befand sich nominal mit etwas über 1 % im Minus; real war dies ein Rückgang von 2 %.

Im hessischen Einzelhandel werden weiter Stellen abgebaut: Die Zahl der Beschäftigten ging gegenüber dem 2. Vierteljahr 2001 um etwas über 1 % zurück, wobei die Zahl der Vollbeschäftigten um etwas über 2 % abnahm, während diejenige der Teilzeitbeschäftigten im Vierteljahresvergleich unverändert blieb.

Konjunkturelle Flaute verhindert Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt

Im Verlauf des zweiten Quartals 2002 meldeten sich in Hessen 97 700 Personen arbeitslos. Das waren 2600 oder nahe-

zu 3 % mehr als in den Monaten April bis Juni 2001. Zu erhöhten Arbeitslosmeldungen kam es nur bei Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 5800 oder + 15 %). Denn durch die allmähliche Eintrübung des konjunkturellen Klimas sahen sich seit Frühjahr 2001 Unternehmer dazu veranlasst, wieder vermehrt Arbeitsverträge auslaufen zu lassen oder zu kündigen. Die Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren, zeigten sich dagegen weiterhin rückläufig. Hier ergab sich im Berichtsquartal eine Abnahme um 2700 oder gut 5 %. Die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung nahmen um 500 oder 15 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ab. Wie schon in den vorangegangenen zwei Quartalen erhöhte sich die Anzahl der von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffenen Personen auch im Zeitraum April bis Juni 2002 beträchtlich. Gab es im zweiten Quartal 2001 durchschnittlich 6300 Kurzarbeitende, so waren es ein Jahr später 17 000, rund 10 600 oder 167 % mehr als vor Jahresfrist. Im Vergleich zum Vorquartal (24 300 Kurzarbeiter) hat sich die Situation allerdings beträchtlich entspannt, da sich ab Mai das Auslaufen von Arbeitszeiteinschränkungen in einem Luftfahrtunternehmen deutlich bemerkbar machte.

Besonders negativ machte sich die konjunkturelle Situation bei der Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Nur 48 200 offene Stellen wurden der hessischen Arbeitsverwaltung im zweiten Quartal offeriert, 19 200 oder nahezu 29 % weniger als vor Jahresfrist. Durch das verringerte Stellenangebot war auch der Vermittlungserfolg der Arbeitsämter beeinträchtigt. Nur 28 600 Arbeitssuchende konnten auf einen Dauerarbeitsplatz vermittelt werden. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem zweiten Quartal 2001 um 18 400 oder 39 % verfehlt. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 103 800 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 2600 oder nahezu 3 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni 2002 wurden 211 400 Arbeitslose registriert, 12 700 oder reichlich 6 % mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres.

Verbraucherpreise: Beruhigung der Preisentwicklung

Der Anstieg der Verbraucherpreise ließ im zweiten Quartal nach. Im Durchschnitt war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im zweiten Quartal

2002 um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal hatte die entsprechende Rate noch 1,9 % betragen. Auch innerhalb des zweiten Viertels des Jahres ging die Jahresteuierung weiter zurück. Im April war der Preisindex noch um 1,6 % höher als vor Jahresfrist. Im Mai sank die Rate auf 1,2 % und im Juni waren es nur noch 0,9 %. Die im Jahresvergleich gemessene Teuerung erreichte damit im Juni 2002 den niedrigsten Stand seit drei Jahren. Nahrungsmittel trugen entscheidend hierzu bei. Die Nahrungsmittelpreise waren im April noch um 2,0 % höher, im Mai aber bereits um 0,5 % und im Juni um 0,9 % niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Einzelnen war Schweinefleisch im zweiten Quartal um 6,1 % billiger als vor einem Jahr, Rindfleisch um 1,1 % sowie Fleisch- und Wurstwaren und Inneren um 2,1 %. Für Obst, Gemüse und Salat gab es einen Umschwung der Preisentwicklung. Obst war im April noch um 2,5 % teurer, im Mai aber um 0,2 % und im Juni um 1,5 % billiger als vor Jahresfrist. Für Gemüse und Salat (einschl. Kartoffeln) waren die Preise im April noch um 1,9 % höher, im Mai aber schon um 8,6 % und im Juni sogar um 8,9 % niedriger als 12 Monate zuvor. Auch für Mineralölzeugnisse gab es im Jahresvergleich Preisrückgänge. Heizöl war im zweiten Quartal dieses Jahres um 11,1 % und Kraftstoffe waren um 1,6 % billiger als vor Jahresfrist. Andererseits lagen Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung) im zweiten Quartal um 2,1 % höher als vor einem Jahr.

Vom ersten auf das zweite Quartal dieses Jahres stiegen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 0,2 %. Vom vierten Quartal 2001 auf das erste Quartal 2002 hatten sie noch um 1,4 % zugenommen. Während die Preise für Nahrungsmittel dabei vom ersten auf das zweite Quartal 2002 um 0,8 % sanken und für Kleidung und Schuhe um 0,3 % zurückgingen, stiegen die Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung) um 0,2 %, die Heizölpreise um 5,7 % und die Kraftstoffpreise um 5,2 %.

Im Verlauf des zweiten Quartals sind die Verbraucherpreise sogar leicht gesunken: Im Juni war der Preisindex um 0,1 % niedriger als im April. Für Nahrungsmittel sank er von April auf Juni um 1,0 %, für Kleidung und Schuhe um 0,5 %, für Heizöl um 3,2 % und für Kraftstoffe um 3,8 %.

Zu Beginn des dritten Quartals zog die Teuerung wieder an: im Juli war der Preisindex um 0,4 % höher als im Juni und um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor. □

- In der *Binnenschifffahrt* nahm die *umgeschlagene Gütermenge* im ersten Halbjahr 2002 weiter ab. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im genannten Zeitraum insgesamt 6,8 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 7 % weniger als von Januar bis Juni 2001. Zwar stieg das Volumen des Versands von Gütern um annähernd 5 % auf 1,2 Mill. t, das Volumen des Empfangs sank jedoch um 9 % auf 5,5 Mill. t. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) um 9 % auf 1 Mill. t zurück. Der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen sank ebenfalls, und zwar um fast 10 % auf 2 Mill. t. Bei Steinen und Erden (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) war ein Rückgang um annähernd 16 % auf ebenfalls 2 Mill. t zu verzeichnen.

- Im Jahr 2001 wurden bei den hessischen *Arbeitsgerichten* rund 40 200 Klagen (ohne Angelegenheiten der Sozialkassen) neu eingereicht. Das waren 4300 oder 12 % mehr als ein Jahr zuvor. Dagegen hatte es in den drei Jahren zuvor Abnahmen von 11 (1998), 6 (1999) und 3 % (2000) gegeben. Die Zahl der erledigten Klagen stieg im Berichtsjahr um 1600 auf 38 700. Unerledigt blieben am Ende des Jahres knapp 16 900 Klagen, rund 1500 mehr als ein Jahr zuvor. Gut die Hälfte der im Jahr 2001 erledigten Verfahren wurde durch einen gerichtlichen Vergleich abgeschlossen; 9 % endeten durch streitiges Urteil, und rund 8 % der Verfahren wurden durch Anerkenntnis-, Verzichts- oder Versäumnisurteil erledigt. Das restliche knappe Drittel endete auf andere Weise, meist durch Zurücknahme der Klage oder durch außergerichtlichen Vergleich. Streitgegenstand der meisten erledigten Klagen waren auch 2001 wieder Kündigungen. Ihre Zahl nahm gegenüber dem Vorjahr um 1400 auf 19 100 zu, sodass nahezu jede zweite erledigte Klage eine Kündigung betraf. Um das Arbeitsentgelt wurde bei 13 400 oder 35 % der Verfahren gestritten. Rund drei Fünftel der Klagen waren innerhalb von drei Monaten erledigt. Ihr Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Knapp 35 % dauerten über drei Monate bis zu einem Jahr, und bei gut 6 % der Klagen betrug die Verfahrensdauer länger als ein Jahr.

- Im Jahr 2001 gab es in Hessen 649 000 *Mütter im erwerbsfähigen Alter* (15 bis unter 65 Jahre) mit minderjährigen Kindern, von denen 413 000 erwerbstätig waren. Damit lag deren Erwerbstätigenquote bei 64 %. Eine Familiengründung beeinflusst vorrangig das Erwerbsverhalten der Frauen. So reduziert sich die Erwerbstätigenquote für Mütter mit zunehmender Kinderzahl. Bei nur einem minderjährigen Kind im Haushalt betrug die Erwerbstätigenquote der Mütter 70 %. Bei zwei Kindern verringerte sie sich auf 62 %. Für Mütter mit drei oder mehr Kindern ging sie weiter auf 43 % zurück. Einfluss auf das Erwerbsverhalten hat neben dem Übergang zur Elternschaft auch die Lebensform der Frauen.

Unter den Müttern im erwerbsfähigen Alter mit minderjährigen Kindern war die Erwerbstätigenquote für Ehefrauen im Jahr 2001 mit 62 % um 7 Prozentpunkte niedriger als die der alleinerziehenden Frauen mit 69 %. Mit zunehmender Kinderzahl reduzierten sich für beide Gruppen die Erwerbstätigenquoten. Hatten sie nur ein minderjähriges Kind zu betreuen, lag die Erwerbstätigenquote der Ehefrauen bei 68 %, die der alleinerziehenden Frauen bei 73 %. Bei zwei Kindern verringerte sie sich auf 62 bzw. 66 %, und für Mütter mit drei oder mehr Kindern lag die Quote bei 43 bzw. 44 %. Mit dem Übergang zur Mutterschaft ändert sich bei vielen Frauen nicht nur der Erwerbsstatus, sondern — bei Fortführung der Erwerbstätigkeit — auch der zeitliche Beschäftigungsumfang. Die Mehrzahl der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern ging einer Teilzeitbeschäftigung (unter 36 Stunden in der Woche) nach. Von den erwerbstätigen Müttern arbeitete knapp die Hälfte (48 %) normalerweise bis zu 20 Stunden die Woche. 21 bis 35 Wochenarbeitsstunden leistete gut ein Fünftel dieser Mütter, und drei Zehntel waren 36 oder mehr Wochenstunden erwerbstätig. Gegenüber 1991 schritt die Teilzeitbeschäftigung der Mütter voran. Gleichzeitig büßte die Vollzeitbeschäftigung an Bedeutung ein. In Hessen hat sich der Anteil der Teilzeitarbeitenden Mütter an allen erwerbstätigen Müttern seit 1991 um 9 Prozentpunkte auf 70 % im Jahr 2001 erhöht.

- Im vergangenen Jahr wurden in Hessen 209 000 *Prüfungen zur Erlangung einer allgemeinen Fahrerlaubnis* abgelegt, davon 106 000 theoretische und 103 000 praktische Prüfungen. 26 % der Prüflinge fielen durch die theoretische und 19 % durch die praktische Prüfung, sodass insgesamt knapp 23 % der Prüfungen nicht bestanden wurden. Hessische Fahrschüler lagen damit bundesweit an der Spitze. In keinem anderen Bundesland wurde eine so hohe Erfolgsquote erreicht. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Niedersachsen mit fast 24 % und Rheinland-Pfalz mit 25 % nicht bestandener Prüfungen. Diese Quote betrug für Deutschland insgesamt annähernd 29 %; das Schlusslicht bildeten Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit Werten zwischen 39 und 40 %.

- Im ersten Halbjahr 2002 verloren 238 Menschen durch *Verkehrsunfälle* auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 15 Getötete mehr als von Januar bis Juni des Jahres 2001. Dieser Anstieg beruht vor allem auf den Geschehnissen im April und Juni. In diesen beiden Monaten wurden 35 Personen mehr getötet als in den gleichen Monaten des Jahres 2001. Insgesamt kam es in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002 zu 12 700 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren nur geringfügig mehr als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch 17 000 Personen verletzt, knapp 1 % weniger als vor einem Jahr. Dabei stieg die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum um etwas über 1 % auf 3000; die Zahl der Leichtverletzten nahm dagegen um 1 % auf 14 000 ab.



Kreiszahlen

Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

Ausgabe 2001

Die neu herausgegebene Veröffentlichung **„Kreiszahlen · Ausgabe 2001“** enthält für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands nach Bundesländern die wichtigsten Daten — insgesamt 108 Merkmale — (überwiegend des Jahres 1997) für die Bereiche

- ◆ Fläche
- ◆ Bevölkerungsstand
- ◆ Bevölkerungsbewegung
- ◆ Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
- ◆ Landwirtschaft
- ◆ Produzierendes Gewerbe
- ◆ Bautätigkeit, Wohnungswesen
- ◆ Fremdenverkehr
- ◆ Kfz-Bestand und Verkehrsunfälle
- ◆ Bruttowertschöpfung
- ◆ Bundestagswahl (1998)



Umfang: 183 Seiten, Format: DIN A 4,
Einband: kartoniert, Preis: 13,00 Euro (zuzügl. Versandkosten)

„Kreiszahlen · Ausgabe 2001“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Die Veröffentlichung basiert auf dem Diskettenpaket „Statistik regional“ und bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Fakten der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Regierungsbezirke in der Bundesrepublik unmittelbar abzulesen und Regionen untereinander zu vergleichen. Die „Kreiszahlen“ erscheinen jährlich.

W-142



Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992
E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengen- einheit | 2000 | 2001 | 2000 | 2001 | | | | 2002 | |
|---|------------------------------|-----------------------|-----------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | Durchschnitt | | Dez. | Jan. | Feb. | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. |
| | | | | | | | | | | |
| BEVÖLKERUNG | | | | | | | | | | |
| * Bevölkerung am Monatsende | 1000 | 6 068,1 ¹⁾ | 6 077,8 ¹⁾ | 6 068,1 | 6 068,3 | 6 069,0 | 6 078,4 | 6 077,8 | 6 078,4 | 6 078,5 |
| Natürliche Bevölkerungsbewegung: | | | | | | | | | | |
| * Eheschließungen | Anzahl | 2 718 | 2 486 | 3 228 | 961 | 1 204 | 1 876 | 3 378 | 890 | 1 873 |
| auf 1000 Einwohner und 1 Jahr | " | 5,4 | 4,9 | 6,3 | 1,9 | 2,6 | 3,8 | 6,5 | 1,7 | 4,0 |
| * Lebendgeborene | " | 4 901 | 4 686 | 6 207 | 3 697 | 4 172 | 4 491 | 5 586 | 3 151 | 4 094 |
| auf 1000 Einwohner und 1 Jahr | " | 9,7 | 9,3 | 12,1 | 7,2 | 9,0 | 9,0 | 10,8 | 6,1 | 8,8 |
| * Gestorbene (ohne Totgeborene) | " | 5 029 | 4 948 | 6 186 | 4 886 | 4 485 | 5 019 | 5 670 | 5 024 | 4 618 |
| auf 1000 Einwohner und 1 Jahr | " | 10,0 | 9,8 | 12,0 | 9,5 | 9,6 | 10,0 | 11,0 | 9,7 | 9,9 |
| * darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene | " | 21 | 19 | 30 | 20 | 18 | 22 | 16 | 27 | 16 |
| auf 1000 Lebendgeborene | " | 4,4 | 4,2 | 4,8 | 5,4 | 4,3 | 4,9 | 2,9 | 8,6 | 3,9 |
| * Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) | " | - 127 | - 262 | 21 | - 1 189 | - 313 | - 528 | - 84 | - 1 873 | - 524 |
| auf 1000 Einwohner und 1 Jahr | " | - 0,3 | - 0,5 | 0,0 | - 2,3 | - 0,7 | - 1,1 | - 0,2 | - 3,6 | - 1,1 |
| Wanderungen: | | | | | | | | | | |
| * Zuzüge über die Landesgrenzen | Anzahl | 14 134 | 14 598 | 11 624 | 14 937 | 12 155 | 13 718 | 10 342 | 14 816 | 11 708 |
| darunter aus dem Ausland | " | 6 178 | 6 442 | 4 777 | 6 550 | 5 697 | 6 065 | 4 279 | 6 442 | 5 368 |
| * Fortzüge über die Landesgrenzen | " | 12 659 | 13 528 | 11 747 | 13 622 | 11 115 | 13 005 | 10 842 | 12 387 | 11 083 |
| darunter in das Ausland | " | 5 572 | 6 209 | 4 749 | 6 450 | 5 404 | 5 878 | 4 556 | 5 599 | 5 006 |
| * Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-) | " | 1 474 | 1 070 | - 123 | 1 315 | 1 040 | 713 | - 500 | 2 429 | 625 |
| * Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾ | " | 18 349 | 17 943 | 18 254 | 19 598 | 14 867 | 18 912 | 16 449 | 20 043 | 15 306 |
| | | | | | | | | | | |
| | | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
| | | Durchschnitt | | Mai | Juni | Juli | April | Mai | Juni | Juli |
| ARBEITSMARKT ³⁾ | | | | | | | | | | |
| * Arbeitslose am Monatsende | Anzahl | 214 875 | 200 533 | 194 170 | 198 138 | 199 169 | 211 836 | 209 604 | 209 772 | 214 374 |
| * darunter Frauen | " | 98 519 | 89 647 | 86 988 | 90 106 | 90 912 | 90 329 | 89 678 | 90 359 | 93 520 |
| Männer | " | 118 356 | 110 886 | 107 182 | 108 032 | 108 257 | 121 507 | 119 926 | 119 413 | 120 854 |
| Ausländer | " | 45 177 | 42 684 | 41 574 | 41 534 | 41 026 | 45 668 | 45 168 | 44 052 | 43 574 |
| * Jüngere unter 25 Jahren | " | 22 430 | 22 023 | 19 471 | 23 230 | 24 348 | 24 262 | 23 507 | 26 443 | 28 263 |
| * Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt | % | 8,1 | 7,4 | 7,1 | 7,2 | 7,3 | 7,7 | 7,6 | 7,6 | 7,8 |
| * darunter der Frauen | " | 8,0 | 7,1 | 6,8 | 7,0 | 7,1 | 7,1 | 6,9 | 7,0 | 7,2 |
| Männer | " | 8,3 | 7,6 | 7,3 | 7,4 | 7,4 | 8,3 | 8,2 | 8,2 | 8,3 |
| Ausländer | " | 14,8 | 14,2 | 14,1 | 14,1 | 13,9 | 15,5 | 15,1 | 14,7 | 14,5 |
| * Jüngere unter 25 Jahren | " | 7,2 | 6,5 | 5,5 | 6,6 | 6,9 | 6,9 | 6,4 | 7,2 | 7,7 |
| * Kurzarbeiter (Monatsmitte) | Anzahl | 5 156 | 7 822 | 6 463 | 5 528 | 4 797 | 24 566 | 13 675 | 12 680 | 7 987 |
| * Gemeldete Stellen am Monatsende | " | 37 527 | 37 692 | 41 363 | 39 438 | 37 571 | 37 906 | 34 658 | 32 843 | 30 243 |
| | | | | | | | | | | |
| | | 1999 | 2000 | 1999 | | 2000 | | 2001 | | |
| | | 30.6. | | Sept. | Dez. | Sept. | Dez. | März | Juni | Sept. |
| ERWERBSTÄTIGKEIT ^{5(a)} | | | | | | | | | | |
| * Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾ | 1000 | 2 123,7 | 2 174,7 | 2 162,3 | 2 163,4 | 2 216,7 | 2 213,1 | 2 207,3 | 2 203,3 | 2 240,4 |
| * darunter Frauen | " | 910,5 | 934,5 | 927,1 | 932,8 | 954,1 | 955,8 | 957,0 | 952,2 | 970,2 |
| Ausländer | " | 217,1 | 223,3 | 221,3 | 220,1 | 231,0 | 230,4 | 229,3 | 228,5 | 231,9 |
| * Teilzeitbeschäftigte | " | 301,8 | 321,7 | 306,2 | 313,3 | 325,6 | 331,0 | 334,5 | 337,9 | 341,8 |
| darunter Frauen | " | 262,6 | 274,5 | 264,8 | 269,2 | 277,1 | 279,8 | 282,4 | 284,9 | 287,8 |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen: | | | | | | | | | | |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | " | 14,0 | 13,9 | 14,1 | 12,6 | 14,1 | 12,5 | 12,8 | 13,8 | 14,1 |
| darunter Frauen | " | 3,7 | 3,7 | 3,7 | 3,5 | 3,8 | 3,5 | 3,6 | 3,7 | 3,8 |
| * Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe | " | 553,4 | 548,9 | 556,8 | 550,9 | 555,0 | 552,5 | 549,9 | 545,8 | 551,2 |
| darunter Frauen | " | 141,1 | 139,9 | 142,4 | 140,7 | 141,9 | 141,0 | 141,0 | 140,0 | 140,8 |
| * Baugewerbe | " | 130,1 | 125,2 | 133,6 | 127,7 | 127,9 | 122,4 | 117,9 | 120,4 | 123,5 |
| darunter Frauen | " | 15,6 | 15,2 | 15,7 | 15,6 | 15,4 | 15,1 | 14,9 | 14,7 | 14,9 |
| * Handel, Gastgewerbe und Verkehr | " | 532,8 | 554,2 | 542,4 | 547,9 | 566,0 | 567,3 | 562,7 | 562,5 | 571,7 |
| darunter Frauen | " | 235,5 | 244,2 | 239,6 | 242,5 | 249,1 | 250,0 | 248,6 | 248,4 | 252,9 |
| * Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen | " | 406,1 | 442,0 | 421,6 | 426,8 | 454,0 | 456,6 | 464,6 | 465,5 | 475,3 |
| darunter Frauen | " | 187,2 | 201,9 | 193,9 | 196,1 | 207,8 | 208,7 | 212,2 | 211,9 | 216,9 |
| * öffentliche und private Dienstleister | " | 486,3 | 489,8 | 492,5 | 496,3 | 498,7 | 500,6 | 498,4 | 494,2 | 504,4 |
| darunter Frauen | " | 327,0 | 329,3 | 331,2 | 334,0 | 335,7 | 337,0 | 336,4 | 333,2 | 340,7 |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengeneinheit | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
|---|----------------------------|--------------|---------|---------|---------|----------|---------|---------|---------|---------|
| | | Durchschnitt | | April | Mai | Juni | März | April | Mai | Juni |
| LANDWIRTSCHAFT | | | | | | | | | | |
| Schlachtungen ¹⁾ : | | | | | | | | | | |
| Rinder | Anzahl | 7 302 | 6 299 | 5 724 | 4 317 | 6 625 | 6 961 | 6 954 | 5 806 | 4 596 |
| Kälber | " | 350 | 224 | 342 | 167 | 168 | 393 | 252 | 291 | 234 |
| Schweine | " | 102 959 | 95 275 | 92 811 | 95 692 | 90 824 | 87 268 | 91 218 | 83 745 | 79 480 |
| darunter hausgeschlachtet | " | 7 765 | 7 524 | 7 638 | 4 357 | 3 710 | 7 924 | 6 548 | 3 658 | 2 222 |
| Schlachtmengen ²⁾ : | | | | | | | | | | |
| * Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von | Tonnen | 11 148 | 10 351 | 10 326 | 10 319 | 10 698 r | 9 911 | 10 475 | 9 952 | 9 205 |
| * Rindern (ohne Kälber) | " | 2 032 | 1 679 | 1 519 | 1 239 | 2 040 | 1 876 | 1 940 | 1 667 | 1 364 |
| * Kälbern | " | 33 | 20 | 32 | 13 | 17 | 31 | 15 | 11 | 18 |
| * Schweinen | " | 8 686 | 8 103 | 7 853 | 8 422 | 8 022 | 7 402 | 7 996 | 7 538 | 7 227 |
| Geflügel: | | | | | | | | | | |
| * Geflügelfleisch ³⁾ | " | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| * Erzeugte Konsumier ⁴⁾ | 1000 St. | 31 856 | 31 198 | 30 456 | 34 794 | 32 422 | 31 946 | 27 520 | 31 781 | 29 760 |
| Milcherzeugung: | | | | | | | | | | |
| Kuhmilcherzeugung | Tonnen | 84 688 | 87 754 | 87 137 | 95 793 | 94 249 | 87 750 | 88 830 | 91 727 | 87 583 |
| * darunter an Molkereien u. Händler geliefert | " | 80 642 | 83 707 | 83 496 | 92 030 | 90 019 | 84 026 | 85 226 | 88 002 | 84 033 |
| Milchleistung je Kuh und Tag | kg | 15,8 | 18,2 | 18,4 | 19,5 | 19,9 | 17,2 | 18,0 | 18,0 | 17,8 |
| VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾ | | | | | | | | | | |
| * Betriebe | Anzahl | 3 295 | 3 289 | 3 308 | 3 308 | 3 307 | 3 213 | 3 212 | 3 211 | 3 205 |
| * Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubl.) | 1000 | 459,5 | 458,5 | 458,3 | 458,4 | 460,1 | 446,8 | 444,9 | 443,9 | 443,6 |
| * Geleistete Arbeiterstunden | " | 271,1 | 269,6 | 269,9 | 269,8 | 271,2 | 260,8 | 259,7 | 259,1 | 259,2 |
| * Brutto Lohnsumme | Mill. EUR | 34 952 | 34 156 | 33 334 | 35 807 | 33 024 | 32 821 | 33 956 | 31 155 | 32 293 |
| * Bruttogehaltssumme | " | 660,8 | 667,4 | 644,1 | 710,6 | 682,6 | 605,4 | 632,3 | 685,0 | 668,5 |
| * Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon | " | 739,6 | 754,1 | 749,8 | 798,3 | 784,8 | 719,5 | 753,7 | 784,0 | 769,7 |
| * Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | " | 6 864,5 | 6 976,7 | 6 598,3 | 7 227,7 | 7 058,9 | 6 859,8 | 6 975,5 | 6 683,8 | 7 146,9 |
| * Vorleistungsgüterproduzenten | " | 2 993,6 | 3 002,0 | 2 947,6 | 3 186,4 | 3 000,0 | 3 054,3 | 3 189,3 | 3 000,6 | 3 133,1 |
| * Investitionsgüterproduzenten | " | 2 170,0 | 2 184,3 | 1 960,0 | 2 208,2 | 2 293,4 | 2 065,6 | 2 031,7 | 1 964,5 | 2 283,9 |
| * Gebrauchsgüterproduzenten | " | 225,5 | 256,0 | 228,5 | 250,1 | 253,3 | 271,5 | 238,4 | 221,3 | 280,0 |
| * Verbrauchsgüterproduzenten | " | 1 475,5 | 1 534,4 | 1 462,2 | 1 582,9 | 1 512,2 | 1 468,4 | 1 516,1 | 1 497,3 | 1 459,8 |
| * darunter Auslandsumsatz | " | 2 564,7 | 2 621,9 | 2 513,9 | 2 685,5 | 2 724,3 | 2 641,1 | 2 761,8 | 2 667,3 | 2 887,5 |
| Exportquote ⁶⁾ | % | 37,4 | 37,6 | 38,1 | 37,2 | 38,6 | 38,5 | 39,6 | 39,9 | 40,3 |
| Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾ insgesamt | 1995 = 100 % ⁸⁾ | 6,7 | - 2,2 | - 0,9 | - 6,7 | - 2,6 | - 14,2 | 7,8 | 0,0 | - 1,3 |
| davon | " | | | | | | | | | |
| Vorleistungsgüterproduzenten | " | 5,6 | - 1,9 | - 0,1 | - 6,8 | - 3,6 | - 6,1 | 14,8 | 7,0 | 7,9 |
| Investitionsgüterproduzenten | " | 9,2 | - 3,6 | - 0,9 | - 9,6 | - 5,9 | - 25,5 | 1,8 | - 8,8 | - 9,2 |
| Gebrauchsgüterproduzenten | " | 10,5 | - 10,6 | - 28,1 | 4,7 | - 7,2 | - 15,1 | - 2,6 | - 29,2 | 12,7 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | " | 2,9 | 5,4 | 12,4 | 2,4 | 17,5 | - 16,7 | - 6,5 | 4,1 | - 23,7 |
| Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen: | | | | | | | | | | |
| Chemische Industrie | % ⁹⁾ | 6,7 | 2,2 | 2,4 | - 4,8 | 9,6 | - 2,2 | 15,7 | 5,2 | - 9,5 |
| Maschinenbau | " | 15,8 | - 9,4 | - 13,0 | - 5,0 | - 14,8 | - 11,3 | 15,9 | 27,5 | - 1,3 |
| Kraftwagen und -teile | " | - 9,3 | 4,2 | 24,7 | - 12,3 | - 4,2 | - 16,8 | 1,3 | 2,9 | 22,3 |
| Herstellung von Metallerezeugnissen | " | 5,5 | - 3,4 | 1,4 | - 5,1 | - 3,6 | - 17,1 | - 3,6 | - 11,0 | - 6,2 |
| ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG | | | | | | | | | | |
| * Betriebe ¹⁰⁾ | Anzahl | 93 | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 |
| * Beschäftigte ¹¹⁾ | " | 19 131 | 18 366 | 18 302 | 18 255 | 18 252 | 18 161 | 18 123 | 18 030 | 18 071 |
| * darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubl.) | " | 8 704 | 7 826 | 7 837 | 7 833 | 7 831 | 7 368 | 7 343 | 7 226 | 7 189 |
| * Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾ | 1000 h | 1 109 | 991 | 927 | 1 027 | 913 | 2 244 | 2 302 | 2 132 | 2 189 |
| * Brutto Lohnsumme | Mill. EUR | 24,3 | 23,2 | 32,3 | 20,4 | 21,5 | 19,3 | 21,3 | 19,8 | 21,3 |
| * Bruttogehaltssumme | " | 36,5 | 39,0 | 42,1 | 33,3 | 38,8 | 36,9 | 40,2 | 37,7 | 42,6 |
| * Stromerzeugung (brutto) | Mill. kWh | 2 128,5 | ... | 2 748,2 | 2 547,7 | 2 492,4 | ... | ... | ... | ... |
| * Stromverbrauch ¹¹⁾ | " | 2 895,0 | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengeneinheit | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
|---|-------------------------|--------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | Durchschnitt | | April | Mai | Junl | März | April | Mai | Junl |
| HANDWERK | | | | | | | | | | |
| * Beschäftigte | 1996 – 100 | 93,0 | 90,6 | . | . | 89,7 | 87,6 | . | . | ... |
| * Umsatz | " | 103,0 | 101,9 | . | . | 101,8 | 85,4 | . | . | ... |
| BAUGEWERBE | | | | | | | | | | |
| Bauhauptgewerbe ¹⁾ | | | | | | | | | | |
| * Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter | 1000 | 60,7 | 58,0 | 57,9 | 57,4 | 57,5 | 54,6 | 55,5 | 55,1 | 54,2 |
| Facharbeiter ²⁾ | " | 32,0 | 30,1 | 30,1 | 29,5 | 29,7 | 28,2 | 28,6 | 28,5 | 28,3 |
| Fachwerker und Werker | " | 9,5 | 9,0 | 8,9 | 9,0 | 9,0 | 8,1 | 8,2 | 8,1 | 8,1 |
| gewerblich Auszubildende | " | 2,9 | 2,7 | 2,7 | 2,7 | 2,5 | 2,6 | 2,6 | 2,6 | 2,4 |
| * Geleistete Arbeitsstunden darunter | 1000 h | 5 756 | 5 381 | 5 309 | 6 041 | 5 500 | 4 897 | 5 657 | 5 124 | 5 417 |
| Wohnungsbau | " | 2 214 | 2 037 | 1 998 | 2 239 | 2 052 | 1 895 | 2 200 | 2 036 | 2 068 |
| gewerblicher Bau | " | 1 716 | 1 581 | 1 554 | 1 740 | 1 547 | 1 456 | 1 536 | 1 406 | 1 494 |
| öffentlicher und Straßenbau | " | 1 798 | 1 730 | 1 725 | 2 009 | 1 858 | 1 525 | 1 894 | 1 657 | 1 816 |
| * Brutto Lohnsumme | Mill. EUR | 96,2 | 90,8 | 93,9 | 95,4 | 90,8 | 76,2 | 91,2 | 88,8 | 82,5 |
| * Bruttogehaltssumme | " | 40,0 | 38,3 | 38,0 | 36,6 | 41,1 | 35,5 | 38,8 | 38,4 | 41,7 |
| * Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter | " | 511,9 | 512,8 | 410,5 | 514,5 | 560,8 | 392,0 | 438,5 | 467,3 | 492,2 |
| Wohnungsbau | " | 156,4 | 141,1 | 117,2 | 145,3 | 144,9 | 121,9 | 135,2 | 132,1 | 137,8 |
| gewerblicher Bau | " | 209,3 | 226,3 | 179,7 | 231,1 | 259,1 | 154,0 | 167,0 | 188,2 | 193,7 |
| öffentlicher und Straßenbau | " | 146,9 | 144,3 | 112,6 | 135,9 | 154,6 | 114,8 | 134,4 | 145,6 | 158,5 |
| * Index des Auftragsleistungsgangs ³⁾ darunter | 1995–100 | 85,1 | 81,4 | 76,1 | 104,1 | 100,7 | 86,9 | 81,1 | 70,3 | 96,2 |
| Wohnungsbau | " | 53,2 | 46,0 | 48,8 | 59,7 | 62,0 | 45,2 | 40,3 | 39,4 | 46,4 |
| gewerblicher Bau | " | 99,6 | 90,9 | 90,2 | 125,7 | 120,6 | 95,4 | 82,4 | 55,1 | 88,2 |
| öffentlicher und Straßenbau | " | 84,9 | 89,1 | 73,6 | 101,7 | 97,2 | 99,3 | 102,0 | 106,2 | 133,5 |
| Ausbaugewerbe ⁴⁾ | | | | | | | | | | |
| * Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾ | 1000 | 24,6 | 23,8 | . | . | 23,7 | 23,3 | . | . | 23,1 |
| * Geleistete Arbeitsstunden | 1000 h | 7 148 | 6 962 | . | . | 6 787 | 6 304 | . | . | 6 504 |
| * Brutto Lohnsumme | Mill. EUR | 115,1 | 111,9 | . | . | 109,8 | 104,1 | . | . | 107,5 |
| * Bruttogehaltssumme | " | 57,4 | 57,2 | . | . | 58,0 | 56,2 | . | . | 60,0 |
| * Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | " | 626,6 | 613,9 | . | . | 614,0 | 436,2 | . | . | 564,9 |
| BAUGENEHMIGUNGEN | | | | | | | | | | |
| * Wohngebäude (Neubau) | Anzahl | 913 | 768 | 798 | 862 | 811 | 848 | 810 | 752 | 847 |
| * darunter mit 1 oder 2 Wohnungen | " | 818 | 679 | 712 | 759 | 694 | 783 | 731 | 658 | 756 |
| * Umbauter Raum der Wohngebäude | 1000 m ³ | 1 021 | 926 | 919 | 1 037 | 1 145 | 850 | 887 | 865 | 942 |
| * Wohnfläche in Wohngebäuden | 1000 m ² | 188 | 170 | 168 | 187 | 210 | 155 | 169 | 166 | 179 |
| * Veranschlagte Kosten der Bauwerke | 1000 EUR | 219 128 | 204 157 | 203 442 | 220 186 | 249 608 | 191 164 | 206 088 | 200 817 | 218 552 |
| * Nichtwohngebäude (Neubau) | Anzahl | 245 | 207 | 193 | 214 | 225 | 124 | 164 | 156 | 125 |
| * Umbauter Raum der Nichtwohngebäude | 1000 m ³ | 875 | 1 333 | 1 320 | 1 158 | 1 568 | 537 | 1 363 | 873 | 641 |
| * Nutzfläche in Nichtwohngebäuden | 1000 m ² | 186 | 224 | 213 | 212 | 264 | 92 | 358 | 155 | 1 260 |
| * Veranschlagte Kosten der Bauwerke | 1000 EUR | 167 702 | 198 009 | 218 686 | 195 282 | 243 160 | 66 759 | 422 269 | 156 376 | 106 404 |
| * Wohnungen insgesamt ⁶⁾ | Anzahl | 1 968 | 1 817 | 1 800 | 2 092 | 2 255 | 1 543 | 1 723 | 1 830 | 1 925 |
| * Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾ | " | 10 306 | 9 021 | 9 131 | 10 666 | 10 702 | 8 214 | 9 188 | 9 164 | 9 585 |
| GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE | | | | | | | | | | |
| Großhandel | | | | | | | | | | |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — real | 1995 – 100 | 100,8 | 91,9 | 91,1 | 97,2 | 95,3 | 89,1 | 87,8 | 80,9 | 87,7 |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal | " | 100,4 | 93,0 | 93,4 | 99,9 | 95,8 | 90,3 | 90,2 | 83,2 | 88,3 |
| * Beschäftigte im Großhandel (Index) | " | 82,2 | 82,0 | 82,1 | 81,6 | 81,2 | 80,2 | 80,1 | 79,9 | 80,0 |
| Einzelhandel | | | | | | | | | | |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — real | 1995 – 100 | 99,9 | 99,3 | 98,4 | 104,8 | 95,2 | 100,1 | 102,2 | 95,5 | 93,5 |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal | " | 103,0 | 103,9 | 102,7 | 109,9 | 100,2 | 105,7 | 106,0 | 100,9 | 98,8 |
| darunter (Einzelhandel mit) | | | | | | | | | | |
| Kraftfahrzeugen ⁸⁾ ; Tankstellen | " | 111,2 | 113,7 | 116,4 | 127,7 | 118,1 | 125,9 | 130,1 | 117,3 | 121,5 |
| Waren verschiedener Art ⁹⁾ | " | 101,4 | 103,5 | 102,5 | 104,9 | 100,4 | 107,0 | 102,5 | 103,1 | 98,2 |
| Apotheken ¹⁰⁾ | " | 126,0 | 134,4 | 129,3 | 137,9 | 131,7 | 134,0 | 163,5 | 129,7 | 131,1 |
| Bekleidung | " | 87,2 | 88,1 | 87,3 | 90,3 | 76,8 | 86,1 | 81,9 | 83,2 | 78,6 |
| Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾ | " | 88,0 | 87,4 | 85,2 | 88,1 | 80,0 | 80,7 | 80,4 | 71,6 | 70,2 |
| Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾ | " | 107,0 | 104,8 | 112,8 | 131,5 | 109,9 | 111,3 | 122,2 | 119,7 | 118,6 |
| * Beschäftigte im Einzelhandel | " | 87,3 | 86,0 | 85,6 | 85,7 | 85,4 | 84,9 | 84,6 | 84,2 | 84,5 |
| Gastgewerbe | | | | | | | | | | |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — real | 1995 – 100 | 92,1 | 90,3 | 85,7 | 98,2 | 91,4 | 83,7 | 87,9 | 85,4 | 85,9 |
| * Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal | " | 97,6 | 97,4 | 92,0 | 105,4 | 99,1 | 92,2 | 97,1 | 95,3 | 96,8 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis | " | 108,9 | 106,5 | 93,8 | 120,8 | 108,1 | 94,9 | 107,7 | 103,1 | 107,2 |
| Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen | " | 91,0 | 90,9 | 88,1 | 97,4 | 93,9 | 89,4 | 90,6 | 90,6 | 87,6 |
| Kantinen und Caterer | " | 107,9 | 109,2 | 106,8 | 110,6 | 112,7 | 107,9 | 107,3 | 104,7 | 111,1 |
| * Beschäftigte im Gastgewerbe (Index) | " | 83,8 | 85,4 | 87,4 | 85,8 | 84,1 | 82,9 | 83,0 | 82,2 | 81,7 |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Poller und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Sanierung aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengeneinheit | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
|---|-------------------------|--------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | Durchschnitt | | Febr. | März | April | Jan. | Febr. | März | April |
| AUSSENHANDEL | | | | | | | | | | |
| * Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ | Mill. EUR | 2 504,1 | 2 635,8 | 2 660,3 | 2 788,9 | 2 607,1 | 2 330,1 | 2 517,3 | 2 665,4 | 2 671,0 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Güter der Ernährungswirtschaft | - | 60,1 | 62,6 | 49,2 | 46,1 | 80,7 | 62,4 | 64,6 | 64,5 | 60,1 |
| * Güter der gewerblichen Wirtschaft | - | 2 444,0 | 2 573,2 | 2 611,0 | 2 742,8 | 2 526,4 | 2 267,6 | 2 452,6 | 2 600,9 | 2 610,9 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Rohstoffe | - | 21,8 | 20,9 | 20,6 | 17,6 | 24,5 | 16,6 | 21,8 | 17,1 | 18,6 |
| * Halbwaren | - | 196,0 | 178,3 | 203,0 | 193,8 | 173,6 | 146,0 | 144,9 | 216,3 | 137,2 |
| * Fertigwaren | - | 2 226,2 | 2 374,0 | 2 387,4 | 2 531,3 | 2 328,2 | 2 105,1 | 2 285,9 | 2 367,5 | 2 455,1 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Vorerzeugnisse | - | 471,5 | 453,1 | 435,6 | 495,0 | 456,4 | 501,5 | 510,4 | 538,7 | 530,3 |
| * Enderzeugnisse | - | 1 754,6 | 1 920,9 | 1 951,8 | 2 036,2 | 1 871,8 | 1 603,5 | 1 775,5 | 1 828,8 | 1 924,8 |
| Unter den Fertigwaren waren | - | | | | | | | | | |
| chemische und pharmazeutische Erzeugnisse | - | ... | ... | ... | ... | ... | 675,8 | 725,4 | 743,5 | 750,3 |
| Maschinen | - | ... | ... | ... | ... | ... | 355,9 | 333,2 | 336,3 | 402,9 |
| Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör | - | ... | ... | ... | ... | ... | 171,8 | 211,9 | 193,8 | 247,4 |
| elektrotechnische Erzeugnisse | - | ... | ... | ... | ... | ... | 216,2 | 229,9 | 278,9 | 239,0 |
| Eisen- und Metallwaren | - | ... | ... | ... | ... | ... | 138,4 | 167,0 | 150,3 | 186,9 |
| davon nach | - | | | | | | | | | |
| * Europa | - | 1 729,4 | 1 823,9 | 1 915,6 | 1 854,2 | 1 852,9 | 1 655,6 | 1 764,3 | 1 880,9 | 1 890,4 |
| * darunter EU-Länder ²⁾ | - | 1 310,2 | 1 381,5 | 1 499,8 | 1 378,6 | 1 439,3 | 1 313,8 | 1 347,8 | 1 389,8 | 1 445,8 |
| * Afrika | - | 40,6 | 47,3 | 40,8 | 47,8 | 46,6 | 33,5 | 41,2 | 45,4 | 47,0 |
| * Amerika | - | 376,8 | 371,0 | 349,5 | 456,0 | 336,9 | 297,7 | 348,3 | 342,3 | 363,9 |
| * Asien | - | 333,8 | 360,0 | 321,1 | 396,0 | 326,8 | 325,6 | 344,2 | 366,7 | 347,7 |
| * Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete | - | 23,4 | 33,6 | 33,2 | 34,8 | 43,9 | 17,7 | 19,3 | 28,2 | 22,0 |
| * Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ | - | 4 481,1 | 4 250,2 | 4 264,8 | 4 503,5 | 4 638,2 | 3 373,5 | 3 453,0 | 3 838,4 | 4 457,8 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Güter der Ernährungswirtschaft | - | 176,9 | 189,7 | 159,8 | 180,0 | 216,1 | 170,2 | 178,2 | 151,7 | 196,2 |
| * Güter der gewerblichen Wirtschaft | - | 4 304,1 | 4 060,5 | 4 105,1 | 4 323,5 | 4 422,2 | 3 203,3 | 3 274,8 | 3 686,7 | 4 261,5 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Rohstoffe | - | 52,4 | 46,2 | 50,2 | 49,6 | 71,8 | 59,4 | 68,4 | 80,0 | 88,7 |
| * Halbwaren | - | 404,2 | 366,4 | 368,8 | 336,7 | 506,0 | 219,0 | 257,0 | 277,2 | 264,5 |
| * Fertigwaren | - | 3 847,5 | 3 628,0 | 3 686,1 | 3 937,1 | 3 844,4 | 2 924,9 | 2 949,4 | 3 329,6 | 3 908,4 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Vorerzeugnisse | - | 444,5 | 458,8 | 460,7 | 483,5 | 492,5 | 370,4 | 335,6 | 426,0 | 469,0 |
| * Enderzeugnisse | - | 3 403,1 | 3 169,2 | 3 225,4 | 3 453,7 | 3 351,8 | 2 554,5 | 2 613,9 | 2 903,5 | 3 439,4 |
| davon aus | - | | | | | | | | | |
| * Europa | - | 2 668,5 | 2 764,7 | 2 680,9 | 2 788,6 | 2 937,5 | 2 215,3 | 2 180,9 | 2 503,7 | 2 789,3 |
| * darunter EU-Länder ²⁾ | - | 2 070,6 | 2 134,7 | 2 054,1 | 2 154,8 | 2 272,6 | 1 712,0 | 1 594,4 | 1 902,5 | 2 160,8 |
| * Afrika | - | 106,3 | 91,0 | 81,7 | 74,6 | 152,3 | 42,1 | 83,8 | 80,5 | 102,7 |
| * Amerika | - | 809,4 | 662,6 | 770,2 | 829,0 | 664,2 | 466,1 | 552,6 | 469,4 | 879,8 |
| * Asien | - | 889,6 | 724,5 | 713,6 | 805,1 | 874,9 | 644,4 | 632,6 | 751,2 | 682,3 |
| * Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete | - | 7,4 | 7,4 | 8,5 | 6,2 | 9,4 | 5,5 | 3,1 | 6,6 | 3,6 |
| TOURISMUS ³⁾ | | | | | | | | | | |
| * Gästeankünfte | 1000 | 816 | 813 | 674 | 805 | 745 | 663 | 670 | 715 | 799 |
| * darunter von Auslandsgästen | - | 211 | 200 | 172 | 193 | 179 | 175 | 162 | 165 | 186 |
| * Gästeübernachtungen | - | 2 138 | 2 136 | 1 787 | 2 073 | 2 013 | 1 731 | 1 729 | 1 873 | 2 008 |
| * darunter von Auslandsgästen | - | 409 | 388 | 370 | 404 | 330 | 381 | 352 | 320 | 339 |
| Gästeübernachtungen nach Berichts- | - | | | | | | | | | |
| gemeindegruppen: | - | | | | | | | | | |
| Heilbäder | - | 644 | 643 | 557 | 614 | 625 | 518 | 541 | 598 | 606 |
| Luftkurorte | - | 131 | 124 | 81 | 100 | 117 | 77 | 82 | 95 | 102 |
| Erholungsorte | - | 98 | 98 | 62 | 65 | 99 | 49 | 61 | 67 | 79 |
| Sonstige Gemeinden | - | 1 265 | 1 270 | 1 087 | 1 292 | 1 172 | 1 086 | 1 046 | 1 114 | 1 220 |
| darunter Großstädte | - | 575 | 575 | 538 | 642 | 509 | 569 | 525 | 522 | 560 |
| VERKEHR | | | | | | | | | | |
| Binnenschifffahrt | - | | | | | | | | | |
| Güterumschlag insgesamt | 1000 t | 1 350 | 1 251 | 1 339 | 1 121 | 1 293 | 1 023 | 1 100 | 1 106 | 1 199 |
| davon | - | | | | | | | | | |
| * Güterversand | - | 226 | 213 | 212 | 169 | 200 | 221 | 181 | 194 | 236 |
| * Gütererpfang | - | 1 124 | 1 037 | 1 127 | 953 | 1 092 | 801 | 919 | 912 | 963 |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengeneinheit | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
|---|-------------------------|----------------------|----------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|--------|
| | | Durchschnitt | | April | Mal | Junl | März | April | Mal | Junl |
| Noch: VERKEHR | | | | | | | | | | |
| Straßenverkehr | | | | | | | | | | |
| * Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter | Anzahl | 30 577 | 30 179 | 33 205 | 36 838 | 33 017 | 36 071 | 32 639 | 30 005 | 34 994 |
| Personenkraftwagen ²⁾ | " | 26 145 | 26 040 | 27 477 | 31 219 | 27 351 | 28 921 | 27 351 | 25 957 | 30 670 |
| * Lkw (auch mit Spezialaufbau) | " | 1 868 | 1 745 | 1 995 | 2 026 | 1 980 | 1 584 | 1 639 | 1 458 | 1 786 |
| Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge | " | 1 998 | 1 791 | 2 956 | 2 880 | 3 040 | 4 703 | 2 980 | 1 951 | 1 968 |
| Zugmaschinen (zulassungspflichtige) | " | 287 | 298 | 354 | 332 | 320 | 350 | 352 | 347 | 305 |
| Straßenverkehrsunfälle | | | | | | | | | | |
| * Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾ | " | 3 097 | 3 095 | 2 953 | 3 250 | 3 141 | 10 459 | 11 626 | 11 769 | 11 280 |
| * darunter Unfälle mit Personenschaden | " | 2 252 | 2 252 | 2 115 | 2 554 | 2 389 | 1 863 | 2 335 | 2 407 | 2 477 |
| * Getötete Personen | " | 45 | 43 | 37 | 44 | 39 | 30 | 62 | 38 | 49 |
| * Verletzte Personen | " | 3 031 | 3 036 | 2 895 | 3 379 | 3 198 | 2 486 | 3 089 | 3 250 | 3 237 |
| Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾ | | | | | | | | | | |
| Beförderte Personen | 1000 | 39 561 | 39 236 | . | . | 114 624 | 116 634 | . | . | ... |
| davon im Linienverkehr ⁵⁾ | " | 39 083 | 38 805 | . | . | 113 120 | 115 879 | . | . | ... |
| Gelegenheitsverkehr | " | 478 | 431 | . | . | 1 505 | 754 | . | . | ... |
| Gefahrene Wagenkilometer | 1000 km | 24 402 | 24 208 | . | . | 73 421 | 64 621 | . | . | ... |
| davon im Linienverkehr ⁵⁾ | " | 19 432 | 19 596 | . | . | 55 986 | 57 463 | . | . | ... |
| Gelegenheitsverkehr | " | 4 970 | 4 612 | . | . | 17 455 | 7 157 | . | . | ... |
| Einnahmen | 1000 EUR | 41 158 | 81 840 | . | . | 124 928 | 117 395 | . | . | ... |
| davon aus Linienverkehr ⁵⁾ | " | 32 949 | 67 519 | . | . | 97 513 | 105 031 | . | . | ... |
| Gelegenheitsverkehr | " | 8 209 | 14 321 | . | . | 27 414 | 12 363 | . | . | ... |
| GELD UND KREDIT | | | | | | | | | | |
| Banken ⁶⁾ | | | | | | | | | | |
| Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) | Mill. EUR | 490 216 | 546 660 | . | . | 538 251 | . | . | . | . |
| darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾ davon | " | 399 113 | 415 013 | . | . | 405 950 | . | . | . | . |
| kurzfristige Kredite | " | 66 702 | 71 101 | . | . | 69 586 | . | . | . | . |
| Kredite über 1 Jahr ⁸⁾ | " | 332 411 | 343 912 | . | . | 336 364 | . | . | . | . |
| Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) | " | 378 514 | 435 068 | . | . | 427 474 | . | . | . | . |
| Insolvenzen | | | | | | | | | | |
| * Beantragte Insolvenzverfahren | Anzahl | 235 | 268 | 200 | 249 | 254 | 438 | 387 | 327 | ... |
| darunter mangels Masse abgelehnt | " | 123 | 122 | 89 | 108 | 121 | 116 | 77 | 71 | ... |
| davon | " | 153 | 167 | 125 | 153 | 171 | 221 | 169 | 141 | ... |
| * von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe | " | 24 | 29 | 23 | 22 | 19 | 125 | 122 | 110 | ... |
| * von natürlichen Personen als Gesellschaften u.ä. Nachlässe | " | 58 | 73 | 52 | 74 | 64 | 92 | 96 | 76 | ... |
| * von Verbrauchern | " | 105 028 | 246 041 | 147 169 | 251 778 | 397 726 | 376 495 | 143 259 | 302 908 | ... |
| * Voraussichtliche Forderungen | 1000 EUR | 105 028 | 246 041 | 147 169 | 251 778 | 397 726 | 376 495 | 143 259 | 302 908 | ... |
| GEWERBEANZEIGEN ⁹⁾ | | | | | | | | | | |
| * Gewerbebeanmeldungen | Anzahl | 5 360 | 5 303 | 5 001 | 5 209 | 4 693 | 5 401 | 5 085 | 4 940 | 4 736 |
| * Gewerbeabmeldungen | " | 4 783 | 4 762 | 4 172 | 4 299 | 4 164 | 4 696 | 4 279 | 4 033 | 4 353 |
| PREISE | | | | | | | | | | |
| * Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt | 1995 = 100 | 107,0 | 109,3 | 109,2 | 109,6 | 109,8 | 110,9 | 110,9 | 110,9 | 110,8 |
| darunter | " | 101,4 | 105,1 | 105,1 | 107,0 | 106,8 | 106,8 | 106,9 | 106,5 | 106,0 |
| Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke | " | 104,0 | 104,1 | 104,1 | 104,2 | 104,2 | 104,5 | 104,5 | 104,2 | 104,0 |
| Bekleidung, Schuhe | " | 110,7 | 113,5 | 113,2 | 113,4 | 113,8 | 115,0 | 114,9 | 114,9 | 114,8 |
| Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹⁰⁾ | " | 102,1 | 102,8 | 102,5 | 102,7 | 102,7 | 103,9 | 103,9 | 103,9 | 103,8 |
| Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹¹⁾ | " | 113,9 | 117,4 | 118,4 | 119,3 | 119,1 | 119,2 | 120,3 | 119,7 | 119,3 |
| Verkehr (einschl. Kraftstoffe) | " | 84,3 | 82,1 | 81,7 | 81,7 | 81,7 | 81,7 | 81,8 | 82,2 | 82,2 |
| Nachrichtenübermittlung | " | 104,9 | 106,6 | 105,6 | 105,4 | 106,3 | 107,9 | 105,9 | 106,9 | 107,1 |
| Freizeit, Unterhaltung, Kultur | " | 103,7 | 104,6 | 104,0 | 104,3 | 105,2 | 107,6 | 108,1 | 109,0 | 109,9 |
| Beherbergungs- und Gaststättenleistungen | " | 106,6 | 108,9 | 108,7 | 109,2 | 109,4 | 110,4 | 110,6 | 110,6 | 110,5 |
| * Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen | 1995 = 100 | 100,2 ¹²⁾ | 100,2 ¹²⁾ | . | 102,4 | . | . | . | 102,4 | . |
| * Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹²⁾ | 1995 = 100 | 100,2 ¹²⁾ | 100,2 ¹²⁾ | . | 102,4 | . | . | . | 102,4 | . |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 10) Und andere Brennstoffe. — 11) Sowie deren Instandhaltung. — 12) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 13) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

| Art der Angabe | Maß- bzw. Mengeneinheit | 2000 | 2001 | 2001 | | | 2002 | | | |
|---|-------------------------|----------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | Durchschnitt | | April | Mal | Junl | März | April | Mal | Junl |
| STEUERN | | | | | | | | | | |
| Steueraufkommen Insgesamt ¹⁾ | Mill. EUR | 3 553,2 | 3 471,6 | 3 365,0 | 2 767,8 | 4 927,1 | 2 084,2 | 2 782,5 | 2 793,4 | 3 266,5 |
| davon | | | | | | | | | | |
| Gemeinschaftssteuern | " | 3 129,5 | 3 014,8 | 2 909,4 | 2 328,1 | 4 514,6 | 1 592,7 | 2 307,0 | 2 447,5 | 2 835,9 |
| davon | | | | | | | | | | |
| Lohnsteuer ²⁾ | " | 1 487,1 | 1 513,6 | 1 475,7 | 1 460,5 | 1 556,2 | 1 496,9 | 1 472,4 | 1 399,5 | 1 528,0 |
| veranlagte Einkommensteuer | " | 76,5 | 64,1 | - 46,8 | - 46,0 | 387,8 | - 15,5 | 32,2 | - 50,6 | 414,2 |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag | " | 227,8 | 256,6 | 279,0 | 179,7 | 872,3 | 75,5 | 127,4 | 110,9 | 417,8 |
| Zinsabschlag ²⁾ | " | 224,9 | 265,7 | 268,2 | 247,8 | 213,8 | 238,9 | 230,4 | 194,4 | 165,7 |
| Körperschaftsteuer ²⁾ | " | 235,7 | 15,1 | 188,2 | - 459,8 | 626,6 | - 964,4 | - 229,7 | - 171,7 | - 529,5 |
| Umsatzsteuer | " | 716,8 | 745,4 | 592,0 | 775,5 | 686,1 | 631,8 | 565,3 | 803,6 | 702,4 |
| Einfuhrumsatzsteuer | " | 160,6 | 154,2 | 153,1 | 170,3 | 171,8 | 129,5 | 109,0 | 161,3 | 137,3 |
| Bundessteuern | " | 249,5 | 278,4 | 202,5 | 284,0 | 269,4 | 350,6 | 257,1 | 206,4 | 306,9 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Mineralölsteuer | " | 31,5 | 41,9 | 17,2 | 48,2 | 34,7 | 39,5 | 43,6 | 44,4 | 53,8 |
| Versicherungsteuer | " | 57,3 | 67,9 | 50,5 | 60,0 | 40,4 | 154,5 | 68,4 | 34,6 | 78,8 |
| Zölle ³⁾ | " | 13,2 | 11,5 | 9,7 | 11,3 | 21,4 | 8,6 | 6,9 | 10,7 | 8,5 |
| Landesteuern | " | 130,5 | 141,3 | 163,4 | 132,5 | 132,1 | 132,4 | 131,9 | 122,4 | 115,2 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Vermögensteuer | " | 5,7 | 3,3 | 7,3 | 3,5 | 3,5 | 2,8 | 0,9 | 1,3 | 5,3 |
| Erbschaftsteuer | " | 21,7 | 23,6 | 22,6 | 14,8 | 16,7 | 5,1 | 11,4 | 13,1 | 25,4 |
| Grunderwerbsteuer | " | 43,2 | 43,5 | 61,9 | 35,0 | 37,7 | 46,5 | 45,3 | 41,9 | 35,1 |
| Kraftfahrzeugsteuer | " | 44,3 | 53,2 | 57,1 | 61,8 | 57,3 | 54,7 | 58,4 | 51,2 | 49,8 |
| Gewerbsteuerumlage | " | 30,5 | 26,5 | 80,0 | 12,0 | 0,0 | 0,0 | 79,6 | 6,4 | 0,0 |
| | | 2000 | 2001 | 2000 | | 2001 | | | 2002 | |
| | | Durchschnitt ⁴⁾ | | Sept. | Dez. | März | Junl | Sept. | Dez. | März |
| Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände | Mill. EUR | 1 609,7 | 1 621,4 | 1 723,9 | 2 052,4 | 994,4 | 1 543,6 | 1 427,6 | 3 947,5 | 829,6 |
| davon | | | | | | | | | | |
| Grundsteuer A | " | 4,3 | 3,8 | 5,1 | 3,5 | 4,3 | 4,2 | 5,2 | 6,7 | 4,4 |
| Grundsteuer B | " | 150,8 | 185,3 | 164,6 | 123,7 | 150,0 | 171,4 | 170,7 | 249,3 | 139,7 |
| Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) | " | 742,2 | 648,7 | 886,7 | 645,1 | 683,8 | 624,6 | 603,0 | 1 286,2 | 520,5 |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | " | 621,6 | 844,0 | 580,5 | 1 129,9 | 136,4 | 656,0 | 563,8 | 2 019,9 | 147,5 |
| andere Steuern ⁵⁾ | " | 17,2 | 19,3 | 17,3 | 13,4 | 15,5 | 17,3 | 17,4 | 26,9 | 15,1 |
| | | 2000 | 2001 | 2000 | 2001 | | | 2002 | | |
| | | Durchschnitt ⁶⁾ | | Okt. | Jan. | April | Jul | Okt. | Jan. | April |
| VERDIENSTE ⁷⁾ | | | | | | | | | | |
| Arbeiterverdienste | | | | | | | | | | |
| Im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾ | | | | | | | | | | |
| * Bruttomonatsverdienst Insgesamt | EUR | 2 418 | 2 438 | 2 431 | 2 398 | 2 443 | 2 454 | 2 438 | 2 409 | 2 446 |
| * Männliche Arbeiter | " | 2 501 | 2 520 | 2 516 | 2 480 | 2 527 | 2 535 | 2 519 | 2 488 | 2 526 |
| darunter Facharbeiter | " | 2 656 | 2 674 | 2 672 | 2 638 | 2 684 | 2 693 | 2 667 | 2 637 | 2 668 |
| * Weibliche Arbeiter | " | 1 857 | 1 883 | 1 865 | 1 864 | 1 873 | 1 899 | 1 885 | 1 886 | 1 898 |
| darunter HilfsarbeiterInnen | " | 1 734 | 1 755 | 1 737 | 1 739 | 1 749 | 1 768 | 1 755 | 1 758 | 1 768 |
| * Bruttostundenverdienst Insgesamt | " | 14,74 | 14,89 | 14,77 | 14,80 | 14,93 | 14,93 | 14,86 | 14,87 | 15,02 |
| * Männliche Arbeiter | " | 15,21 | 15,36 | 15,24 | 15,30 | 15,42 | 15,39 | 15,31 | 15,35 | 15,48 |
| darunter Facharbeiter | " | 16,36 | 16,48 | 16,35 | 16,45 | 16,57 | 16,54 | 16,40 | 16,44 | 16,55 |
| * Weibliche Arbeiter | " | 11,49 | 11,66 | 11,52 | 11,50 | 11,59 | 11,74 | 11,70 | 11,68 | 11,81 |
| darunter HilfsarbeiterInnen | " | 10,62 | 10,72 | 10,62 | 10,61 | 10,66 | 10,78 | 10,76 | 10,74 | 10,83 |
| Angestelltenverdienste | | | | | | | | | | |
| (Bruttomonatsverdienste) | | | | | | | | | | |
| * Im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾ | " | 3 500 | 3 586 | 3 528 | 3 539 | 3 562 | 3 588 | 3 618 | 3 637 | 3 664 |
| * männlich | " | 3 757 | 3 843 | 3 787 | 3 794 | 3 818 | 3 846 | 3 876 | 3 890 | 3 915 |
| * weiblich | " | 2 778 | 2 863 | 2 803 | 2 825 | 2 839 | 2 865 | 2 891 | 2 913 | 2 939 |
| * kaufmännische Angestellte | " | 3 325 | 3 385 | 3 354 | 3 348 | 3 369 | 3 383 | 3 412 | 3 438 | 3 464 |
| * technische Angestellte | " | 3 656 | 3 765 | 3 684 | 3 708 | 3 733 | 3 772 | 3 802 | 3 814 | 3 839 |
| * In Handel ⁹⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe | " | 2 936 | 3 060 | 2 968 | 2 999 | 3 033 | 3 070 | 3 095 | 3 323 | 3 331 |
| * männlich | " | 3 238 | 3 380 | 3 272 | 3 312 | 3 353 | 3 392 | 3 415 | 3 675 | 3 699 |
| * weiblich | " | 2 514 | 2 617 | 2 542 | 2 566 | 2 593 | 2 624 | 2 649 | 2 796 | 2 784 |
| * kaufmännische Angestellte | " | 2 950 | 3 077 | 2 980 | 3 018 | 3 050 | 3 087 | 3 111 | 3 325 | 3 323 |
| * Bruttomonatsverdienste aller Angestellten Im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe | " | 3 163 | 3 270 | 3 193 | 3 217 | 3 244 | 3 276 | 3 303 | 3 443 | 3 458 |

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Daten zur Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen 1950 bis 2000



Printversion:

Umfang 74 Seiten, Format: DIN A 4
Einband: kartoniert, Preis: 6,00 Euro
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 6,00 Euro
(zuzügl. Versandkosten)



Wie viele Einwohner hatte Hessen 1950?

Wie entwickelten sich Produzierendes Gewerbe oder Außenhandel innerhalb der letzten 50 Jahre?

Wie viele landwirtschaftliche Betriebe gaben in diesem Zeitraum auf?

Diese und andere Fragen beantwortet diese nunmehr in der 5. Ausgabe erschienene Veröffentlichung. Sie trägt damit dem steigenden Bedarf an vergleichbaren Daten zur Beurteilung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung und für mittel- und längerfristige Vorausschätzungen Rechnung. Wenngleich damit nicht für alle Bereiche lange Reihen seit 1950 nachgewiesen werden können, so wird doch an den in dieser Veröffentlichung enthaltenen Eckdaten die langjährige Kontinuität der amtlichen Statistik deutlich. Für die Jahre 1950 bis 2000 beinhaltet die Neuerscheinung Grunddaten aus folgenden Bereichen:

- Bevölkerungs- und Bildungsstatistik,
- Rechtspflege,
- Wahlen,
- Erwerbstätigkeit,
- Wirtschaftsstatistik,
- Öffentliche Sozialleistungen,
- Öffentliche Finanzen,
- Steuern,
- Geld und Kredit,
- Preise und Verdienste,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung,
- Umwelt.

Daneben werden vielfach auch Verhältnis- und Messzahlen sowie Veränderungsdaten ausgewiesen.

W-141

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 • Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de • Internet: www.hsl.de

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 86. Jg. (2002); Heft 3, ca. 140 Seiten, kartoniert, Jahresband (4 Hefte) 112,15 Euro; Physica-Verlag, Heidelberg, 2002.

Das „Archiv“ enthält folgende Abhandlungen: Dickey-Fuller cointegration tests in the presence of regime shifts at known time (U. Hassler); An attempt to estimate unemployment in Wielkopolska region (E. Golata); Revisiting two poverty indexes (G. Kockläuner); Comparison of high-breakdown-point estimators for image denoising (C. H. Müller); An investigation on the bias reduction in linear variety of ratio-cum-product estimator (H. P. Singh, S. Singh, D. S. Tracy); Imposed linear structures in conventional sampling theory (F. Pokropp); Inhomogene Hochrechnungsfaktoren bei der Mikrosimulation: Probleme und Lösungssätze (T. Sauerbier, H.-D. Heike); die „Rundschau“ enthält folgende Beiträge: Zur Eignung eines Verbraucherpreisindex und eines Lebenshaltungskostenindex als Inflationsmaßstab (H.-A. Leifer); Verkettung gegensätzlicher Positionen zu Indexfragen (A. Rainer). 4659/87

Altersteilzeit von Arbeitnehmern in Öffentlichen Verwaltungen, Einrichtungen, Unternehmen und Sparkassen

Von D. Drespa, F. Meyer u. J. Slawik, Loseblattsammlung in 1 Plastikordner, Grundwerk 2001, ca. 832 Seiten, 60,00 Euro, Luchterhand, Neuwied, 2001.

Um Auszubildenden und Arbeitslosen Beschäftigungschancen zu eröffnen, wird nun auch im öffentlichen Dienst älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein gleitender Übergang in den Ruhestand ermöglicht. Die Bundesanstalt für Arbeit fördert das Verfahren finanziell; es wird außerdem sozialverträglich gehandhabt. Gleichwohl ist das Regelwerk — gestaltet vom Gesetzgeber und von den Tarifvertragsparteien — außerordentlich kompliziert und umfangreich. Die Loseblattsammlung will die zahlreichen daraus resultierenden Fragen detailliert und vor allem praxisorientiert beantworten. Im Einzelnen werden behandelt: Voraussetzungen und Möglichkeiten der Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit, tarifliche Sonderleistungen, zusatzversorgungsrechtliche Fragen, Art und Umfang der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit (einschl. der Durchführungsanweisungen) und sozialversicherungsrechtliche Aspekte. Konkrete Berechnungsbeispiele ergänzen die Ausführungen. Selbstverständlich sind auch die Texte des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit im Lieferumfang enthalten; daneben ist auch eine Kommentierung des Tarifvertrages zu finden. Die Loseblattsammlung wird durch Ergänzungslieferungen auf dem aktuellen Stand gehalten. 7063

Hessen Jahrbuch 2001

Ministerien, Behörden, Kommunen, Verbände, Einrichtungen des öffentlichen Lebens. 2. Jahrgang, X und 394 Seiten, kartoniert, 128,00 DM, K. G. Saur Verlag, München, 2001.

Das „Hessen Jahrbuch“ liefert dem Benutzer eine umfassende Darstellung der staatlichen Verwaltung und ihrer Strukturen sowie von Einrichtungen des öffentlichen Lebens in Hessen. Das Werk gibt Auskunft über den Landtag (mit Ansprechpartnern) und seine Mitglieder (Name und Anschrift), über den Organisationsaufbau der Staats-

kanzlei und der Ministerien (Ansprechpartner und Telefonnummern) einschl. deren nachgeordneten Behörden und Ämtern (mit Anschrift, Telefon- und Telefaxnummern, E-Mail- und Internetadressen) und über die Gerichtsbarkeit. Enthalten sind auch die Anschriften und Kontaktangaben der hessischen Kommunen und kommunalen Verbände. Daneben enthält es auch Informationen über den Deutschen Bundestag und seine hessischen Mitglieder sowie über die wichtigsten Behörden und Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland. Das „Hessen Jahrbuch“ verzeichnet darüber hinaus Interessenverbände, Vereinigungen, Stiftungen und andere Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, diplomatische und konsularische Vertretungen, Kirchenbehörden, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Archive Museen, Krankenhäuser und das Kreditgewerbe. Enthalten sind ferner ein umfangreiches Personen-, Sach- und Institutionenregister. Die Gliederung des Jahrbuchs lehnt sich weitgehend an die Geschäftsbereiche der Ministerien an. Innerhalb der Kapitel werden die Einträge nach systematischen Gesichtspunkten geordnet und aufgelistet. Die Angaben zu den im Jahrbuch verzeichneten Einrichtungen sind auch als seriendrucktaugliche Datenbank auf Diskette erhältlich. 7062

Steuerrecht I

Abgabenordnung, Bewertungsrecht, Erbschaftssteuer, Schenkungssteuer, Umsatzsteuer. Von R. Halaczinsky, R. Sikorski u. W. Sirsch, 5. verbesserte und erweiterte Auflage, Band 3 der Reihe „Der Bilanzbuchhalter“, XIII und 354 Seiten, kartoniert, 23,00 Euro, C. H. Beck, München, 2001.

Eigentlich sind es drei Bücher, die im vorliegenden Band zusammengefasst sind. Teil 1 behandelt das „Grundgesetz“ des Steuerrechts, die Abgabenordnung. Dabei kann die Darstellung des eigentlich eher „trockenen“ Stoffes als gelungen gelten. Dem Aufbau des Gesetzeswerkes folgend stellt er die vielfältigen Regelungen in einen logischen Zusammenhang und erläutert die Essenz der 415 Paragraphen in kompakter, aber sehr verständlicher Form. Fast jede Bestimmung wird durch ein kurzes Beispiel verdeutlicht, sodass der Leser ihre Bedeutung sowie die Abgrenzung zu anderen Regeln rasch versteht. Der vom Umfang her etwas größere zweite Teil stellt das Bewertungsrecht und die Erbschafts- und Schenkungssteuer dar. Wie komplex und vertrackt der Gegenstand ist, spiegelt sehr deutlich die Darstellung des Bewertungsgesetzes wider. Trotz zusammenfassender Schaubilder und Beispiele fordert der vielfach aufzählende und auf Vollständigkeit bedachte Text dem Leser ein hohes Maß an Konzentration ab. Die klare Gliederung und das sehr ausführliche Inhaltsverzeichnis sind dabei notwendiges Gerüst, um nicht den Überblick zu verlieren. Die Darstellung des Erbschafts- und Schenkungssteuerrechts dagegen ist — der Sache entsprechend — weit anschaulicher und leichter zu fassen. Der dritte und letzte Teil des Buches schließlich bietet eine kompakte Darstellung des Umsatzsteuerrechts. Trotz des relativ knappen Umfangs geht der Autor auf alle relevanten Aspekte der Umsatzsteuer ein und erklärt insbesondere die wichtigen Begriffe „Lieferung“, „Ort der Lieferung“, „sonstige Leistung“, „Zeitpunkt und Ort der sonstigen Leistung“ etc. sehr genau und im wörtlichen Sinne „beispielhaft“. Gerade bei den oft erforderlichen genauen Abgrenzungen der Begriffe kommt dem Leser zugute, dass vielen Detaillierungen eine kurze übersichtliche Einleitung vorangestellt ist, aus der die Grundzüge bereits erkennbar und in ihrer Logik verstehbar sind. Die fachlich versierte, gut lesbare Darstellung wird nur unwesentlich getrübt durch die hin und wieder auftretenden (mittlerweile) veralteten Rechtsstände. Eine engmaschige Randnummerierung in Verbindung mit einem ausführlichen Register am Ende jeden Teils qualifiziert die Darstellung neben einem Kurzlehrbuch auch zu einem hervorragenden Nachschlagewerk. 7054



BUCHBESPRECHUNGEN

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Caciör, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 182,00 Euro einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 4/02 bis 6/02: Neuordnung der betriebl. Altersversorgung im öffentlichen Dienst — Teil II / Die Rechtsnatur arbeitsrechtlicher Zielvereinbarungen / Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Bewertung von Beamtenfunktionen / Vom BAT/MTArb zur Ortsüblichkeit / Anmerkungen zum Arbeitsrecht im neuen BGB / Das Versorgungsänderungsgesetz 2001 — Teil I / Gerechtigkeit und Methode / Das neue Befristungsrecht an Hochschulen und Forschungseinrichtungen (§§ 57 a bis 57 f HRG n. F.) / Stock-Options und sonstige Mitarbeiterbeteiligungen aus arbeitsrechtlicher Sicht / Das Versorgungsänderungsgesetz 2001 — Teil II / Tarifverträge/Organisationsvertrag bei der Postbank. 6133-40

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 – auf Diskette lieferbar,  – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

| | |
|--|-----------|
| Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2001; (A I 1 mit A I 2, A I 4, A I 1, A III 1, A V 1, A V 2 - hj 2/01); (G) | 6,00 Euro |
|  , Excel | 6,00 Euro |
| Hochschulprüfungen in Hessen 2001; (B III 3 - j/01) | 4,00 Euro |
|  , Excel | 4,00 Euro |
| Der Lehrernachwuchs für das Lehramt an allgemein bildenden Schulen und an beruflichen Schulen in Hessen 2002 (Stand: 15. Mai 2002); (B III 2 - j/02) | 3,00 Euro |
|  , Excel | 3,00 Euro |
| Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2001 (Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik); (B II 5 - j/01) | 5,00 Euro |
| Die beruflichen Schulen in Hessen 2001; Teil 1: Berufsschulen (Stand: 1. November 2001); (B II 1 - j/01); (K) | 6,00 Euro |
|  , Excel | 6,00 Euro |
| Flächenerhebung in Hessen 2001 (Geplante Nutzung); (C I 1/S - 2 - 4j/01); (K) | 2,00 Euro |
| Schlachtungen in Hessen im Mai 2002; (C III 2 - m 5/02) | 2,50 Euro |
| Potenzial an Schlachtungen in Hessen im Jahr 2001; (C III 2/S - j/01); (K) | 2,50 Euro |
| Die Bodennutzung in Hessen 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (C I 1 - j/02) | 2,50 Euro |
|  , Excel | 2,50 Euro |
| Gewerbeanzeigen in Hessen im 1. Vierteljahr 2002; (D I 2 - vj 1/02); (K) | 3,00 Euro |
|  , Excel | 3,00 Euro |
| Das Ausbaugewerbe in Hessen im 1. Vierteljahr 2002 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 1/02); (K) | 3,00 Euro |
| Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 5/02); (K) | 3,00 Euro |

| | |
|--|-----------|
| Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2002; (E I 1 - m 5/02); (K) | 4,00 Euro |
|  , Excel | 4,00 Euro |
| Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2002; (E I 3 - m 5/02) | 4,00 Euro |
| Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2002; (F II 1 - m 5/02); (K) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 3/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 4/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 5/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Januar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 1/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Februar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 2/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 3/02) | 3,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 4/02) | 3,00 Euro |
| Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 4/02); (G) | 4,00 Euro |
| Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 5/02) | 3,00 Euro |
|  , Excel | 3,00 Euro |
| Binnenschifffahrt in Hessen im April 2002; (H II 1 - m 4/02) | 3,00 Euro |
| Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Mai 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 5/02); (K) | 2,50 Euro |
| Straßenverkehrsunfälle in Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 4/02); (K) | 3,00 Euro |
| Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 5/02); (K) | 3,00 Euro |
| Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 3. Vierteljahr 2001 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I 1 und L II/S - vj 3/01) | 2,50 Euro |
| Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 4. Vierteljahr 2001 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I 1 und L II/S - vj 4/01) | 2,50 Euro |
| Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Juni 2002; (M I 2 - m 6/02) | 4,00 Euro |
| Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 1991 bis 2000 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 5 - j/00); (K) | 8,00 Euro |
|  , Excel | 8,00 Euro |
| Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen in Hessen 1991 bis 2000 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/00); (K) | 5,00 Euro |
|  , Excel | 5,00 Euro |
| Investitionen für Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2000; (Q III 1 - j/00) | 3,00 Euro |

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden